Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Trotz alledem!

Nr. 88 • November 2021 • 2,50 €

Entwicklungen im Weltmaßstab und in Deutschland 2016 - 2021

Noch nie so aktuell: Sozialismus

oder Untergang in der Barbarei!

Inhalt

5. Kongress Bolschewistische Initiative

Politischer Bericht

Wichtige Entwicklungen 2016 – 2021 3
Verfaulende, parasitäre Ökonomie auf Pump 3
Politisch nimmt die kapitalistische Welt Kurs auf Krieg 9
Auch die „Corona-Krise“ zeigt den wahren Charakter des Kapitalismus 15
Klimakrise und Kapitalismus 18
Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren! 20
Und Deutschland – Großmacht auf dem Vormarsch auch im Krisenmodus 24
Ökonomische Entwicklung 24
Innere Verfasstheit des deutschen Imperialismus 29
Kämpfe der Arbeiter:innen, Werktätigen und Unterdrückten 37

Bericht 5. Kongress
Vorwärts beim Aufbau der Kommunistischen Partei 39

Bolşevik Parti (Kuzey Kürdistan- Türkiye)
Solidaritäts-Grußbotschaft 42

5. Kongress
Thesen
DDR – Anspruch und Wirklichkeit 45

Wir haben uns entschieden, unseren Sprachgebrauch zu verändern. Haben wir bisher z.B. KommunistInnen geschrieben, werden wir in Zukunft die Form des „Gender-Doppelpunktes“, also Kommunist:innen verwenden. Mit dieser Schreibweise wollen wir alle Geschlechteridentitäten miteinschließen.

Kontaktadresse: Postfach 48,
73550 Waldstetten
trotzalledem1@gmx.de
trotzalledem.bplaced.net oder trotzalledem.org
V.i.S. d.P.: H. König, Kafkastr. 56, 50829 Köln
Jahresabo 15.- Euro inklusive Versand

Liebe TA-Leser:innen und Genoss:innen!

In unserer neuen Ausgabe veröffentlichen wir Dokumente des 5. Kongresses der Bolschewistischen Initiative.
Der „Politische Bericht“ stellt die Analyse der ökonomischen, politischen, ideologischen Entwicklungen, Widersprüche und Umbrüche im imperialistischen Weltsystem der letzten fünf Jahre in den Mittelpunkt. Ein wichtiger Fokus liegt dabei natürlich auf dem deutschen Imperialismus.
Die Perspektiven der Klassenkämpfe der Werktätigen und der Kommunist:innen weltweit sind der revolutionäre Gegenpol. Im Politischen Bericht wird kritisch und selbstkritisch, ohne Beschönigung die aktuelle Situation der Arbeiter:innenbewegung eingeschätzt und daraus marxistisch-leninistische Schlussfolgerungen gezogen. Zentrale Aufgabe ist nach wie vor, die fortgeschrittensten Kämpfer:innen der Arbeiter:innenklasse für den Kommunismus, das heißt für den Aufbau der Kommunistischen Partei zu gewinnen.
Als Ergebnis einer langjährigen theoretisch-politischen Auseinandersetzung mit der Entwicklung der SBZ und der DDR seit 1945 bis 1956 legen wir abschließende Thesen vor: „DDR – Anspruch und Wirklichkeit“. Zentrale Fragestellung war, welchen Charakter hatte die politische Macht und die Gesellschaft der DDR.
Wir hoffen auf euer Interesse an einer lebendig-kritischen Diskussion und Auseinandersetzung!

In diesem Sinne Rot Front!

Euer Redaktionskollektiv

Wofür stehen wir?

Wir sind Kommunist:innen verschiedener Nationalitäten, die als Alternative zum imperialistischen BRD-System für die sozialistische Revolution in Deutschland arbeiten. 1996 erschien die erste Nummer unserer Zeitung *Trotz alledem!*. Für uns ist sie eine Waffe im Kampf für die Bolschewistische Partei in Deutschland. Trotz aller Abgesänge vom Ende des Kommunismus, von der ‚nicht machbaren Utopie' halten wir daran fest: Der Sozialismus ist keine Utopie! Er ist die einzige Alternative zur imperialistischen Barbarei. Unser Fundament ist die Theorie des Marxismus-Leninismus. Sie ist die in den unerbittlichen Kämpfen der internationalen Arbeiter:innenbewegung gewonnene Erkenntnis, Verallgemeinerung und Anleitung zur revolutionären Praxis. Die heutige revolutionäre Praxis des Parteiaufbaus umfasst die Entwicklung der Theorie der Revolution in der BRD, die Herausbildung von standhaften Kämpfer:innen und die Schaffung einer organisatorischen Struktur. Sie ist untrennbar verbunden mit unserem täglichen Klassenkampf. In den Fabriken wird sich die Avantgarde des Proletariats herausbilden, wenn der wissenschaftliche Sozialismus mit der Kampfkraft der Arbeiter:innen sich zusammenfügt.

Redaktionskollektiv *Trotz alledem!*

Gefährlichster Virus für das Leben auf der Erde: Der Kapitalismus!

Einziges Gegenmittel: Revolution! Sozialismus! Kommunismus!

Wichtige Entwicklungen zwischen 2016 und 2021 im Weltmaßstab

Verfaulende, parasitäre Ökonomie auf Pump

In der Weltökonomie sind die letzten fünf Jahre gekennzeichnet durch folgende Tatsachen:

*** Die Tendenz der Zurückdrängung des nach wie vor vorherrschenden US-Imperialismus vor allem durch seinen Hauptkonkurrenten, das sozialimperialistische China [1], verstärkt sich stetig.**

Nach Schätzungen des IWF [2] lag **2019** das Bruttoinlandsprodukt, BIP im Weltmaßstab in Millionen ausgedrückt bei 87.552.543 Mio. US-Dollar bzw. bei 87,55 Billionen, (Bio.) US-Dollar. Die **USA** steht in der **BIP-Weltrangliste** mit 21.433.255 Mio. US-Dollar noch immer an **der ersten Stelle**. Gefolgt von China mit einem BIP von 14.731.806 Mio. US-Dollar. 2019 wurde demnach etwa ein Viertel, **24,48 Prozent** des Welt-BIPs in den **USA** generiert. **China** hatte an dem Welt-BIP einen Anteil von **16,83 Prozent**. [3] Die US-Ökonomie betrug noch das 1,45 fache der chinesischen Ökonomie.

Da die chinesische Ökonomie sich viel schneller (mehr als doppelt so schnell, 2019 USA 2,17 Prozent, China 5,43 Prozent im Vergleich zum Vorjahr) entwickelt, ist vorauszusehen, dass der Abstand zu den USA immer geringer und in nächster Zukunft die chinesische Wirtschaft als größte Ökonomie der Welt, die USA überflügeln wird. Entsprechend der Prognose des IWF würde **2025** das USA-BIP 25.783.440 und Chinas BIP 23.029.810 Mio. US-Dollar betragen. Das heißt bei diesem Entwicklungstempo beider Länder würde **China** spätestens **2028** den **größten Anteil an dem Welt-BIP** haben und die USA als größte Ökonomie der Welt ablösen!

Das ist die Situation, wenn wir die Ökonomien nur entsprechend ihrer nominalen Größe gemessen in US-Dollar vergleichen.

Weitere Vergleiche: 2019 betrug das BIP der weltweit drittgrößten Wirtschaft, Japan 5.079.916 Mio. US-Dollar. Deutschland steht an vierter Stelle der BIP-Weltrangliste mit einem BIP von 3.861.550 Mio. US-Dollar. Das bedeutet, die Wirtschaft Chinas betrug 2019 fast das Vierfache (3,8) der deutschen Wirtschaft. 1980 waren die Verhältnisse umgekehrt! Die deutsche Wirtschaft war 2,7fach größer als die chinesische Wirtschaft.

Laut Statista Prognose zum BIP: [4]

	2021	2025
BIP USA:	21.921,59	25.783,44
BIP China:	16.492,81	23.029,81

Wenn wir aber die Größe der Ökonomien **nicht nach nominaler US-Dollar Größe,** sondern nach **Kaufkraftparität (KKP) – Purchasing Power Parity (PPP)** vergleichen, hat diese Ablösung schon lange stattgefunden.

Nach **Kaufkraftpärität** gemessen hatte **China 2019** einen Anteil von **17,39 % des Welt-BIPs**. Tendenz steigend. Der Anteil der **USA** betrug **15,93 %.** Tendenz fallend!

Wenn wir diese Zahlen mit den Zahlen von **1980** vergleichen, sehen wir die **dramatische Änderung** der Verhältnisse viel deutlicher.

1980 lag das BIP der USA bei 2.789.500 Mio. US-Dollar. Chinas BIP betrug 319.000 Mio. US-Dollar. Gerechnet

1 Den Begriff „sozialimperialistisch" verwenden wir im Sinne von „sozial/sozialistisch" in Worten, imperialistisch in der Tat. Die Benennung Chinas als „sozialimperialistisch" heißt mitnichten China sei sozial im Vergleich zu seinen imperialistischen Konkurrenten oder China sei sozialistisch gewesen. Im Unterschied zu seinen imperialistischen Konkurrenten gibt sich China nach wie vor „in Worten" als sozialistische Gesellschaft, ja gar als kommunistisch aus. In der Tat ist und handelt China als imperialistische Großmacht.

2 International Monetary Fund – dt. Internationaler Währungsfonds, IWF

3 Abgerufen von de.wikipedia.org/w/index.php?title=Liste_der_Länder_nach_Bruttoinlandsprodukt_pro_Kopf&oldid=211148106

4 de.statista.com/statistik/daten/studie/981746/umfrage/ranking-der-laender-mit-dem-groessten-bruttoinlandsprodukt-in-der-zukunft/ (Oktober 2020)

Unterschied zwischen BIP und BIP nach Kaufkraftparität (PPP)

Das BIP bezeichnet den Wert aller Güter und Dienstleistungen, die in einem Jahr **innerhalb der Landesgrenzen** einer Volkswirtschaft erwirtschaftet werden. Nominell wird es in US-Dollar Größe wiedergegeben.

Um die tatsächliche ökonomische Stärke der Länder darstellen zu können, wird das BIP oft als **Pro-Kopf Wert** angegeben. Der internationale Vergleich des BIP wird dadurch erschwert, dass das Preisniveau (z.B. für Wohnen, Lebensmittel, Transport) in verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich ist.

So können für umgerechnet 1.000 US-Dollar in den USA deutlich weniger Waren und Dienstleistungen eingekauft werden–als z.B. in Ghana. Aus diesem Grund wird das BIP mittlerweile häufig in **Kaufkraftparität** ausgedrückt. So ergibt sich ein klareres Bild darüber, wie leistungsfähig eine Volkswirtschaft tatsächlich ist. Natürlich sagt auch das BIP PPP rein gar nichts über die Verteilung des Reichtums aus!

Nach Schätzung des IWF betrug das BIP nach Kaufkraftparität 2019 im Weltmaßstab 134.556.917 Mio. US-Dollar. In der Weltrangliste stand China mit einem Wert von 23.393.044 Mio. US-Dollar an der ersten Stelle. Die USA lag mit einem Wert von 21.433.225 Mio. US-Dollar an zweiter Stelle. [1]

1 https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36918/umfrage/laender-weltweit-nach-bruttoinlandsprodukt/

nach Kaufkraftparität war sie sogar noch niedriger nämlich bei 248.100 Mio. US-Dollar. Das heißt: Die Wirtschaft der **USA** war **1980** das **Neunfache** der chinesischen Wirtschaft! Nach Kaufkraftparität berechnet betrug sie sogar das **Elffache** der chinesischen Wirtschaft!

Indem der chinesische Staat viel direkter und mit geballter Macht in die Wirtschaft eingreift und diese lenkt, scheint die chinesische Wirtschaft viel schneller zu wachsen und die ökonomischen Krisen effektiver zu überwinden als ihre westlichen „demokratisch"-imperialistischen Konkurrenten.

Der sozialfaschistische Staat [5] agiert viel sichtbarer als **„ideeller Gesamtkapitalist"** als die durch und durch reaktionären bürgerlich „demokratischen" Staaten. Allerdings drängt der **Widerspruch** innerhalb der chinesischen Großbourgeoisie in den Vordergrund. Der Widerspruch zwischen den staatsbürokratischen Kapitalisten und den „privatwirtschaftlichen" Kapitalisten, zwischen **Staats- und Privatkapitalismus**.

Die Verschärfung dieses Widerspruchs erlebten wir zuletzt im verstärkten Kampf des chinesischen Staats, gegen ausländische, aber auch inländische private Internetgiganten, wie z.B. Ali Baba, Verbote von Social Media-Plattformen wie Twitter etc.

Auch der aktuell drohende Konkurs eines der **größten privaten Immobilienkonzerne** Chinas, **Evergrande**, zeigt dass die staatsbürokratische Bourgeoisie immer noch am längeren Teil des Hebels sitzt. Noch hat der chinesische Staat erstmal keine „Rettungs"-Initiative für Evergrande ergriffen. In diesem Fall des drohenden Konkurses des Immobilienriesen wird in westlichen Wirtschafts-Medien viel darüber spekuliert, ob eine solche mögliche Entwicklung der Beginn eines Sturzes der **chinesischen Ökonomie** in eine **tiefe Krise** sein könnte. Deren Folgen dann eine **tiefe finanzielle und ökonomische Krise in der Weltwirtschaft** nach sich ziehen, wie z.B. in der die Krise 2008/2009.

Diese Spekulationen sind entweder Wunschdenken oder eine falsche Analyse der tatsächlichen Stärke der chinesischen Wirtschaft und ihrer Funktionsweise. Der Konzern Evergrande, der vor allem im Inland tätig ist, ist zwar sehr „groß", aber nicht so groß, um den Zusammenbruch der chinesischen Wirtschaft zu verursachen, falls er in Konkurs geht.

Daher könnte er auch vom chinesischen Staat fallengelassen werden. Außerdem würde sich dem **staatskapitalistischen Sektor** die nicht zu verachtende Möglichkeit eröffnen, den Konzern schmerzlos und billig **aufzukaufen** und zu **„verstaatlichen"**.

*** Der Parasitismus des Kapitalismus, der sich vor allem in der teilweisen de facto Abkopplung der spekulativen Finanzwirtschaft von der realen Wirtschaft zeigt, wird viel offensichtlicher.**

Lenin legte schon 1916 in seinem Werk „Der Imperialismus das höchste Stadium des Kapitalismus" dar, wie das Geldkapital sich nach und nach von der Produktion abkoppelt, dass dieses Phänomen dem Kapitalismus eigen ist, dass der Imperialismus „die Vorherrschaft des Rentners und der Finanzoligarchie" bedeutet. Er analysierte:

„Die Trennung des Kapitaleigentums von der Anwendung des Kapitals in der Produktion, die Trennung des Geldkapitals vom industriellen oder produktiven Kapital, die Trennung des Rentners, der ausschließlich vom Ertrag des Geldkapitals lebt, vom Unternehmer und allen Personen, die an der Verfügung über das Kapital unmittelbar teilnehmen, ist dem Kapitalismus überhaupt eigen. Der Imperialismus oder die Herrschaft des Finanzkapitals ist jene höchste Stufe des Kapitalismus, wo diese Trennung gewaltige Ausdehnung erreicht.

Das Übergewicht des Finanzkapitals über alle übrigen Formen des Kapitals bedeutet die Vorherrschaft des Rentners und der Finanzoligarchie, bedeutet die Ausson-

5 Sozialfaschistisch bezeichnen wir eine Politik, die in der Tat den Faschismus ausübt, aber das mit sozialistischen Worten schmückt. Faschismus im Namen des Sozialismus, das ist Sozialfaschismus.

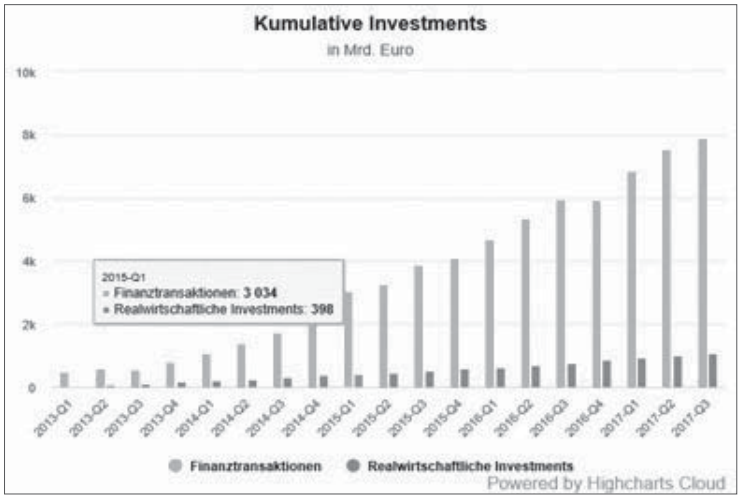
derung weniger Staaten, die finanzielle ‚Macht' besitzen." [6]

Als Lenin diese Einschätzung vor über hundert Jahren traf, war die Dimension des parasitären Finanzkapitals verglichen mit den heutigen Dimensionen noch geradezu mickrig!

In der Dokumentation der „Wissenschaftlichen Dienste" des Bundestages mit dem Titel „Zu den Begriffen Finanz- und Realwirtschaft" vom Januar 2020 wird folgendes ausgeführt: *„Finanzvermögen – von Wertpapieren bis zu Bargeld – kann auf zweierlei Weise verwendet und vermehrt werden: als Transaktions- und Finanzierungsinstrument in der Realwirtschaft oder als Mittel zur Finanzveranlagung und -spekulation, also (nur) in der Finanzwirtschaft: Im ersten Fall dient Geld als ‚Schmiermittel' realwirtschaftlicher Aktivitäten im Raum (insbesondere für den Handel) und in der Zeit (insbesondere für Investitionen), im zweiten Fall wird versucht, Geld durch häufigen Tausch einer bestimmten Geldform (Finanzinstrument) gegen eine andere zu vermehren, also durch kurzfristiges ‚trading', oder durch langfristiges ‚holding' eines Finanzinstruments während eines Trends."* [7]

Fakt ist, dass die **Investitionen von Finanzmitteln** in der **Realwirtschaft** nur einen **kleinen Anteil** der Geschäfte der gesamten Finanzwirtschaft ausmachen. Den Großteil der Finanzwirtschaft macht die Geldvermehrung durch **spekulativen Handel** verschiedener Finanzmittel in den Börsen aus.

Das veranschaulicht eine in der Dokumentation abgebildete Tabelle, „Kumulative Investitionen", die den Anteil der Investitionen in der Realwirtschaft mit denen der Finanztransaktionen (Investitionen in Finanzen) bis 2017 vergleicht. [8]



Wie wir sehen, machen 2015 in Deutschland zum Beispiel die Investitionen in der Realwirtschaft gerade einmal etwas mehr als 13 Prozent im Gesamtvolumen der Investitionen aus. Der Rest der Investitionen, 87 Prozent waren Finanztransaktionen (meistens über Börsen) und dienen dem Geldvermehren durch Spekulation. Wer über Finanzvermögen verfügt vermehrt seinen Reichtum vor allem durch spekulative Börsengeschäfte über den Handel verschiedener Finanzmittel.

Am Ende ist der **Gesamtwert**, der sich auf dem „Markt" befindenden und gehandelten **Finanzmittel viel größer** als der **Gesamtwert der Realwirtschaft**, der sich im Gesamt-BIP manifestiert. Im Weltmaßstab sind die Verhältnisse ähnlich. In dem Dokument wird aus „Der Inflationsschutzbrief", (Informationsblatt einer internationalen Anlageplattform) folgendes zitiert: *„Das globale Finanzsystem (…) hat einen Markt von Finanzprodukten entstehen lassen, auch Derivate (aus dem Lateinischen: derivare = ableiten) genannt, der seit den Neunziger Jahren geradezu explodiert ist. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) bezifferte den Umfang der Derivate im Jahr 2000 mit 95 Billionen US-Dollar, der bis zum Jahr 2010 auf 601 Billionen US-Dollar angestiegen ist.* ***Derzeit wird die Derivateblase auf das Zehnfache des globalen Wirtschaftsleistung (der Summe aller weltweit produzierten Waren und erbrachten Dienstleistungen) von ca. 72 Billionen US-Dollar geschätzt."*** [9]

Das heißt nichts anderes als dass die Finanzwirtschaft sich de facto von der Realwirtschaft teilweise – und zwar zum großen Teil – von der Realwirtschaft abgekoppelt hat. Das „verdiente" Geld der Finanzoligarchie beruht auf spekulativen Geldgeschäften außerhalb der industriellen, landwirtschaftlichen Produktion und mit den an die Produktion gekoppelten Dienstleistungen und Handel. **Der Parasitismus stinkt zum Himmel.**

Das daraus resultierende Ergebnis ist, die Verteilung des Vermögens auf der Welt wird immer ungleicher. Das Vermögen der Reichen erreicht unermessliche Höhen. Das verdeutlicht eindrücklich die Tabelle von Statista über die Verteilung des Vermögens Ende 2019.

Nur weniger als 1 Prozent, **0,9 Prozent der Weltbevölkerung** verfügt über **4,9 Prozent des Weltvermögens.** Während **über die Hälfte der Weltbevölkerung 56,6** Prozent **weniger als zwei Prozent** unter sich teilen muss.

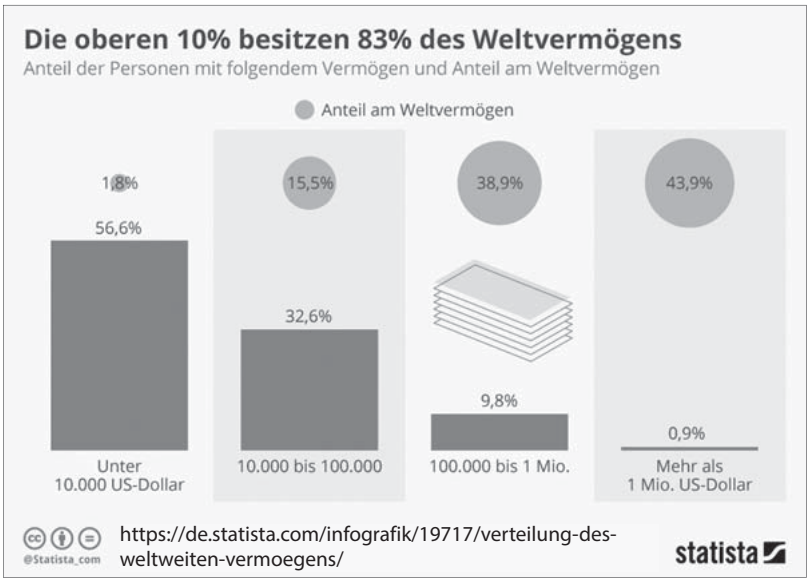
Diese himmelschreiende Ungerechtigkeit ver-

6 Lenin Werke, Bd. 22, S. 242

7 Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag Dokumentation, „Zu den Begriffen Finanz- und Realwirtschaft", Dokumentation WD5-3000-003/20

8 Tabelle ebenda

9 de.statista.com/statistik/daten/studie/159798/umfrage/entwicklung-des-bip-bruttoinlandsprodukt-weltweit/; Anmerkung: Laut „Statista" belief sich das Welt-BIP 2011 auf 73,52 Bill. US-Dollar.



schärft unweigerlich die Klassenwidersprüche und sie ruft die Arbeiter:innen und Werktätigen zum Aufstand gegen die herrschenden kapitalistischen Zustände. Dieser Ruf findet heute noch nicht genügend Widerhall. Das liegt an dem niedrigen Bewusstseins- und Organisationsgrad der Arbeiter:innenklasse und der Werktätigen. Aber die **Lava** des revolutionären Klassenkampfes brodelt unter der Oberfläche. Eruptiv bricht sie immer wieder in spontan aufflammenden Widerstandskämpfen hervor.

Auch die **Covid-19-Pandemie** zeigt, wie verfault und parasitär das System ist. In der Pandemie sind die Reichen noch reicher geworden. Der Bericht im Wirtschaftsblatt „businessinsider" liest sich von ihrer Warte aus wie eine Siegesfeier: *„Weltweit stieg laut dem Forbes Magazin die Zahl der Milliardäre im vergangenen Jahr um 700 auf eine Rekordsumme von 2700 und ihr Gesamtvermögen um 4 Billionen auf insgesamt 11 Billionen Euro. Den größten Anstieg verzeichnete China: Von den aktuell 626 Milliardären kamen im letzten Jahr allein 238 Milliardäre hinzu. Aber auch in den USA stieg die Zahl drastisch um 110 auf 724. Die Regierungen in vielen Ländern müssten durch ihre Zentralbanken weltweit 7,4 Billionen Euro in die Volkswirtschaften pumpen. Ein Großteil dieser Zuwendung ist über den Umweg des Finanzmarktes direkt in das Nettovermögen der Ultra-Reichen geflossen."* [10]

Auch die Börsen haben nach einem kurzen Knick ihre **geschichtlich höchsten Werte** erreicht. Die Rentiers haben ihre fetten Dividenden, die 2020 einen Tick kleiner ausfielen als sonst, ausgezahlt bekommen. Das alles während die Realwirtschaft der Welt etwa um 4 Prozent schrumpft, und für die Werktätigen mehr Arbeitslosigkeit, weniger Lohn, mehr Armut, mehr Angst vor Zukunft bedeutet.

*** Ende 2019 zeichnete sich der Beginn einer neuen zyklischen Wirtschaftskrise in vielen Ländern der Welt ab. Diese wurde mit der Covid-19-Pandemie im Weltmaßstab enorm vertieft. Die Weltwirtschaft erlebte 2020 ihren tiefsten Einbruch seit dem Ende des zweiten Weltkriegs.**

Die Entwicklung der Weltwirtschaft verlief zwischen den Jahren **2015 – 2020** anhand der Entwicklung des Welt- BIPs folgendermaßen: [11]

Jahre	Welt-BIP Wachstum gerechnet nach PPP im Vergleich zum Vorjahr in Prozent
2015	+ 3,0
2016	+ 3,1
2017	+ 3,9
2018	+ 3,7
2019	+ 3,0

Wie wir sehen, gibt es 2019 im Weltmaßstab noch ein BIP-Wachstum von 3,0 Prozent. Allerdings ist das Wachstum, im Vergleich mit den vorangegangenen Jahren, klar im Rückgang begriffen und ist geringer als der Langzeitdurchschnitt von etwa 3,5 Prozent. In einigen Ländern ist sogar ein Null-Wachstum oder eine Schrumpfung der Wirtschaft zu beobachten. Die Tendenz ist, dass diese Entwicklung sich fortsetzt.

Es sind **alle Anzeichen einer beginnenden zyklischen Überproduktionskrise im Weltmaßstab** zu erkennen. Wichtig ist natürlich auch zu wissen, wie das Wachstum in der Weltökonomie sich zusammensetzt. Das verdeutlicht folgende Tabelle: [12]

Länder/Gruppen	BIP nach Kaufkraftparität				
	2015	2016	2017	2018	2019
Welt	3,0	3,1	3,9	3,7	3,0
Fortgeschrittene Ökonomie	2,0	1,7	2,4	2,3	1,8
China	6,9	6,7	6,9	6,6	6,1
Lateinamerika	-0,8	-1,3	1,4	0,6	0,7
Indien	7,3	7,1	6,7	7,3	5,3
Ostasiatische Schwellenländer	4,6	4,8	5,2	5,1	4,5
Russland	- 3,5	- 0,2	1,7	2,3	1,3
Welthandels-volumen	2,2	1,8	4,5	3,5	-0,4
Welt BIP nach BIP in US-Dollar	2,4	2,4	3,3	3,2	2,6

10 https://www.businessinsider.de/wirtschaft/milliardaers-boom-superreiche-profitieren-aus-coronavirus-pandemie-2021-5-a/

11 E:/Materalien%20zum%20PolB/KKB_75_2021-Q1_Welt_DE.pdf

12 ebenda

Den ausschlaggebenden Anteil am Wachstum der Weltökonomie machen die hohen Wachstumsraten in China und Indien aus (und in Russland). In der Kategorisierung der westlichen Wirtschaft"wissenschaft" werden diese nicht den „Fortgeschrittenen Ökonomien", sondern der Kategorie der „sich entwickelnden Ökonomien" zugerechnet. „Die fortgeschrittenen Ökonomien", zu denen vor allem „westliche" imperialistische Mächte USA, EU, Japan etc. gehören, dümpeln bei Wachstumszahlen zwischen 1 bis 2 Prozent vor sich hin.

Der sich, ab dem dritten Quartal 2019 abzeichnende **Rückgang des Wachstums** der **Weltökonomie** und des Beginns eines neuen Krisenzyklus, entwickelte sich 2020, durch den Einfluss der Pandemie-Krise zum **tiefsten Einbruch** der Weltökonomie seit dem Ende des zweiten Weltkriegs. Die Weltökonomie schrumpfte gemessen nach BIP (PPP) um **3,3 Prozent**, nach BIP in Dollar um **4 Prozent!**

Folgende Tabelle zum Vergleich von 2020 zu dem Jahre 2009, wo die Krise 2008-2009 ihren Tiefpunkt erreicht hatte: [13]

Länder/Gruppen	Wachstum BIP in Prozent nach Kaufkraftparität	
	2020	2009
Welt	-3,3	-1,2
Fortgeschrittene Ökonomien	-4,8	-3,4
China	2,1	7,7
Lateinamerika	-7,1	- 2,2
Indien	-7,0	-2,4
Ostasiatische Schwellenländer	-4,5	5.9
Russland	- 3,1	- 7,2
Welthandelsvolumen	- 5,4	- 12,5

*** Um aus der tiefen Krise möglichst schnell herauszukommen haben ausnahmslos alle Staaten sich hoch verschuldet. Sie haben Milliarden- und Billionenschwere „Konjunkturpakete" geschnürt, die natürlich vor allem zur Unterstützung der Großkonzerne verwendet wurden und werden. Die kapitalistische Weltwirtschaft beruht 2021 auf Billionen Staats- und Privatschulden.**

Es ist eine Ökonomie auf Pump. Diese setzt vor allem auf das „Vertrauen", dass die reale Ökonomie sich schnell erholen und die Staatskassen nach dem Ende der Covid19-Pandemie saniert werden können.

Um die Dimension der Ökonomie auf Pump zu erkennen, führen wir einen Artikel der Investitionsberaterplattform **„Gevestor"** von **2014** an. Bis **2021** hat sich die Dimension der Verschuldungen noch um ein Vielfaches vergrößert. (siehe S. 8)

Die **„Weltmeisterschaft in Staatsverschuldung"** führte 2020 nach wie vor die USA an. Weltweit hatte die USA die **höchste absolute** Staatsverschuldung. Im Oktober 2020 lag die Verschuldung bei 27,14 Bill. US-Dollar (22,50 Bill. Euro)! Zum Teil hing das auch mit der Corona-Pandemie zusammen. Die **Staatsschulden** der USA 2020 entsprachen **108,02 Prozent des BIPs**.

Diese Fakten zeigen nichts anders als dass die ganze kapitalistische Weltwirtschaft sich auf einer enorm großen Schuldenblase bewegt, die jederzeit in einzelnen Ländern zum Staatsbankrott führen kann. Über **80 Länder** haben beim IWF **Notkredite** beantragt, um einen Staatsbankrott zu vermeiden. [14]

Das heißt aber nicht, dass die kapitalistische Welt-Wirtschaft insgesamt von sich aus zusammenbricht. Denn dann würden die bankrotten Staaten von anderen Staaten, bzw. von internationalen Finanzinstitutionen, wie dem IWF, der Weltbank, der EZB (Europäische Zentralbank), die von den Monopolen der größten imperialistischen Mächten kontrolliert werden, in konzentrierter Aktion aufgekauft werden. Sie nennen es „Rettung".

Aber auch **einzelne imperialistische Großmächte** wie China beteiligen sich an solchen „Rettungsaktionen", wodurch sie ihre Positionen im Kampf um die **Weltherrschaft** stärken. Das erleben wir insbesondere in **Afrika**. Aber nicht nur da. Auch mitten in Europa ist China mit „Rettungs-Aufkäufen" stark engagiert. Zum Beispiel befinden sich 2021 die zwei größten Häfen des EU-Mitglieds Griechenland im Besitz Chinas. Was für Staaten gilt, gilt auch für einzelne kapitalistische Unternehmen.

Viele, vor allem mittlere, und kleine kapitalistische Betriebe, aber nicht nur sie, auch manche Großbetriebe, die die Erneuerung ihrer Produktionstechnik verschlafen haben, gehen in diesen Krisenzeiten pleite. Sie werden entweder von anderen kapitalistischen Monopolen geschluckt, vom Staat durch neue Kredite „gerettet" oder werden einfach fallen gelassen, wenn sie nicht als „systemrelevant" eingeschätzt werden.

Die **kapitalistische Wirtschaft** kann **jede Krise** durch Veränderungen der Kräfteverhältnisse unter den Kapitalgruppen und mit der Erneuerung der Produktionstechnik im manchen Bereichen überwinden, solange das **Proletariat** nicht imstande ist die Krise mit einer **Revolution** gegen das kapitalistische System und der Zerschlagung dieses Systems zu beenden.

13 Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 468/469

14 www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/vor-der-pleite-4272/

Ranking der größten Schuldnerstaaten

„Die Staatsverschuldung wird in den meisten Fällen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bekanntgegeben. Grund hierfür ist unter anderem die unterschiedliche Größe der Volkswirtschaften. Schuldenquoten von über 200 % wie im Falle Japans sind dabei fast unvorstellbar. Und auch die Schuldenquoten der europäischen Länder übersteigen die Maßgaben des Maastrichter Vertrag bei weitem: die maximale Schuldenquote von 60 % wird von den wenigsten EU-Mitgliedern eingehalten. Um allerdings auch einmal die enormen Zahlen der Staatsverschuldung sprechen zu lassen, stellen wir Ihnen heute die 10 höchsten Staatsverschuldungen in absoluten Zahlen vor.

Platz 10: Spanien (rund 1 Billion € – 1.000.000.000.000 €)
Spaniens Staatsverschuldung explodierte förmlich während der Finanz- und Wirtschaftskrise – bisher ist noch kein Ende in Sicht. (Gemeint ist die Krise 2008-09) *Von 1990 – 2013 stieg die prozentuale Staatsverschuldung um rund 50 % auf 94 % des BIP. Die schwächelnde Wirtschaft Spaniens hat den ständig neuen Rekordmarken der Staatsverschuldung von derzeit etwa 1 Bill. € nicht wirklich viel entgegen zu setzen.*

Platz 9: Kanada (1,1 Bill. €)
Die Verschuldung Kanadas nahm seit 2006 kontinuierlich zu. Die prozentualen Staatsschulden im Vergleich zum BIP steigerten sich bis 2013 von 67 % auf 89 %, so dass sich ein Schuldenberg von 1,1 Bill. € anhäufte.

Platz 8: Brasilien: (1,3 Bill. €)
Die Staatsschulden Brasiliens liegen seit Jahren auf dem relativ gleichen Niveau, die Schuldenquote pendelt seit Jahren zwischen 65 und 68 %. Doch die Ratingagenturen schätzen Brasiliens Kreditwürdigkeit aufgrund des schwachen Wirtschaftswachstums und unkalkulierbarer Wirtschaftsleitung des Landes immer schlechter ein. Kurz vor der Fußballweltmeisterschaft im Juni 2014 wurde Brasilien nun von der Ratingagentur Standard & Poor's auf BBB- herabgestuft – eine Stufe über Ramschniveau.

Platz 7: China (1,4 Bill. €)
China kämpft aufgrund der hohen Schulden lokaler Regierungen, dem undurchsichtigen Finanz- und Bankensystem und einem milliardenschweren Konjunkturprogramm immer mehr mit seinen steigenden Staatsschulden. Das bevölkerungsreichste Land der Erde zählt in absoluten Zahlen gerechnet zu den Top 10 dieses Rankings, dieser Wert muss jedoch näher betrachtet werden. Da China zu den größten Volkswirtschaften der Welt zählt, lag die Schuldenquote in 2013 laut Statista nämlich im Verhältnis zum BIP bei gerade einmal 22 %. Andere Quellen vermuten, dass die Staatsverschuldung in China aktuell schon deutlich höher sein könnte

Platz 6: Großbritannien (1,6 Bill. €)
Insbesondere in Großbritannien trägt das Finanzsystem außerordentlich viel zur Wirtschaftsleistung des Landes bei. Doch diese Einseitigkeit führte zu einer strukturellen Schwäche, die im Zuge der Finanzkrise 2007 offenbar wurde. 1,6 Bill. € Staatsschulden sind die Konsequenz der Vernachlässigung weiterer Wirtschaftsbereiche.

Platz 5: Frankreich (1,9 Bill. €)
Frankreich bekommt trotz milliardenschwerer Sparprogramme seine Schuldenlast von 1,9 Bill. € nicht in den Griff. Die Konjunkturprognosen sehen weiterhin keine Besserung voraus, die Ratingagentur Moody's droht mit einer weiteren Herabstufung von Frankreichs Bonität. Die kontinuierliche steigende Schuldenanhäufung lag 2013 schon bei 94 % des BIP. Zum Vergleich: 1990 konnte Frankreich noch eine Schuldenquote von 35 % aufweisen, 2005 wuchs die Verschuldungsquote auf 67 % zum BIP.

Platz 4: Italien (2,1 Bill. €)
Mit knapp 2,1 Bill. € (133 % Schuldenquote) liegen die Staatsschulden Italiens ähnlich hoch wie in Deutschland. Ein Unterschied der Länder ist jedoch gravierend: die Wirtschaftskraft Italiens ist um 40 % kleiner im Vergleich zu Deutschland. Italien wäre ohne die Kredite der Europäischen Zentralbank (EZB) längst zahlungsunfähig.

Platz 3: Deutschland (2,1 Bill. €)
Die prozentuale Staatsverschuldung Deutschlands sinkt langsam unter die 80 %-Marke, dennoch muss immer noch eine (steigende) Verschuldung von derzeit etwa 2,1 Bill. € abgetragen werden. Die Schuldenbremse und damit das Verbot der Neuverschuldung ab 2020 soll dabei helfen. Gute Nachrichten kommen aus dem Bundesfinanzministerium: der Haushaltsplan für 2015 soll ohne Neuschulden auskommen. Bis zur Erfüllung des EU-Vertrages mit der maximalen Verschuldung von 60 % ist es jedoch noch ein weiter Weg.
(Dieser „weite Weg" ist in der aktuellen durch die Covid19-Pandemie vertieften Krise 2020, in der die Schuldenbremse aufgehoben wurde, noch viel länger geworden. 2020 beliefen sich die Staatsschulden Deutschlands auf 2.278 Bill. Euro das entsprach 67,4 Prozent des BIP.)

Platz 2: Japan (9 Bill. €)
Japan ist sowohl im Ranking der prozentualen Staatsverschuldung zum BIP als auch der Staatsverschuldung in absoluten Zahlen auf den vordersten Plätzen zu finden. In Beziehung zum BIP beträgt z.B. die Schuldenquote Japans 243 %. Japan müsste demnach 2,43 Jahre alle erarbeiteten Erlöse an seine Gläubiger abgeben, um schuldenfrei zu werden. Die zusätzlich anfallenden Zinsen wären hierbei noch nicht einmal mit einberechnet. Jedoch wird Japan zumindest im Ranking der absoluten Zahlen von einem Staat getoppt.
(Die Staatsschulden Japans erreichten 2020 einen Wert, der 266,7 Prozent des BIP entsprach.)

Wahrscheinlich wird die kapitalistische Weltwirtschaft auch aus ihrer bisher tiefsten Krise seit dem zweiten Weltkrieg mit einigen Schrammen herauskommen und die „Verluste" in etwa zwei bis drei Jahren wettmachen können. In diesem Prozess werden die **Digitalisierung** und **schrittweise Abkopplung von fossilen Energiequellen** vorangehen. Der Kapitalismus wird sich nach und nach einen **„grünen" Anstrich** geben, was der **verstärkten Vorbereitung eines dritten Weltkriegs**, das **Vorantreiben der Faschisierung** nach Innen und aggressiveren Politik nach Außen keinen Abbruch tun wird.

Die Prognose des **Instituts für Volkswirtschaft Kiel (IfW)** auf Grundlage der Statistiken von IWF und OECD (Organization for Economic Cooperation and Development, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OWZE) für das Wirtschaftswachstum nach Kaufkraftparität im Jahr 2021 liegt bei 6,7 Prozent im Vergleich zum Jahr 2020. [15]

Länder/Gruppen	BIP nach Kaufkraftparität in Prozent		
	2020	2021	2022
Welt	- 3,3	6,7	4,7
Fortgeschrittene Ökonomien	- 4,8	5,3	3,9
China	2,1	9,7	5,8
Lateinamerika	-7,1	5,0	3,4
Indien	-7.0	11,9	8,0
Ostasiatische Schwellenländer	-4,5	6,4	5,7
Russland	- 3,1	2,8	2,5
Afrika	- 1,8	3,6	4,2
Welthandels-volumen	-5,4	7,5	3,7
Welt BIP nach BIP in US-Dollar	- 4,0	6,4	4,5

Die Weltwirtschaft wird ab 2021 voraussichtlich wieder mit **hohem Tempo** wachsen. Die Zahlen vom letzten Quartal 2020 und vor allem die vom ersten Quartal 2021, plus die Entwicklung der Pandemie in China, und in den fortgeschrittenen Ökonomien zeigen, dass dies möglich ist.

Allerdings hat dieses ziemlich hohe Wachstum seinen Ausgangspunkt im Jahr 2020, in dem die Weltwirtschaft ihre tiefste Schrumpfung nach dem zweiten Weltkrieg erlebt hatte. Und dieses Wachstum ist, wie oben dargelegt, vor allem auf Schuldenbergen gegründet.

Politisch nimmt die kapitalistische Welt Kurs auf Krieg

Auf der Grundlage der tiefgreifenden Veränderungen der Kräfteverhältnisse in der imperialistischen Welt kommt unweigerlich die Frage der **Neuaufteilung auf Tagesordnung**.

Lenin führte schon 1916, vor über hundert Jahren aus, dass **die Rivalität der imperialistischen Großmächte** am bestehenden Machtgefüge rüttelt und unweigerlich auch zu kriegerischen Auseinandersetzungen unter den imperialistischen Mächten führt.

*„Denn unter dem Kapitalismus ist für die Aufteilung der Interessen- und Einflußsphären, der Kolonien usw. eine andere Grundlage als die **Stärke** der daran Beteiligten, ihre allgemeinwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke, **nicht** denkbar. Die Stärke der Beteiligten aber ändert sich ungleichmäßig, denn eine **gleichmäßige** Entwicklung der einzelnen Unternehmungen, Trusts, Industriezweige und Länder kann es unter dem Kapitalismus nicht geben.*

Vor einem halben Jahrhundert war Deutschland, wenn man seine kapitalistische Macht mit der des damaligen Englands vergleicht, eine klägliche Null; ebenso Japan im Vergleich zu Rußland. Ist die Annahme ‚denkbar', daß das Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Mächten nach zehn, zwanzig Jahren unverändert geblieben sein wird? Das ist absolut undenkbar.

*‚Interimperialistische' oder ‚ultraimperialistische' Bündnisse sind daher in der kapitalistischen Wirklichkeit, und nicht in der banalen Spießerphantasie englischer Pfaffen oder des deutschen ‚Marxisten' Kautsky, **notwendigerweise** nur ‚Atempausen' zwischen Kriegen – gleichviel, in*

15 E:/Materialien%20zum%20PolB/KKB_67_2020-Q2_Welt_DE.pdf

Platz 1: USA (13,4 Bill. €)

Die höchste Staatsverschuldung weltweit ist mit 13,4 Bill. € in den USA zu finden. Liegt die USA prozentual gesehen lediglich auf dem 13. Platz, übersteigt die absolute Summe der Schulden auch die Rekordverschuldung Japans um ein Vielfaches. Das Limit von 17 Bill. US-Dollar (etwa 12,7 Bill. €) wurde 2013 nach einem wochenlangen Haushaltsstreit aufgehoben. Gerade eben noch der Staatspleite entkommen, borgt sich die amerikanische Regierung im Zuge ihrer Wirtschaftsförderung weiterhin im großen Umfang Geld. Einen Plan zur Haushaltssanierung scheint es hingegen noch nicht zu geben." [1]

1 www.gevestor.de/details/die-10-laender-mit-der-hoechsten-staatsverschuldung-weltweit-717648.html

*welcher Form diese Bündnisse geschlossen werden, ob in der Form einer imperialistischen Koalition gegen eine andere imperialistische Koalition oder in der Form eines allgemeinen Bündnisses **aller** imperialistischen Mächte. Friedliche Bündnisse bereiten Kriege vor und wachsen ihrerseits aus Kriegen hervor, bedingen sich gegenseitig, erzeugen einen Wechsel der Formen friedlichen und nicht friedlichen Kampfes auf **ein und demselben Boden** imperialistischer Zusammenhänge und Wechselbeziehungen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik.*" [16]
Zwei Weltkriege und unzählige Stellvertreterkriege sind Zeugnisse dieser Realität des Imperialismus.

Heute erleben wir ganz offen eine Intensivierung der Kämpfe der imperialistischen Mächte in verschiedenen zeitweiligen Bündnissen unter- und gegeneinander für die Neuaufteilung der Welt:

In **Stellvertreterkriegen** in zahlreichen Ländern/Regionen der Welt. Z.B. in Syrien, Irak, Palästina/Israel, Ukraine, Sudan, Mali, Kongo, Tschad, Somalia, Libyen, Jemen, Äthiopien**,** u.a.
Der chaotische Rückzug des US-Imperialismus und seiner Verbündeten nach 20 Jahre andauernder Besatzung aus Afghanistan bedeutet nicht das Ende des Stellvertreterkriegs in diesem Land. Dieser wird in anderen Formen und mit Beteiligung unterschiedlicher Akteure weitergehen.
In **Putschen** wie z. B. in Myanmar, in Ägypten, Bolivien, Tunesien… oder **Putschversuchen** wie z.B. in Venezuela, der Türkei
In **ökonomischen Embargos** wie z.B. gegen Iran, Russland, Kuba, teilweise gegen die Türkei …
In **„Handelskriegen"** wie z.B. zwischen China und USA, China und EU, Russland und EU …
In **„diplomatischen Kriegen"** wie die gegenseitigen Ausweisungen von Diplomaten wie z.B. zwischen Russland und USA, Russland und EU, zeitweiliger Rückruf von Botschaftern, beispielsweise von Frankreich aus den USA.
In **militärischen Provokationen** in Form von Militärmanövern oder „Grenzübertretungen" auf See. Wie z.B. NATO-Manöver in der Ukraine, Manöver russischer Truppen an der Grenze zur Ukraine, japanisch/amerikanische Seemanöver im Chinesischen Meer, bewusste Luftraumverletzung amerikanischer Bomber im chinesischen Luftraum.
Nach dem **Abschluss des AUKUS-Vertrags** zwischen Australien, Vereinigtes Königreich (England) und USA nehmen Provokationen im chinesischen Meer zu. Demgegenüber ist zum ersten Mal ein chinesisches Kriegsschiff vor der US-Küste im Atlantik aufgetaucht.
In **massivem Eingreifen in die inneren Angelegenheiten** anderer Länder, wie z.B. Russland in die US-Wahlen, wie die Finanzierung und Unterstützung der Opposition in Russland und Belarus, wie z.B. der Westen über die Frage der Unterdrückung der Uiguren in China, in Hongkong durch die USA und EU, wie die Unterstützung der Opposition gegen Erdoğan in der Türkei durch USA und EU, Venezuela, Bolivien, Simbabwe, Sudan, Elfenbeinküste 2010/2011… etc.
Die imperialistische Welt steuert unaufhörlich auf einen neuerlichen **3. Weltkrieg** zu, in dem die imperialistischen Hauptmächte ihre Rivalitäten nicht mehr über Stellvertreter, sondern **direkt gegeneinander** führen werden, natürlich gemeinsam mit ihren jeweiligen Verbündeten.
Die **Verstärkung der Gefahr** eines neuen Weltkrieges unterscheidet sich heute, verglichen mit der vorhergehenden Periode des nun über 80 Jahren währenden imperialistischen „Welt-Friedens", durch folgende Tatsache:
Das nach jeder Krise neu justierte Gleichgewicht zwischen den imperialistischen Mächten ist völlig aus dem Lot ist geraten. Der „Weltgendarm" und unumstrittene Führer der „westlichen Welt", die **USA**, befindet sich auf dem **absteigenden Ast**, während **China** als **neue imperialistische Großmacht** sich viel rasanter entwickelt.

16 Lenin, Werke, Bd. 22, S. 300 -301, Dietz Verlag 1960

Zudem treten einige **Regionalmächte** als **neue Akteure** in der Weltpolitik mit ihren eigenen Intensionen und Forderungen auf. Es liegt in der unausweichlichen Logik des Imperialismus, dass der Kampf um die Welthegemonie sich irgendwann zu einer **Generalabrechnung** unter den imperialistischen Großmächten entwickelt, in der Stellvertreterkriege nicht mehr ausreichen.
Die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten bedeutet nicht, dass der Weltkrieg zwangsläufig von der neu aufstrebenden Großmacht China von Zaun gebrochen wird. Das ist nur eine Option. Auch „alteingesessene" bisher führende Großmächte können einen Weltkrieg anzetteln, um ihre ernsthaft gefährdete Position zu erhalten, zu festigen und den Konkurrenten auszuschalten.
Ein **neuerlicher Weltkrieg ist unausweichlich**, wenn die Macht der Imperialisten nicht durch Revolutionen unter der Führung des Proletariats zerschlagen wird. Der dritte Weltkrieg kann aber auch durch eine weltweite Antikriegsbewegung verschoben werden.

Hauptmächte im Kampf um die Weltherrschaft

Die USA ist in diesem Kampf um die Neuaufteilung der Welt insgesamt, ökonomisch, militärisch, diplomatisch, politisch, kulturimperialistisch **noch die vorherrschende imperialistische Großmacht**. Allerdings verliert ihre Dominanz an Kraft. Ökonomisch befindet sie sich auf einem absteigenden Ast.
Das bedeutet nicht, die US-Wirtschaft entwickelt sich nicht mehr. Das bedeutet nur, dass die Wirtschaft anderer imperialistischer Mächte, vor allem des heutigen Hauptkonkurrenten im Kampf um die Welthegemonie China, sich viel schneller entwickelt. Auch in vielen abhängigen Ländern erleben wir die von Lenin in seinem Werk „Imperialismus" beobachtete Entwicklung: Der Kapitalexport in diese Länder ist zwar ein Mittel um diese Länder abhängig zu machen.
Aber **Kapitalexport** bringt in den Import-Ländern unausweichlich die **Entwicklung des Kapitalismus** mit sich. Und das Entwicklungstempo des Kapitalismus in den Ländern, in die das Kapital exportiert wird, ist gewöhnlich höher als in den exportierenden Ländern. Das Ergebnis ist, dass die imperialistischen Länder langfristig sich selbst neue Mächte und Konkurrenten schaffen, die sich auch in den Kampf um Welthegemonie nach ihren Kräften einmischen werden.
Die **USA** sind auf dem Weg nicht nur ihre ökonomische Vorherrschaft zu verlieren. Der Rückgang ist **auf allen Gebieten** zu beobachten. Politisch ist sie nicht mehr die alleinige, anerkannte Führerin der westlichen imperialistischen Welt. Nach dem Zusammenbruch der revisionistisch, sozialimperialistischen Sowjetunion und des von ihr geführten Ostblocks haben die westlichen imperialistischen Mächte viel klarer und offensiver ihre eigenen Ziele formuliert und unabhängig vom US-Imperialismus ihre eigenen Ziele verfolgt.
Das Projekt der **EU** unter Führung des 1990 durch die Annektion der ehemaligen DDR durch die BRD vereinten deutschen Imperialismus, in Zusammenarbeit mit dem französischen Imperialismus wurde vorangetrieben. Aktuell wird nach dem, mit den „Verbündeten" nicht abgesprochenen Rückzug der USA aus Afghanistan und nach dem Vertragsabschluss AUKUS, der offen auch die Interessen z.B. Frankreichs mit Füssen trat, in der EU, das Vorantreiben einer von den USA und NATO **unabhängigen EU-Armee** viel offensiver gefordert.
Seit Beginn der 2000er Jahre traten der nun wieder erstarkende **Russische Imperialismus** und das sich rapide zu einer sozialimperialistischen Großmacht entwickelnde **China** als Herausforderer der Hegemonie der USA auf die Bühne.
China hat bisher die **abhängigen Länder** vor allem durch ökonomische Infiltration (billige Kredite, Investitionen vor allem in Infrastruktur, Marktherrschaft durch in China produzierte Billigware aber auch im digitalen Bereich) unter seine Einflusszone gebracht. In **Afrika** ist sie bereits schon die Nr.1 unter den imperialistischen Ländern. China hat auch seine erste militärische Basis im Ausland in Afrika errichtet, einen Marinestützpunkt in Dschibuti. [17] Das Land hat eine militärstrategisch wichtige Lage. Die USA unterhalten dort seit 20 Jahren eine Militärbasis, deren Vertrag 2024 auslaufen wird. Außerdem verfügen auch die ehemalige Kolonialmacht Frankreich und Italien über kleinere Militärbasen vor Ort.
Auch Deutschland führt Verhandlungen. Ebenso mischen sich Spanien, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate im Kampf um Dschibuti ein. Aber die Hauptakteure sind eindeutig China und die USA. **China** befindet sich in einer **mächtigen Aufholjagd**.
In **Lateinamerika** ist China in Argentinien die Nr.1. Der chinesische Imperialismus tätigt erhebliche Investitionen und verfügt über gute Beziehungen zu Peru, Paraguay, Uruguay, Venezuela, Chile, Brasilien. In Lateinamerika insgesamt **wächst der Einfluss Chinas** zu Ungunsten der USA. In diesem bis Anfang der 2000er Jahre unumstrittenen „Hinterhof" des US-Imperialismus ist er sich seiner Vorherrschaft nicht mehr sicher.

17 www.faz.net/aktuell/wirtschaft/schneller-schlau/afrikas-wirtschaftliches-potential-china-profitiert-17204624.html

In der Karibik ist China ein „guter" „Freund" Kubas! In Mittelamerika ist China der „wichtigste Handelspartner" von Panama, Costa Rica, Nikaragua und El Salvador! [18]

Natürlich spielt in dieser Entwicklung der Wunsch der Völker dieser Länder sich vom Yankee-Imperialismus zu befreien eine große Rolle. Da kommt China mit seinem sozialistischen, internationalistischen Jargon und mit seiner „Nichteinmischungs"-Politik in der Pose des Freundes und des Helfers sehr gut an.

Im **„Mittleren Osten"**, wo der Kampf der Imperialisten um die **Vorherrschaft** am heftigsten tobt, gewinnt **China** rapide an Boden. China ist ein Verbündeter des **Iran**, der unter den US- und westlichen Embargos leidet. Nach einem Anfang 2021 unterschriebenen Abkommen zwischen beiden Ländern wird China in den **nächsten 25 Jahren 400 Milliarden US-Dollar** in iranische Straßen, Bahnlinien und Häfen investieren und privilegierten Marktzugang erhalten.

Im Ranking jener Länder aus denen China das meiste Erdöl importiert und mit denen China gute Handelsbeziehungen hat kommen fünf, Saudi-Arabien, Irak, Oman, Vereinigte Arabische Emirate und Kuwait, aus dieser Region. [19]

Durch das von der chinesischen Regierung 2013 initiierte und seitdem konsequent verfolgte Projekt **„Neue Seidenstraße"** („Belt und Road Initiative", BRI) versucht China asiatische, europäische und afrikanische Länder auf dem Land- und Seeweg miteinander enger zu verbinden und seinen Einfluss durch **Handel** und **Direktinvestitionen vor allem in Infrastruktu**r (auch digitale Infrastruktur!) und **im Energiebereich** in diesen Ländern massiv zu erhöhen. Das gelingt auch sehr erfolgreich, teilweise weil der chinesische Staat sich strikt an das „Prinzip" der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten hält.

In **Europa** hat sich unter der **Führung** des imperialistischen Zweckbündnisduo Deutschland-Frankreich die **„Europäische Union",** EU als wichtiger Konkurrent gegenüber Russland, China, Japan aber auch dem bisherigen führendem Großpartner USA etabliert. 2020 lag das BIP der EU 27 bei 13,3 Bill. Euro (16,05 Bill. US-Dollar), nach Kaufkraftparität. Ohne das durch den Brexit ausgetretene England (Großbritannien). Das zeigt die **EU 27** ist **ökonomisch** gesehen die **dritte Kraft** nach den USA und China. Allerdings müssen wir dabei feststellen, dass die EU 27 nicht zu vergleichen ist mit den USA und China, die als Zentrale Einheitsstaaten agieren.

In der EU kommen verschiedene geschichtlich entstandene und etablierte Nationalstaaten in einem **vorübergehenden imperialistischen Bündnis** zusammen.

Die Interessen der einzelnen Nationalstaaten stehen immer über den „Gesamtinteressen" des Bündnisses. Das zeigen z.B. die unterschiedlichen Gruppierungen in der EU ganz offen, z.B. die „Visegrád"-Gruppe (Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Polen) aber auch zuletzt die Verabschiedung Englands aus der EU (Brexit). [20]

Die Idee der **„Vereinigten Staaten von Europa"** ist bekanntlich nicht neu. Schon vor über hundert Jahren wurde auch unter den Sozialisten über ein solches Projekt diskutiert. Ja, schon zu Zeiten von Immanuel Kant wurde in seinem Werk „Zum Ewigen Frieden" (1786) ein „Föderativer Staatenbund" als der einzige Weg zum Frieden in der Welt gepriesen. Gemeint war vor allem natürlich das „zivilisierte!" Europa!

Lenin hatte 1915 „Über die Losung der „Vereinigten Staaten von Europa" folgendes ausgeführt: *„Entweder ist sie* (die Losung, Anm. TA) *im Kapitalismus unrealisierbar, da sie eine planmäßige Organisation der Weltwirtschaft bei Aufteilung der Kolonien, Einflußsphären usw. unter einzelne Völker erfordert. Oder es ist eine reaktionäre Losung, die ein zeitweiliges Bündnis der Großmächte Europas zur besseren Unterdrückung der Kolonien und zum Kampf gegen die sich schneller entwickelnden Länder Japan und Amerika bedeutet."* [21]

Die EU in heutiger Form zeigt wie Recht Lenin hatte. Sie ist nichts anderes als ein zeitweiliges Bündnis einiger (nicht einmal aller, wie der Brexit zeigt) Großmächte Europas, die die Kraft der kleineren europäischen, zum Teil imperialistischen, zum Teil abhängig kapitalistischen National-Staaten zu den eigenen addiert, mit dem Ziel der besseren Unterdrückung der abhängigen Länder (übrigens auch derjenigen in der EU!) und zum Kampf gegen Japan, USA, Russland und China! Zu wirklich Vereinigten Staaten von Europa kann es unter den Bedingungen des Kapitalismus **nicht** kommen.

Die **EU** wird von den USA, nicht nur unter Trump, sondern auch von der Biden-Administration immer mehr zur Kasse und zu Dienst gebeten zur Stärkung des NATO-Kriegsbündnisses. Sie versucht ihrerseits erste Schritte zu machen um eine **eigene EU-Militärmacht** außerhalb der NATO aufzubauen. Wohl wissend, dass die NATO fest unter US-amerikanischer Kontrolle steht. Allerdings stößt dieses Projekt – wieder ein gemeinsames deutsch-französisches – bei vielen, vor

18 www.dw.com/de/direktinvestitionen-und-kredits-von-china-f%C3%BCr-lateinamerika-lassen-einfluss-wachsen/a-56429239

19 www.nzz.ch/international/nahost-china-misst-der-region-immer-mehr-bedeutung-zu-nzz-ld.1608532

20 de.wikipedia.org/w/index.php?title=One_Belt,_One_Road&oldid=211896426

21 Lenin, Werke, Bd. 21, S. 347

allem neueren EU-Mitgliedsstaaten nicht auf Gegenliebe.
Die ehemals eindeutig unter Führung des US-Imperialismus als **Block** agierende **„Westliche Welt"**, die „atlantische Allianz" ist spätestens seit dem Angriff der USA auf den Irak 2003 **nicht mehr existent**. Auch wenn der Westen (Japan eingeschlossen) nach wie vor gegen China und Russland meistens noch gemeinsam handelt, gibt es viele Widersprüche innerhalb dieses Bündnisses, in dem sich die Kräfteverhältnisse auch sehr verändert haben.
Deutschland hat sich nicht am Irakkrieg beteiligt, ja hat teilweise Flughäfen in Deutschland den Amis für den Einsatz im Irak verweigert, weil eine sehr starke Antikriegsbewegung gegen jegliche Beteiligung am Krieg kämpfte.
Nicht nur ökonomisch ist der US-Imperialismus und mit ihm die ganze „westliche Welt" des Imperialismus auf dem absteigenden Ast. Der **ideologische Anspruch des „Westens"** ein Hort der Demokratie, der Menschenrechte, der Freiheit, überhaupt der **Hort der „Zivilisation"** zu sein, wird immer mehr von den selbstbewusster auftretenden Kräften im „Osten" vor allem in China und Indien (in diesem Zusammenhang auch Japan) zu Recht in Frage gestellt.
Nach dem Zusammenbruch des „Ostblocks" unter Führung des sozialimperialistischen Russlands wurden zahlreiche **neue „Theorien" vom Westen** aufgestellt: Nun sei bewiesen, der Kapitalismus hätte den Sozialismus besiegt; es habe sich herausgestellt, die Zukunft gehöre der „liberalen Demokratie"; das westliche System sei alternativlos; nach dem „Zusammenbruch des Kommunismus" sei der „Kampf der Systeme" endgültig beendet; jetzt sei „das Ende der Geschichte" gekommen und eine Ära des Friedens angebrochen usw. In ganz kurzer Zeit hat sich in der Praxis erwiesen, diese Phrasen sind **reine Propagandalügen der Bourgeoisie**.
Wir haben in dem Zeitraum **2016 – 2021** auch die Barbarei des Imperialismus erlebt: in Form regionaler Stellvertreter-Kriege, in Form der sich weiter entwickelnden Vernichtung der Lebensgrundlagen durch die kapitalistische Wirtschaft, in Form der fortschreitenden Faschisierung, in Form der Entwicklung des Rassismus, in Form der Verfestigung des Patriarchats, in der Form der anhaltenden nationalen Unterdrückung, in Form der Ausbeutung und des Elends der werktätigen Massen weltweit, insbesondere in den abhängigen Ländern, in der Form von Vernichtung durch Klimaveränderung/Katastrophen etc.
Auf jeden Fall ist die **ideologische Hegemonie des US- und des westlichen Imperialismus**, wenn nicht gebrochen, doch **sehr ramponiert**. Viele Menschen auf der Welt sehen und begreifen, dass Begriffe wie Freiheit, Demokratie, Menschenrechte etc. nichts als nützliche Propagandawaffen sind, die für die Durchsetzung der imperialistischen Interessen ausgenutzt werden.
Dabei hat die vierjährige Amtszeit des Faschisten Trump in den USA mit seiner offenen, undiplomatisch direkten Sprache und seinen Taten einen großen Dienst erwiesen. Die vierjährige Trump-Präsidentschaft „der freien Welt" wird in den Mainstream-Medien jetzt natürlich als eine „unrühmliche Episode", als ein „Unfall" der Geschichte der ach so demokratischen USA und der westlichen Demokratien überhaupt dargestellt und versucht vergessen zu machen. Aber das war kein Betriebsunfall, sondern eine logische Antwort des Systems im Ergebnis einer schweren ökonomischen Krise.
Letztendlich wird die neue Administration nichts anderes in die Tat umsetzen, als was Trump offen formuliert und auf seine Art versucht hat: **America First**! In der Politik die Interessen des amerikanischen Imperialismus an die erste Stelle stellen. Das ist nicht nur die Handlungsoption der amerikanischen Bourgeoisie und ihrer politischen Vertreter, sondern aller Bourgeoisien, aller bürgerlichen Staaten der Welt!

Wettlauf in der Aufrüstung

Die Entwicklungen in den letzten fünf Jahren zeigen überdeutlich, dass die innerimperialistischen Widersprüche sich auf der Grundlage der sich verändernden Kräfteverhältnisse **enorm** verschärft haben.
Die verschärfte Konkurrenz und der Kampf zwischen den imperialistischen Mächten eröffnen den **Bourgeoisien vieler abhängiger Länder** auch die Möglichkeit, die Widersprüche der Imperialisten untereinander auszunutzen und eine die eigenen Interessen in den Mittelpunkt stellende Politik zu entwickeln und durchzuführen. Beispiele dafür sind die Türkei, Indien, Brasilien, Iran, Südafrika.
Sie mischen sich nun öfter als eigenständige Mächte in die Kämpfe um die Neuverteilung ein. Das wiederum verschärft sowohl die Widersprüche zwischen diesen nun mehr auf Unabhängigkeit pochenden Ländern und den Imperialisten, als auch die Widersprüche unter den imperialistischen Mächten selbst. **So wächst jeden Tag die Weltkriegsgefahr an.**
Bei dieser Gefahr tritt der **US-Imperialismus**, der seine Position als Weltmacht Nr. 1 zu erhalten versucht, militärisch als **Hauptaggressor** auf. Von seinen Rivalen im Kampf um die Weltherrschaft ist der **russische Imperialismus** militärisch momentan sein gefährlichster Gegner.
Obwohl der **russische Imperialismus** im Vergleich zu anderen imperialistischen Großmächten ökonomisch

schwach ist, ist er **militärisch** kumulativ immer noch die **zweitstärkste Macht** der Welt. Er ist als Erbe der untergegangenen Sowjetunion weltweit die **Atommacht Nr. 2**. Und diese Position versucht die russische Großmacht zu halten und verwendet sie rigoros um ihre imperialistischen Ziele durchzusetzen.

Sie ist, wie der US-Imperialismus, an allen militärischen Konflikten auf der Welt in verschiedenen Formen mit beteiligt und scheut sich auch nicht davor, wenn nötig, die **USA militärisch herauszufordern**, wie wir in Syrien und in der Ukraine gesehen haben.

China hält sich bei den militärischen Konflikten auf der Welt noch zurück. Denn das Land ist auf einen direkten Waffengang mit den USA **militärisch** noch **nicht ausreichend** vorbereitet. Allerdings rüstet China enorm auf. Es ist das Land, das **nach** den USA **die höchsten Militärausgaben** der Welt hat.

2020 lagen Chinas Militärausgaben bei **252 Milliarden** US-Dollar. (**2004** hatten die Militärausgaben Chinas nur einen Umfang von **66 Milliarden** US-Dollar. Das heißt, China hat seine Militärausgaben in 16 Jahren fast **vervierfacht**.) Allerdings sind die Militärausgaben Chinas verglichen mit den USA sowohl in absoluten Zahlen auch was den prozentualen Anteil am BIP betrifft vielfach geringer. Das ist auch der entscheidende Grund, warum China momentan militärischen Provokationen der USA erstmal vorrangig diplomatisch begegnet.

Aber auch andere **imperialistische und regionale reaktionäre Mächte** rüsten auf. Ihre Militärausgaben schnellen von Jahr zu Jahr in die Höhe. Auch die Covid-19-Pandemie hat diese Entwicklung in **keinster** Weise gebremst. In der Pandemie war die Rüstungsindustrie – neben der Pharmaindustrie – die Sparte der Ökonomie, die weiter anwuchs und hohe Renditen generierte.

2020, in dem Jahr, in dem die Weltwirtschaft um vier Prozent **schrumpfte**, erreichten die **weltweiten Militärausgaben** einen **Rekordwert!** Sie sind nach dem **SIPRI Report 2020** *(Stockholm International Peace Research Institute)* im Vergleich zum Vorjahr, um 2,6 Prozent angestiegen. Die **weltweiten Militärausgaben** erreichten einen Wert von **1,981 Billionen Dollar!** Das war seit Beginn der Datenerfassung durch SIPRI im Jahr 1988 der höchste Betrag. Der Anteil am Welt-BIP beträgt **2,4 Prozent.**

Die Entwicklungen belegen, dass die ganze imperialistische Welt sich in einem Rüstungswettbewerb befindet, alle rüsten auf!! Die Imperialisten bereiten sich auf einen neuen Krieg vor!

Natürlich hören sie nicht auf dabei ständig vom Frieden zu reden. Und wenn sie Krieg führen, wie wir z.B. in Afghanistan, Irak, Syrien, Mali gesehen haben, erzählen sie, das seien nur Aktionen zur Verteidigung von Freiheit, Demokratie, Menschenrechten gegen „terroristische" Angriffe!

Das erleben wir auch aktuell in **Palästina**, wo die ganze westliche imperialistische Welt von „Israels Recht auf Verteidigung" faselnd hinter dem räuberisch-kolonialistischen Krieg des zionistischen Staates Israel gegen das palästinensisch arabische Volk steht.

Auch die **verstärkte Faschisierung nach Innen** in fast allen Ländern ist ein Teil der Kriegsvorbereitungen. „Die innere Front" wird stabilisiert!

Die militärische Stärke der anderen imperialistischen und reaktionären regionalen Mächte ist nicht zu messen mit der des US-Imperialismus, des russischen Imperialismus, und neuerdings auch des chinesischen Imperialismus.

In **Europa** sind von den imperialistischen Großmächten der französische und der englische Imperialismus eigenständige **Atommächte**. Deutschland ist keine eigenständige Atommacht. Keine dieser Mächte, aber auch nicht die EU der 27 insgesamt ist alleine Hauptakteur eines sich langsam aber sicher anbahnenden dritten Weltkriegs.

Die **Hauptakteure** in diesem kommenden Weltgemetzel werden die Hauptkonkurrenten um die Welthegemonie sein, die **USA und China**. Alle anderen werden sich um diese in verschiedenen Koalitionen versammeln. Da China für einen Weltkrieg noch nicht ausreichend militärisch vorbereitet ist, werden zunächst die heute laufenden regionalen Kriege noch eine Zeitlang als solche weitergeführt werden.

Auch die „Corona-Krise“ zeigt den wahren Charakter des Kapitalismus

Seit März 2020, als die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die zuerst in Wuhan/China ausgebrochene Covid19-Epidemie zur weltweiten Pandemie erklärt hat, wurde **die imperialistische Welt** in einen **Ausnahmezustand** versetzt. Dieser Zustand, der sich in verschiedenen Ländern zu unterschiedlichen Zeiten konkret anders gestaltete, ist noch nicht überwunden und dauert noch an.

Auch wenn der konkrete Verlauf in verschiedenen Ländern viele Unterschiede zeigt, sind allen Ländern folgende Merkmale gemeinsam:

Die enorme Stärkung der Exekutive; das Regieren durch Dekrete im Gesetzesrang; das Regieren teilweise an Parlamenten und Gesetzen, teilweise sogar durch verkleinerte „Pandemiebekämpfungs-Kabinette“ an der Regierung vorbei, vielerorts die Verhängung des Ausnahmezustandes, der Einsatz der Armee als ausführende Macht im Inland (verstärkte Militarisierung nach Innen), enorme Begrenzungen und Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten.

Das heißt: Die Bourgeoisien aller Länder haben diese Gesundheitskrise ausgenutzt, die Gesellschaft an einen **länger dauernden Ausnahmezustand** zu gewöhnen. Sie haben geübt, wie weit sie z.B. in einem Krieg mit der Beschränkung der bürgerlichen Freiheiten gehen können und in wie weit sie die Armee für die Ruhe im Inneren verwenden können. Sie haben getestet wie weit das Vertrauen der Werktätigen in das System, wie weit die Glaubwürdigkeit ihrer Politikerkasten und Institutionen bei den Werktätigen reicht.

Das alles haben die Herrschenden im Namen des Schutzes der Gesundheit der Bevölkerung, vor allem des Schutzes der gesundheitlich Schwächsten, der durch Covid19 am meisten bedrohten Menschen durchgesetzt! Hehre Worte. Ihre Taten zeigten aber dass die Gesundheit der Menschen ihnen völlig gleichgültig ist.

Alle Verantwortlichen des Systems, ausgenommen einiger weniger Ärzt:innen und Virolog:innen haben am Anfang die sich ankündigende Gefahr, die von der in Wuhan auftretenden neuen Art eines SARS-Virus ausgeht, ignoriert oder kleingeredet. China hat die neue Krankheit mindestens zwei Monate geheim gehalten. Als in Wuhan die ersten Menschen starben und die erste rigorose Quarantäne verhängt wurde, war der Virus schon in viele Länder exportiert!

Die **WHO** hat bis zum 11. März gewartet um die Covid19-Ausbreitung zu einer Pandemie zu erklären. So hatte dieser Virus fast drei Monate lang die Möglichkeit sich in der Welt, ohne ernsthaft bekämpft zu werden, zu verbreiten!

Bereits damals hatten schon die **ersten Verschwörungs-Erzähler:innen** ihre kruden Erklärungen parat: Der Virus existiert nicht, bzw. ist nicht schlimmer als eine Grippe; China sei der Schöpfer des Virus und habe ihn im Labor entwickelt, um seine Konkurrenten zu schwächen. Wahlweise haben das auch die USA (Juden), Mossad (Juden), Bill Gates (im Hintergrund Juden) getan, aus unterschiedlichen Motiven. Bill

Gates „um nachher alle Menschen zwangsweise zu impfen“ und so die „blöden“ Geimpften, die keinen Durchblick haben, unter „vollständige Kontrolle zu bringen“. Andere Variante: Alle Geimpften werden in zwei Jahren sterben, das ist weltweit größte Bevölkerungsreduktion etc. Für sie alle gilt: Sie wollen mit dem Virus auch das große Geld machen. Z.B. durch ihre „Schenkungs-Spendenkampagnen“.

Die „linke“ Version der Verschwörungserzählungen zu Corona geht davon aus, dass der neuartige Coronavirus und natürlich seine Mutationen von der Pharmaindustrie, wahrscheinlich in Zusammenarbeit mit dem militärindustriellen Komplex bewusst entwickelt und in die Welt gesetzt wurden. Oder aber die Herrschenden dieser Welt bauschen die Gefahr, die von dem Virus ausgeht auf, um ihre Ziele der Militarisierung der Gesellschaft, den verschärften Polizeistaat etc. durchzusetzen.

Alle diese Lügenmärchen haben das Manko, dass sie nicht über Mutmaßungen und Behauptungen hinausgehen sowie **keinen einzigen Beweis** vorlegen können. Brauchen sie auch nicht, weil das für überzeugte Verschwörungsfuzzis jetzt sowieso eine Glaubensfrage ist.

Die neue Religion in der Covid19-Pandemie heißt **Corona-Leugnungs-Religion!** Wer nicht daran glaubt ist blöd und hat keinen Durchblick. Oder ist von denen „da oben" (hinter denen meistens, wie immer, „die Juden" stehen) gekauft.

Dann brach in **allen Ländern**, wo die Krankheit sich ausbreitete, ein **Chaos** im Namen der Pandemiebekämpfung aus. Es zeigte sich so offenkundig, dass **kein bürgerlicher Staat** auf **eine Pandemie** wirklich vorbereitet war. Obwohl bereits nach der **ersten SARS Welle 2011** jeder Staat sich international verpflichtete Maßnahmen und Vorbereitungen gegen eine kommende Pandemie zu treffen.

Die Politik bog die Wirklichkeit so zurecht, dass die Menschen dachten, die Politiker:innen wissen genau was sie tun und sie hätten alles unter Kontrolle. Dabei belogen sie die Bevölkerung hemmungslos.

Anfangs, als aus China die ersten Bilder mit martialischen Quarantänebildern kamen, taten sie so, als ob das nur China beträfe. Es gäbe keinen Grund zur Sorge. Als dann die ersten Bilder der Toten aus Italien über die Fernsehschirme flimmerten, taten sie so, als seien sie selbst doch besser vorbereitet. In den USA erklärte Trump, das sei doch nur so etwas wie eine Grippe. Keine Panik!

Die Wahrheit stellte sich alsbald heraus. Sie waren mitnichten auf eine Pandemie vorbereitet. Die Intensivbetten in den Krankenhäusern waren in den letzten Jahrzehnten nicht aus- sondern abgebaut worden. Das fast gänzlich privatisierte Gesundheitssystem hatte Krankenhauspersonal aus Kosten-, d.h. Profitgründen massiv reduziert.

Für eine **Pandemiebekämpfung** mit schweren Fällen waren viel zu **wenige Ärzt:innen und Pflegepersonal** in den Krankenhäusern. Ebenso fehlte es in den Krankenhäusern an allem, an Masken, an Schutzkleidung, ja sogar an Desinfektionsmitteln. Für die „Normalbevölkerung" waren Masken etc. überhaupt nicht vorhanden. Wie reagierte die Politik? Gab es zum Beispiel nicht genug Masken, wurde verkündet, diese

„Great Reset" – Kapitalismus im neuen Gewand

In diesem Zusammenhang sind die Diskussionen und Vorschläge auf dem **Weltwirtschaftsforum (WEF) 2020**, im Angesicht der Corona-Krise sehr interessant. Im WEF treffen sich jedes Jahr führende VertreterInnen der imperialistischen Welt aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Kultur informell und palavern über „Probleme" und entwickeln „Vorschläge" für die zukünftige Politik.

Auf dem WEF 2020 wurde von „Prince" Charles (England) und dem Gründer des WEF, Klaus Schwab, gemeinsam ein Plan mit dem Namen **„Great Reset"** (Der Große Umbruch/Neubeginn) vorgestellt, der *„eine Neugestaltung der weltweiten Gesellschaft und Wirtschaft im Anschluss an die COVID19-Pandemie"* vorschlägt. Ausgangspunkt des Plans ist, dass die Welt nach der Pandemie nicht mehr die alte sein wird und die Möglichkeit geschaffen hat *„einen Neubeginn"* zu wagen.

In dem Buch „Great Reset" von Klaus Schwab und dem Ökonomen Thierry Malleret, kurz vor dem WEF veröffentlicht, werden Voraussagen über die Welt nach der Pandemie getroffen: *„Es wird erwartet, dass es nach der COVID19-Pandemie zu einer Umverteilung von oben nach unten kommt, ‚von den Reichen zu den Armen und vom Kapital zur Arbeit'. Außerdem werde Corona ‚wahrscheinlich den Tod des Neoliberalismus einläuten', welcher ‚Wettbewerb über Solidarität stellt, schöpferische Zerstörung über staatliche Intervention und Wirtschaftswachstum über soziales Wohlergehen'.*

Die Rolle des Staates in der Wirtschaft verstärke sich. Zum ersten Mal seit der Ära des Thatcherismus hätten, ‚die Regierungen wieder die Oberhand'. Auf der Skala ‚zwischen Regierung und Märkten hat sich die Nadel entschieden nach links bewegt. Gleichzeitig rechnen die Autoren mit einer Verstärkung der Deglobalisierung und des Nationalismus."

Im Wikipedia Eintrag „Great Reset" wird über diesen Plan ausgeführt: *„Folgt man dem Vorschlag des Weltwirtschaftsforums (WEF), dann stellt die COVID19-Pandemie eine günstige Gelegenheit dar, möglichst wirkungsvoll einen globalen wirtschaftlichen Aufschwung und die zukünftige Richtung der weltweiten Beziehungen, Volkswirtschaften und Prioritäten zu gestalten. Prinz Charles betonte während der Präsentation des Planes, dass der darin niedergelegte Inhalt nur mit der Zustimmung der Menschheit geschehen solle. Demzufolge müsse der zukünftige wirtschaftliche Aufschwung die Welt auf einen Pfad der Nachhaltigkeit bringen. Hierfür bedürfe es des Umbruchs und der Neugestaltung sozialer und ökonomischer Systeme.*

Wichtige Dimensionen dieses nachhaltigen Wirtschaftens für einen Great Reset seien: Innovation, Wissenschaft und Technologie. In Anbetracht des weltweiten realen Elends bedürfe es, so Klaus Schwab, einer fairen Wirtschaft. Das Ziel läge im Starten einer vierten industriellen Revolution, zum Zwecke der Schaffung einer digitalen wirtschaftlichen und öffentlichen Infrastruktur. Prinz Charles setzt auf den privaten Sektor als die Haupttriebkraft des Plans. Nach Klaus Schwab wird der Great Reset das Wirtschaftssystem nicht wesentlich verändern, sondern vielmehr zur Entstehung eines ‚verantwortungsvollen Kapitalismus' beitragen." [1]

1 „https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=The_Great_Reset&oldid=212121299"

seien auch nicht nötig und könnten sogar schädlich sein! Als dann genug Masken produziert und gekauft wurden, hieß es dann, diese oder jene Maske sei ein Muss, um den Profit zu steigern.

Diese Pandemie hat, wie alle Pandemien und Krisen überhaupt, wie immer im Kapitalismus, **vor allem die Arbeiter:innen und die Werktätigen** getroffen.

Denn, wer Geld hat, oder politisch im Amt war, konnte sich beste gesundheitliche Behandlung kaufen und die Krankheit locker überleben. Das haben wir bei Politiker:innen, wie Trump in den USA oder Bolsonaro in Brasilien, gesehen. Unter den weltweit nun über 3,39 Mio. an der Pandemie verstorbenen Menschen keine einzigen Großkapitalist:innen!

In den verschiedenen Ländern wurden **mehrere Lockdowns** im Namen der Pandemiebekämpfung verordnet. Aber Lockdown bedeutete nie einen Stopp der ganzen Produktion – außer den lebensnotwendigen Gütern, Energie, Wasserversorgung etc. Lockdown bedeutete immer: Die Arbeiter:innen gehen weiter zu **ihrer Arbeit in der Produktion**, dafür bleiben die Kinder zu Hause, es gibt keinen Präsenzunterricht, keine Kulturveranstaltungen, keine Versammlungen, Demos, etc. **Ausgehbeschränkungen**, außer dem Weg zu und von der Arbeit, wurden verhängt, ebenso **Begrenzungen menschlicher Begegnungen** und **Kontakte außer einem „Haushalt"**.

In „Lockdowns" im Namen der Pandemiebekämpfung wurden soziale Kontakte auf ein Minimum runtergefahren, während **die Produktion weiter und ungestört lief!** Dabei wurden Millionen von Arbeiter:innen angesteckt, erkrankten ganze Arbeiterfamilien an Covid-19 und hunderttausende starben oder überlebten mit großen Gesundheitsschäden. Bei der übergroßen Mehrheit der Arbeiter:innen überwog die Angst vor dem Jobverlust, die Angst vor der Ansteckung!

Ginge es den Herrschenden wirklich um die Gesundheit der Menschen, dann würde erstens ein sich auf eine Pandemie vorbereitendes Gesundheitswesen existieren. Und es wären vorbereitete Pläne für eine Pandemie vorhanden gewesen, die unter Beteiligung der Bevölkerung ausgearbeitet wurden, und diese würden vom ersten Tag an konsequent in die Tat umgesetzt.

Wenn notwendig, hätte es konsequente auch langfristige Lockdown gegeben, wo auch die Produktion, bei vollem Lohnausgleich für die Arbeiter:innen, gestoppt worden wäre. Alles andere ist keine Pandemiebekämpfung, sondern **Ausnahmezustandsübung im Namen der Pandemiebekämpfung**.

Dass in dieser Corona-Krise die bürgerliche Politik ihre Glaubwürdigkeit völlig verspielt hat, ist die logische Konsequenz dieser Entwicklung. Weitere logische Konsequenz ist auch, dass viele Menschen die unglaubwürdige hü- und hott-Politik der Regierungen, als persönliche Freiheitsberaubung ansehen, die Situation satthaben und ihren Unmut bekunden.

Und da kommen die **offenen Faschist:innen**, die Esoteriker:innen, die Anthroposoph:innen, die Verschwörungs-Erzähler:innen jeder Couleur in der Pose der Kämpfer:innen für **„Freiheit – gegen die Corona-Diktatur"** auf die Bühne! Sie versuchen aus diesem Unmut frustrierter Menschen auf den „Anti-Corona-Maßnahmen Demos" etc. politisch rechtes bis faschistisches Kapital heraus zu schlagen. Sie kapern die Aktionsformen der linken 1968er Bewegung und führen durch ihre Aktionen des „zivilen Ungehorsam" den Staat vor. Dabei kommt ihnen zugute, dass in allen staatlichen Institutionen, vor allem bei der Polizei und Armee, viele ihrer Gesinnungsgenoss:innen sind. Es kommt ihnen zugute, dass sie eigene politische Parteien in Parlamenten haben, so wie die AFD in Deutschland. So konnten sie sogar in Deutschland z.B. einmal unter den Augen der Polizeikräfte den **Sturm auf den Bundestag** wagen – mit ihren Reichskriegsflaggen!

Ja, **der Unmut und die Wut** vieler Menschen gegen die Politik der Herrschenden in der Covid-19-Pandemie ist **gerechtfertigt**. Die Bourgeoisie hat in dieser Gesundheitskrise ihre Arbeiter:innen, Werktätigen ja Menschen-feindliche Fratze offen gezeigt.

Ihre ungenierte Vorgehensweise sich **nur am Profit** zu orientieren wurde zur Schau gestellt. Das muss entlarvt und bekämpft werden. Das haben wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln nach unseren Kräften gemacht. Allerdings muss auch die Corona-Leugner:innenbewegung, die von den Bourgeois-Medien bewusst unverschämt als **„Querfront von Links- und Rechtsextremist:innen"** dargestellt wird, entlarvt und bekämpft werden. Diese sind nicht besser als diejenigen, die sie als „Corona-Diktatoren" betiteln, und behaupten, sie würden sie bekämpfen. Dabei sind sie nichts anderes als Teil und Produkte dieses durch und durch morschen, verlogenen kapitalistischen Systems. Die Freiheit, die sie meinen, ist in dem Zusammenhang der Pandemie, nichts anderes als **Entsolidarisierung** mit den an der Krankheit sterbenden, schwerkrank in Krankenhäusern liegenden und bedrohten Menschen.

Ja noch mehr, diese Leute sind mit ihren Spreader-Events, ohne jegliche Hygieneregeln, die von Staat und Polizei seit über einem Jahr einfach zugelassen werden, **Virustreiber:innen** in der Pandemie.

Für uns ist die Freiheit, die Einsicht in die Notwendigkeit. Notwendig in einer Pandemie ist eine wirkliche, den Menschen und nicht den Profit in den Mittelpunkt stellende Gesundheitspolitik und Gesundheitswesen. Und das existiert im Kapitalismus nicht!

Mitte **Oktober 2021,** im zweiten Jahr der Pandemie über **4,9 Millionen Tote** weltweit! Über **243,2 Millionen Menschen** sind an **Covid-19 erkrankt**.
Und das sind nur die offiziellen Zahlen, die von der WHO mitgeteilt werden! In Brasilien, in Indien geht der Sauerstoff für die Beatmung der Kranken aus. Weder sind ausreichende, freie Intensivbetten noch Sauerstoffbeatmungsgeräte etc. vorhanden. Den ärmeren, abhängigen Ländern fehlt es an Impfstoff. Die imperialistischen Länder horten Impfstoffe und kämpfen gegeneinander, um an mehr Impfstoffe heranzukommen.
Das ist der Zustand der kapitalistischen Welt in der Corona-Pandemie. **Dieser Zustand ist menschenfeindlich!** Es ist aber der Normalzustand des Kapitalismus in einer Pandemie. Corona hat uns das in jeder Hinsicht gezeigt.
Die Pandemie wird irgendwann weltweit „besiegt" werden, durch die „Herdenimmunität". Diese wird durch die Überlebenden des Corona-Infekts und milliardenfache Impfungen, die die Kassen der Pharmakonzerne und der Logistikbranche überfüllen – erreicht. Der Kapitalismus wird nicht durch die Epidemie in sich zusammenbrechen. Auch wird er aus der Corona-Krise mit einigen kosmetischen Veränderungen in den Politik- und Kräfteverschiebungen im Kapitalbereich aus der Krise kommen.
Veränderungen werden im Produktions- und im sozialen Bereich vorgenommen werden. Die **Digitalisierung** wird schneller vorangetrieben, **neue Formen der Arbeit** entstehen**,** zum Beispiel die räumliche Trennung der Arbeits- und „Freizeit" wird aufgehoben und sich etablieren. Analoge, menschliche Begegnungen in der Arbeit werden überall da, wo es möglich ist, reduziert. **Das System** wird sich aber **in seinem Wesen nicht** verändern: **Herrschaft** der „in Produktionsmitteln und Lebensmitteln vergegenständlichten toten Arbeit" (Marx, Das Kapital) über **die lebendige menschliche Arbeit und die Natur!** Vernichtende Ausbeutung des arbeitenden Menschen und der Natur durch das Kapital, durch die Kapitalistenklasse! Herrschaft des Toten über das Lebendige!
Im Kapitalismus heißt **nach der Pandemie, zugleich vor der Pandemie.** Nach der Überwindung der Corona- Pandemie, deren langfristige gesundheitliche Folgen wir überhaupt noch nicht ausreichend kennen, wird irgendwann, in nicht sehr weiter Zukunft eine andere Pandemie, ein anderer Virus auftauchen und sich verbreiten. Denn die kapitalistische Produktionsweise mit **ihrer Maxime Maximalprofit** und die von ihr erzeugte **Konsum- und Wegwerfgesellschaft**, die kapitalistische Lebensweise vernichtet die **Lebensgrundlagen der Menschheit**. Sie stört das Gleichgewicht der Natur und schafft die Bedingungen der Entwicklung und Verbreitung immer neuer und gefährlicherer Viren.
Darum: **Der Kapitalismus ist der gefährlichste Virus für das Leben auf dieser Erde. Wer für die Gesundheit kämpfen will, muss gegen den Kapitalismus kämpfen. Kampf für die Gesundheit der Werktätigen ist Klassenkampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie.**

Klimakrise und Kapitalismus

Die Corona-Krise war **seit März 2020 bis heute Oktober 2021** das weltweit vorherrschende Thema. Sie hat viele wichtigen Themen und Kämpfe von der Tagesordnung auf die hinteren Plätze geschoben. Ein für die Zukunft der Menschheit überlebenswichtiges Thema, das vorerst von der Tagesordnung verdrängt wurde ist die **Klimakrise**. Dabei war die vom Kapitalismus geschaffene Klimakrise vor der Pandemie, das Thema, das Millionen Menschen überall in der Welt auf die Straßen brachte.
Gerade in dem Zeitraum 2016-2019 hatte vor allem die Jugend, mit der **Fridays for Future-(FFF) Bewegung** die größte, weltweite Massenbewegung der letzten Dekade auf die Beine gestellt. Kinder und Jugendliche, die freitags mit ihren fantasievollen Slogans und Aktionen auf die Straße und nicht in die Schule gingen, zwangen die Bourgeoisie zu handeln.
Sie musste auf den „Klimagipfeln" Rechenschaft darüber ablegen, warum sie ihre bisher erklärten „Klimaziele" nicht erreicht hat.
Sie musste neue viel ambitioniertere Ziele, z.B. die Reduzierung des CO2 in der Luft annehmen, um **zu verhindern**, dass aus dieser Bewegung eine revolutionäre, das kapitalistische System insgesamt in Frage stellende Bewegung entsteht. Aber viele der Jugendliche in der Bewegung lassen sich nicht einlullen und vertrauen den leeren Versprechungen nicht. Sie wollen weiterhin Druck machen, damit das Versprochene in die Tat umgesetzt wird.
Es geht in dieser Frage ja um nicht mehr oder weniger als ihre eigene und der kommenden Generationen Zukunft. In den Demonstrationen waren die tonangebenden Parolen „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr unsere Zukunft klaut!", „Es gibt keinen PlanetB" und **„System Change statt Climate Change"**. Gerade diese letzte Parole trägt das Potenzial in sich, das kapitalistische System insgesamt zu hinterfragen.
Fakt ist aber, dass der **Großteil der FFF-Bewegung** mit **System Change nicht die Zerschlagung des kapitalistischen Systems** meint. Es werden nur bestimmte Aspekte des heute herrschenden Systems

in Frage gestellt, die reformiert werden sollen. Wie z.B. die Reduzierung des CO2 Ausstoßes in einem bestimmten Zeitraum oder der Ausstieg aus Kohleenergie etc.

Die FFF-Bewegung ist ohne viel Zutun bürgerlicher und linker Parteien spontan entstanden und hat sich nach und nach zu einer breiten Massenbewegung entwickelt. Ab diesem Moment haben natürlich alle möglichen politischen Kräfte und Parteien versucht diese Bewegung zu instrumentalisieren.

Für alle bürgerlichen Parteien ist das Hauptziel, ihre **Radikalisierung** zu einer **wirklich revolutionären Bewegung** zu verhindern. Dabei sind sie angesichts der Schwäche der kommunistischen Bewegung auch erfolgreich.

Von der FFF-Bewegung profitieren in allen Ländern, aber vor allem in den imperialistischen Metropolen, **grüne bürgerliche „Umwelt"-Parteien**, die nach und nach die Führung der FFF-Bewegung durch ihre jugendlichen Mitglieder übernehmen. In den imperialistischen Metropolen, aber nicht nur da, sondern in **allen Ländern**, gewinnen die **Umweltfragen, aktuell die Klimakrise**, an Wichtigkeit. So dass diese Themen sich nun in den Programmen aller bürgerlichen Parteien als ein wichtiger Programmpunkt wiederfinden.

Alle, die in den frühen 1970er Jahren des vorigen Jahrhunderts die in den imperialistischen Metropolen entstandene Umweltbewegung belächelten, übernehmen nun grüne Forderungen und geben sich einen grünen Anstrich. Auch die Wirtschaft reagiert auf diese Entwicklung. Alle großen Konzerne werben mit ihren angeblich nachhaltigen, naturschonenden Produkten. Die **grünen Parteien**, ursprünglich als radikaloppositionelle Parteien entstanden, sind längst **vom kapitalistischen System absorbiert**. Sie sind bürgerliche Parteien und sind Teil des Establishments. In manchen Ländern sind sie in Regierungen mitbeteiligt. In vielen Ländern schreiten sie auf dem „langen Marsch" zur Macht!

Die **Klimakrise**, als ein Teil der Umweltfrage, wird mit der Überwindung der Covid-19-Pandemie **mit aller Macht** wieder auf die **gesellschaftliche Agenda** zurückkehren. Jetzt ist es wichtig, in diese Bewegung die Grundkenntnis hineinzutragen und aufzuzeigen, dass es eine wirkliche Lösung der Klima- und Umweltfragen im Kapitalismus niemals geben wird.

Das Wesen der kapitalistischen Wirtschaft ist die maximale Ausbeutung der Arbeit und der natürlichen Lebensquellen. Die kapitalistische Wirtschaft, das kapitalistische System ist der größte „Umweltsünder". Es ist der „Verursacher", der Produzent aller Umweltschäden, die kumulativ nun sich langsam aber sicher zu einem **nicht mehr rückkehrbaren Punkt** hin entwickeln. Das ist ganz klar z.B. bei dem Klimawandel zu beobachten.

Also: Der Kampf gegen die Zerstörung der Umwelt, der Kampf gegen die sich jeden Tag an verschiedenen Orten der Erde ereignenden „Naturkatastrophen" [22], gegen den sich ankündigenden Klimawandel muss als ein **Kampf gegen das kapitalistische System** geführt werden. Ein Umweltkampf, ohne die Zielklarheit der Zerschlagung des kapitalistischen Systems, ist ein Kampf nicht gegen das eigentliche Übel. Nicht die Krankheit selbst wird bekämpft, sondern nur einige schlimme Symptome!

Es ist **eine Illusion** zu glauben, das System sei in diesem Punkt **gründlich reformierbar.** Natürlich kann durch eine große Massenbewegung, aber auch zum Beispiel durch sinkende Profite, durch Boykotte bestimmter Firmen, Produkte etc. das System zu einigen Veränderungen bewegt werden. Aber das ist nur Wasser auf den heißen Stein.

Das ist Beleg dafür, dass ein nicht unwichtiger Teil der weltweiten Bourgeoisie die Reformbedürftigkeit des

22 Zunehmende Busch- und Waldbrände; häufigere und stärkere Orkane, Tsunamis, Überschwemmungen, Dürren etc. das Schmelzen der Gletscher, der Polkappen etc.

Kapitalismus in seiner vorherrschenden Form sieht. Sie wollen uns einen Kapitalismus in dem „der Markt" nicht völlig unkontrolliert schalten und walten kann, wo der **Staat als „ideeller Gesamtkapitalist"** wieder (wie es übrigens sowohl in der Krise 2008-2009, als auch in der Corona-Krise massiv geschehen ist) in der Wirtschaft eine aktivere Rolle spielt, als „verantwortungsvollen Kapitalismus" verkaufen! Keynesianismus statt ungehemmter Wirtschaftsliberalismus (oder Thatcherismus). Das ist, was sie uns als Reform anbieten. Ist es möglich? Natürlich. Das ist nicht nur möglich, sondern wird wahrscheinlich, im Angesicht des Erfolges z.B. von China, auch in den nächsten Jahren die vorherrschende Politik in der Welt sein.

Aber keine Reform – wie auch immer – wird an **dem Wesen des Kapitalismus etwas ändern**. Kapitalismus ist menschen- und naturfeindlich. Umwelt und die ausgebeutete Menschheit müssen vom Kapitalismus befreit werden! Das ist die Lösung!

Indien

Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren!

Die kapitalistische Welt ist voll mit brutaler Ausbeutung der Arbeiter:innenklasse, neokolonialer Ausbeutung und Kriege gegen die unterdrückten Völker, faschistischer Unterdrückung jeder gegen das System gerichteter Opposition, patriarchaler Unterdrückung der Frauen und Unterdrückung jeder Identität, die in und von der Mehrheitsgesellschaft als „Andere" definiert wird, Ungerechtigkeiten jeder Art, so dass es tausende Gründe gibt sich gegen dieses System aufzulehnen. „Wo Unrecht, zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht".

Der Kapitalismus ist an sich ein Aufruf an alle Arbeiter:innen, an alle werktätigen Menschen, an alle Unterdrückten dieser Welt sich gegen ihn aufzulehnen.

In dem Zeitraum seit unserem **4. Kongress 2016** entwickelten sich wieder **großartige, bewegende Kämpfe der werktätigen Massen überall auf der ganzen Welt**.

Im Klassenkampf der Arbeiter:innenklasse und der werktätigen Bevölkerung spielte der bislang **größte Generalstreik in Indien, den die Welt je erlebt hat**, mit über **250 Millionen beteiligten Werktätigen,** eine herausragende Rolle. Die bisherigen und teilweise bis heute noch anhaltenden massenhaften Aktionen der Bauern und Bäuerinnen haben dem Modi-Regime schwer zugesetzt.

Darüber hinaus liefen in **fast allen Ländern** kleinere und größere Streiks, Besetzungsaktionen, Demonstrationen, Kundgebungen der Arbeiter:innen und der Werktätigen aus verschiedenen Branchen.

Zwar hat sich keine globale gemeinsame Aktion der Arbeiter:innen und Werktätigen mit einer aktuellen gemeinsamen Forderung entwickelt. Aber zum **100. Jahrestag der Oktoberrevolution** und dem **150. Jahrestag der Pariser Kommune** wurden zahlreiche gemeinsame Aktionen von revolutionären, kommunistischen Organisationen verschiedener Länder veranstaltet.

Auch an den international wichtigen Klassenkampfta-

gen, wie dem **8. März,** dem Internationalen Frauentag, dem **1. Mai** und dem **1. September**, dem Anti-Kriegstag trugen Millionen von Arbeiter:innen und Werktätigen ihre Forderungen auf die Straßen, liefen Aktionen in vielen Ländern in denen sich die **Internationalität des Kampfes** manifestierte.

Die Pandemiebedingungen haben zwar klassenkämpferische Aktionen sehr erschwert, in manchen Fällen bestimmte Aktionsformen wie z.B. Massendemonstrationen fast unmöglich gemacht, bzw. sind ausgebremst worden, aber völlig aufhalten konnten die Herrschenden den Klassenkampf nicht.

In der Pandemie haben vor allem die **Werktätigen im Gesundheitsbereich**, allen voran die Pfleger:innen, die fast Übermenschliches geleistet haben und leisten, in vielfältigen Protesten auf ihre prekären Arbeitsbedingungen aufmerksam gemacht.

Was die Kämpfe der unterdrückten Nationen für **nationale Selbstbestimmung**, für Freiheit, Unabhängigkeit und einen eigenen Staat betrifft dauert der Krieg der **arabisch-palästinensischen und kurdischen Nationalbewegungen** gegen die kolonialistischen Besatzer unvermindert weiter an.

Die Bewegungen der **indigenen Bevölkerung** in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern waren weiter aktiv im Kampf für ihre nationalen Rechte.

Der Kampf des **sahrauischen Volkes** für seine Unabhängigkeit dauert an.

In **Europa** hat der Kampf der katalonischen Nation für ihre staatliche Unabhängigkeit weiterhin den spanischen Staat herausgefordert. Nach dem Brexit steht nun die Unabhängigkeit Schottlands von dem nicht mehr so „Great" Britain auf der Tagesordnung.

Die **wichtigsten Massenkämpfe weltweit** waren **Kämpfe der Jugend** vor allem gegen den Klimawechsel, **Widerstandskämpfe gegen Rassismus** deren Gipfelpunkt die **„Black Lives Matter"**-Bewegung war und **Befreiungskämpfe der Frauen** überall in der Welt gegen die männerchauvinistische Unterdrückung, gegen sexistische Angriffe, gegen Gewalt gegen Frauen („MeToo" und „Las Tesis" Bewegung) und Patriarchat.

In **einzelnen Ländern** brachen **heftige Massenbewegungen** aus, gegen reaktionäre und faschistische Regimes mit Forderungen nach Demokratie, wie in Kolumbien, Hongkong (China), Belarus, Irak, Libanon, Russland, Chile, Brasilien ...

Putschversuche der imperialistischen Mächte mittels ihrer einheimischen Handlanger in Venezuela und der Türkei wurden vor allem durch die Mobilisierung der regierungsnahen Teile des Volkes durch die Massen verhindert. In Myanmar kämpfen die Volksmassen aktuell gegen die Putschisten trotz faschistischem Terror und hunderter Todesopfer auf den Straßen.

Frankreich hat in diesem Zeitraum in der **„Gelbwesten!"-Bewegung** und in **antirassistischen Riots von Jugendlichen** in den Vororten einiger Großstädte die heftigsten Kämpfe der Massen gegen die Regierung erlebt.

Überall in der Welt entfalten und entwickeln sich immer wieder aufs Neue Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Überall rumort es. Aber all diese Kämpfe verbleiben in **ihrer überwiegenden Mehrheit** leider noch immer **im Rahmen des kapitalistischen Systems**.

Sie überschreiten nicht die Grenzen dieses Systems. Wenn sie erfolgreich sind, erreichen sie einige Reformen, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen im Rahmen des kapitalistischen Systems.

Zum Beispiel mehr Lohn im Arbeitskampf. Die Initiative für eine demokratische Gesetzgebung, wie z.B. aktuell die Erkämpfung einer neuen verfassungsgebenden Versammlung in Chile.

Oder die Ablösung einer bürgerlichen Regierung durch eine andere. Meistens werden diese Kämpfe von imperialistischen Mächten und den jeweiligen Herrscher-Cliquen im Land, die um die Staatsmacht kämpfen, ausgenutzt. Auch wenn das so ist, liegt **in diesen Kämpfen die Hoffnung und die Kraft,** die dieses **System letztendlich zum Sturz** bringen werden.

Denn wir wissen: Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren! Und in jedem Kampf machen die Kämpfenden ihre eigenen Erfahrungen, aus jedem Kampf können die Kämpfenden Lehren ziehen für die kommenden Kämpfe.

Was fehlt?

Die Kämpfe der Arbeiter:innenklasse gegen die Bourgeoisie, der Kampf der Unterdrückten dieser Erde gegen die herrschenden Zustände sind heute mit wenigen Ausnahmen nicht revolutionär. Damit meinen wir, sie werden nicht mit dem Ziel der Zerschlagung des kapitalistischen Systems und mit der Perspektive der Errichtung einer Gesellschaft der Volksdemokratie oder des Sozialismus geführt.

Das liegt an unserer Schwäche, der Schwäche der Kommunist:innen. Das liegt am **Fehlen starker Kommunistischer Parteien**, die die Einheit der kommunistischen Bewegung mit der realen Arbeiter:innenbewegung geschaffen haben und führend in der Arbeiter:innenbewegung sind.

Heute existiert auch keine **Kommunistische Weltbewegung**, die auf einer gemeinsam erarbeiteten marxistisch-leninistischen Plattform vereinigt ist. Der moderne Revisionismus, der sich in der kommunistischen Bewegung breit gemacht hatte und ab Mitte

der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die kommunistischen Parteien vollständig von Innen zerfressen, degeneriert und übernommen hat, fügte dem Kommunismus den allergrößten Schaden zu.
Die in den 1960/70er Jahren weltweit **neu entstandene marxistisch-leninistische Bewegung** konnte die Herrschaft des Revisionismus nicht brechen, weil sie selbst viele revisionistische Fehler hatte.
Das ist die Ursache für den heutigen desolaten Zustand der kommunistischen Bewegung sowohl in einzelnen Ländern, als auch international. In dieser Lage ist es nicht verwunderlich, dass die Kämpfe der Massen im Rahmen des kapitalistischen Systems als Reformkämpfe bleiben und die Grenzen des Systems nicht durchbrechen.
Das ist nur möglich, wenn **diese Kämpfe von Kommunistischen Parteien** geführt werden. Denn nur sie sind imstande in die Kämpfe die richtige Perspektive hineinzutragen.
In der aktuellen Situation, in der die kommunistische Bewegung nicht imstande ist, die Massen zu führen, ist es für die Bourgeoisie ein Leichtes die werktätigen Massen zu manipulieren und zu kontrollieren, ihre Kämpfe sogar für ihre Interessen zu lenken und zu verwenden. Je mehr sich die **Nachrichtentechnik** entwickelt, desto leichter ist die Kontrolle und die Manipulation. Das sehen wir heute tagtäglich in den sogenannten Social Media. In diesen globalen digitalen Foren verbreiten sich Lügen, Fake News in Lichtgeschwindigkeit und werden als Tatsachen angenommen und weiterverbreitet. **Was „wahr" ist, entscheiden letztendlich die Digitalkonzerne, in Zusammenarbeit mit den jeweiligen imperialistischen Großmächten.**
Die Informationen im Interesse der Kapitalistenklasse werden zurechtgebogen und zur „Wahrheit" deklariert. In Nischen können in sich abgeschlossene Blasen ihre „Wahrheit" verbreiten, solange die herrschende Bourgeoisie, die über diese Kanäle verfügt, das zulässt. Auch in diesen Nischen ist das meiste Müll. Sie dienen nicht zur wirklichen Faktenverbreitung, sondern zur Wahrnehmungsproduktion auf der Grundlage von Fake News.
Wir Kommunist:innen haben es heute viel schwerer als beispielsweise Anfang des 20 Jahrhunderts, als die Kommunist:innen bei eins zu eins Direktkontakten die Arbeiter:innen viel mehr als die Vertreter der Bourgeoisie erreichen konnten.
Hinzu kommt, dass die Revisionist:innen, die im Namen des Kommunismus geredet und gehandelt haben, den Kommunismus als Alternative zum Kapitalismus völlig unglaubwürdig gemacht haben.
Es gibt viel zu tun, um die Arbeiter-:innen davon zu überzeugen, dass die Revisionist:innen keine Kommunist:innen, sondern Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiter:innenbewegung, selber Bourgeois waren und sind.

„Identitätspolitik" contra „Klassismus"?

In der heutigen Situation ist es für die Bourgeoisie ein Leichtes einen einheitlichen, internationalen, internationalistischen Kampf der Arbeiter:innenklasse und der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus – gegen das kapitalistische System zu verhindern. „Divide et empera" – **Spalte und herrsche.** Dieser Slogan ist seit jeher die **Handlungsanleitung** für die Herrschenden gegen die Beherrschten.
Je mehr die Arbeiter:innen, die Unterdrückten entlang der **verschiedenen Bruchlinien** unter sich gespalten werden, desto leichter ist es sie gegeneinander zu hetzen, und **ihre gemeinsame Aktion** gegen die Herrschenden **zu verhindern**. Bruchlinien um zu spalten gibt es wahrlich genug. Religion und Nation und ihre tausenden Unterabteilungen sind noch immer die am meisten verwendeten Bruchlinien. Die Bruchlinie Mann/Frau ist, als die älteste Bruchlinie der Klassengesellschaft, noch immer ein sehr beliebtes Instrument der Spaltung. In der Arbeiter:innenklasse verlaufen weitere Bruchlinien anhand der Stellung in der Produktion und in Lohnunterschieden, sowie anhand des Alters (Junge gegen Alte) etc.
Aktuell kommt die sogenannte **„Identitätspolitik"** als ein modisches Instrument der Spaltung dazu. Diese Erfindung der bürgerlichen Soziologie behauptet, **alle Kategorien** wie Nation, Religion, biologischer Sex, Klasse etc. seien „Zuschreibungen", die den Individuen von außen diktiert werden.
Diese neue Theorie (!) spaltet die Menschheit nun anhand der „Identität", die jedes Individuum sich selbst zuschreibt. Am Ende ist jedes Individuum irgendwie unterdrückt und kämpft jeder/jede* höchstens mit denen, die sich selbst die selbe Identität zuschreiben, gemeinsam für sich selbst! So erreichen wir die **größtmögliche Spaltung und die Überwindung des „Klassismus"**, d.h. der Theorie und Praxis des Klassenkampfes.
Die Verfechter dieser Theorie werfen der Theorie vom Klassenkampf vor, sie würde die Theorie der weißen männlichen Arbeiter für die Machtübernahme sein und die Lösung aller Probleme auf die Zeit nach der Revolution und Machtübernahme verschieben. Natürlich wird das nicht ganz so offen gesagt, sondern mit bürgerlicher, „after"wissenschaftlicher Soziologensprache verbrämt, damit möglichst wenige verstehen worum es geht und denken das sei wissenschaftlich.
Diese neue bürgerliche Theorie dient nur zur **breitest möglichen Individualisierung,** der Spaltung der

Unterdrückten, und dient damit der Zementierung der Herrschaft der Bourgeoisie.

Wofür kämpfen wir?

Wir Kommunist:innen sind gegen alle Arten der Ausbeutung und der Unterdrückung. Wir sind der Meinung, dass die Unterschiede und Verschiedenheit der unterdrückten und ausgebeuteten Menschen nicht Hindernis sein sollen, sich zusammenzuschließen und gemeinsam zu kämpfen für die Zerschlagung des kapitalistischen Systems, das die Welt in die Barbarei führt.

Die Unterschiede der unterdrückten und ausgebeuteten Menschen sind kein Hindernis, um sich zusammenzuschließen und gemeinsam für eine andere, bessere Welt zu kämpfen. Eine Welt der freiwilligen Assoziation freier Menschen. Eine Welt ohne Klassen und ohne Grenzen. Ohne Staat. Eine Welt in der keine Herrschaft über andere Menschen und über die Natur existiert. Eine Gesellschaft, die im Einklang mit der Natur produziert und konsumiert.

Eine Welt die auf ihre Fahne schreibt „Jede/r nach seiner/ihrer Fähigkeit; Jede/r/m nach ihren/seinen Bedürfnissen". Eine Welt des Kommunismus!

Das ist unser strategisches Ziel. Natürlich kann dieses Ziel mit neuen Menschen erreicht werden, deren Identität einfach Mensch ist, und nicht vor allem definiert wird durch das Trennende, wie Nation, Religion, Geschlecht, Klasse etc. etc.

Das ist ein langer, mühsamer Weg, der vorerst mit der Zerschlagung des Kapitalismus und der Machtübernahme der Arbeiter:innenklasse überhaupt beginnt und in einer **sozialistischen Gesellschaft auf dem Weg ununterbrochener Revolutionen** weitergehen wird. Das ist der Weg, der die Menschheit zur Freiheit, zur Menschheit überhaupt führen kann und wird.

Für dieses Ziel kämpfen wir. Wir kämpfen aber heute auch zugleich gegen jede aktuelle Unterdrückung eines jeden Menschen. Es ist eine Lüge, wenn man uns vorwirft, dass wir die Lösung aller Probleme auf den Tag nach der Revolution verschieben. Wir kämpfen natürlich auch für jede Verbesserung der Lage der werktätigen Menschen unter dem Kapitalismus. Aber diese Kämpfe sind für uns nur ein Teil des Kampfes für die große Sache, und diesem untergeordnet!

Wir kämpfen wie Brecht in seinem Gedicht **„Lob des Revolutionärs"** schreibt:

„Um den Lohngroschen, um das Teewasser,
Und die Macht im Staat"
Wir fragen das Eigentum
„Woher kommst du?"
Und fragen die Ansichten
"Wem nützt ihr?"
Wohin sie uns auch jagen,
„dorthin geht der Aufruhr"
Und dort wo wir verjagt sind,
„Bleibt die Unruhe doch"

Was fehlt sind noch mehr von uns!

Was fehlt sind starke Kommunistische Parteien. Was fehlt ist eine Kommunistische Weltbewegung, die aus den Fehlern der Vergangenheit richtige Schlüsse zieht.

Denn nur durch die richtige Führung der Kommunistischen Parteien können die Kämpfe der Massen von einem Spielball der Herrschenden, zu Kämpfen für die Befreiung der Menschheit und Natur, von der Geisel des Kapitalismus umgewandelt werden.

Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!

Das ist die Alternative, die vor der Menschheit steht.

Die heutige Hauptaufgabe aller ernsthaften Kommunist:innen ist für den Aufbau der Kommunistischen Partei zu kämpfen um den Sozialismus zu erreichen.

Diese Aufgabe anzupacken ist großartig, alles andere ist Quark!

Und Deutschland – Großmacht auf dem Vormarsch auch im Krisenmodus

Der deutsche Imperialismus hat sich nach dem zweiten Weltkrieg, nach und nach von einer besiegten, ökonomisch, politisch daniederliegenden Macht zu einer **wiedererstarkenden imperialistischen Großmacht** nicht durch seine Militärmacht sondern **vor allem durch seine Ökonomie** entwickelt.

Dabei haben vor allem die USA, Frankreich und England, die die BRD als Speerspitze im Kampf gegen den „kommunistischen Osten" brauchten, „Aufbauhilfe" geleistet. Spätestens ab Mitte der 1960er Jahre war der BRD-Imperialismus wieder auf den Beinen. Durch seine ökonomische Stärke wurde er zu einer der imperialistischen Großmächte.

Mit der **Übernahme der DDR** zu Beginn der 1990er Jahre war der **deutsche Imperialismus** in seiner ehemaligen Größe **wieder voll da**. Die Hauptmethode der Ausweitung seines Machtbereichs war die ökonomische Infiltration.

Der deutsche Imperialismus ist **eine der stärksten imperialistischen Großmächte der Welt**. 2019 lag Deutschland in der Welt auf der BIP (Bruttoinlandsprodukt)-Rangliste, „nach US-Dollar Größe**"** gerechnet, hinter den USA, der VR China und Japan mit einem BIP-Wert von 3.861.550 Mio. US-Dollar an **vierter Stelle.** Sein Anteil am Welt-BIP betrug 4,41 Prozent. Die anderen europäischen Großmächte Vereinigtes Königreich, Frankreich und Italien belegen die Plätze 6, 7 und 8.

Auf der **BIP-Weltrangliste**, gerechnet nach Kaufkraftparität, steht Deutschland dagegen nach China, USA, Indien und Japan auf dem **5. Platz**. Sein Anteil am Welt-BIP nach Kaufkraftparität betrug 3,47 Prozent. Das Vereinigte Königreich ist auf dieser Liste auf dem 8., Frankreich auf dem 9. und Italien auf dem 11. Platz. [1]

Zwischen **2000 bis 2009**, als der deutsche Imperialismus von China abgelöst wurde, war er **„Exportweltmeister"**.

2019 lag er in der **Exportranking-Liste** nach China und den USA, mit einem Exportwert von 1.806.222 Mio. US-Dollar, an **dritter Stelle**. Sein Anteil am Weltexport betrug 7,27 Prozent (Zum Vergleich: China 10,64 Prozent; USA 10,18 Prozent). Das ist etwa das Doppelte von Japan, das an vierter Stelle folgt, mit einem Anteil am Weltexport von 3,7 Prozent. [2]

Der deutsche Imperialismus ist auch in der **EU 27 die ökonomisch stärkste, die führende Macht**. 2019 hat er 24,8 Prozent des BIPs der EU generiert. (Frankreich 17,4 Prozent; Italien 13,1 Prozent) [3]

Seine **militärische Stärke** entspricht aber nicht seiner ökonomischen Stärke. In dem Ranking der militärischen Stärke der Staaten der Welt liegt **Deutschland** hinter den USA, Russland, China, Indien, Japan, Südkorea, Frankreich, Vereinigtes Königreich (England), Brasilien, Pakistan, der Türkei, Italien, Ägypten und Iran auf dem **15. Platz**. [4]

Deutschland versucht jetzt im Kampf der imperialistischen Großmächte um die Neuaufteilung der Welt seine Schwäche im militärischen Bereich auf zwei Wegen wettzumachen. Auf der einen Seite forciert es den **Aufbau einer „europäischen Armee",** insbesondere mit Frankreich. Auf der anderen Seite aber **erhöht** Deutschland beständig **seine Militärausgaben,** rüstet rapide auf und hat sich im Ranking der jährlichen Militärausgaben 2020 mit einer Gesamtsumme von **57.430 Mio. US-Dollar** hinter den USA, China und Indien auf die **vierte Stelle** hochgearbeitet. [5] Auch die Corona-Krise hat diese Entwicklung nicht gebremst. Im Corona-Jahr umfasste das Militärbudget die bisher höchste Summe in der Geschichte Deutschlands.

Die imperialistische Großmacht Deutschland bereitet sich als ökonomisch führende Macht in der EU gezielt auch militärisch, momentan noch als Teil der NATO auf Seiten der USA, aber besonders in sehr enger Kooperation mit Frankreich, aktiv auf Kriege vor.

Ökonomische Entwicklung

Betrachten wir die ökonomische Entwicklung im Zeitraum der letzten sieben Jahre:

Wirtschaftliche Entwicklung 2015-2021 Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in Prozent [6]

Bruttoinlandsprodukt	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021 (Prognose)
	1,7	1,9	2,2	1,4	0,6	-4,9	3,7

1 wikpedia.de „Liste der Länder nach Bruttoinlandsprodukt

2 wikipedia.de „Liste der Länder nach Exporten

3 Kieler Konjunkturberichte, Welt, Nr. 63, Q1, S. 23

4 2021 MilitaryStrengthRanking, https://www.globalfirepower.com/countries-listing.php

5 Ranking total annual defense spending budget capability by country, https://www.globalfirepower.com/defense-spending-budget.php

6 Kieler Konjunkturberichte Nr. 29, 41,54,65,7; Quelle Statistisches Bundesamt, Prognose IfW

Diese Tabelle zeigt, dass die deutsche Wirtschaft in den fünf Jahren zwischen 2015-2019 jährlich durchschnittlich **1,56 Prozent** gewachsen ist. Das ist verglichen mit dem durchschnittlichen jährlichen Wachstum der Weltwirtschaft in der gleichen Periode von 3,34 Prozent ein geringes Wachstum. Allerdings lag der Wachstumsdurchschnitt der „fortgeschrittenen Ökonomien" bei ähnlichen Prozenten.
Die Tabelle zeigt weiter, dass die Konjunktur seit 2018 tendenziell zurückgeht. Das 0,6 Prozent Wachstum 2019 kündigt den Beginn einer neuen ökonomischen Krisenperiode an.
Die **COVID-19-Pandemie** hat die sich **ankündigende**, **beginnende ökonomische Krise sehr verschärft**. Die deutsche Wirtschaft ist im Jahre 2020 um **4,9 Prozent** im Vergleich zum Vorjahr geschrumpft. Das ist die **zweithöchste Schrumpfungsrate** der deutschen Wirtschaft seit dem Ende des zweiten Weltkriegs. Die höchste war 2009 mit 5,7 Prozent. [7]
Die Prognose der Bundesregierung geht für **2021** wieder von einem für Deutschland relativ hohen Wirtschaftswachstum von **3,7 Prozent** aus. In der Presseerklärung des Bundeswirtschaftsministeriums, April 2021, heißt es über die weitere wirtschaftliche Entwicklung: *„Die Bundesregierung rechnet in der heute vorgelegten Frühjahrsprojektion für das Jahr 2021 mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 3,5 % (preisbereinigt). Für das **Jahr 2022** wird im Zuge des Aufholprozesses ein weiterer Zuwachs in Höhe von **3,6 %** erwartet.*
Der Projektion der Bundesregierung liegt die Annahme zugrunde, dass die weitreichenden Maßnahmen zur Beschränkung der sozialen Kontakte im öffentlichen Raum zum Schutz von Gesundheit und Leben im Laufe des zweiten Quartals 2021 graduell gelockert werden können. Danach wird eine deutliche Erholung der Binnenwirtschaft und der privaten Konsumausgaben erwartet. Auch präsentieren sich – trotz des anhaltenden Infektionsgeschehens – vor allem die Industriekonjunktur und das außenwirtschaftliche Umfeld als wichtige Impulsgeber im laufenden Jahr."
Über die wichtigsten Impulsgeber des „außenwirtschaftlichen Umfelds" wird hierzu näher ausgeführt: *„Die Auswirkungen der Corona-Pandemie hatten die Weltwirtschaft 2020 in eine schwere Rezession gestürzt. Im laufenden Jahr ist die Weltwirtschaft allerdings von einer starken wirtschaftlichen Dynamik in Asien und kräftigen Impulsen infolge umfangreicher Konjunkturprogramme in den Vereinigten Staaten geprägt.*
In Anlehnung an die Prognosen internationaler Organisationen (IWF, OECD) erwarten wir im Jahresdurchschnitt 2021 eine Erholung der Weltwirtschaftsleistung in Höhe von 5,7 % und einen weiteren Anstieg im Jahr 2022 um 4,6 %." [8]
Falls Ende 2021 tatsächlich ein Wirtschaftswachstum von ca. 3,5 (3,7) Prozent erreicht werden sollte, muss aber klar sein, dass dieses an der Vorjahres-Schrumpfung von 4,9 Prozent gemessen wird.
Diese Schrumpfung wiederum hatte zum Ausgangspunkt eine Wirtschaft, die ein Jahr vorher, 2019, nur um 0,6 Prozent gewachsen war. Daraus folgt: Erst **2023** könnte die Wirtschaft den **Vorkrisenstand** von **2018** erreichen – falls die Prognose für das Jahr 2022 von 3,6 Prozent erreicht werden würde.
Zudem kommt noch die Tatsache hinzu, diese Erholung der Wirtschaft wird nur auf Kosten der **hohen Staatsverschuldung**, die natürlich auf die Schultern der Arbeiter:innen und Werktätigen umgeladen wird, ermöglicht.

Maastricht-Kriterien – Schuldenbremse – „Schwarze Null" in die Tonne!

Im Vertrag von Maastricht sind die wirtschaftlichen Kriterien für die Mitgliedschaft in der EU festgeschrieben worden. Eines dieser Kriterien betrifft die **Staatsschuldenquote** (Schuldenstand im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt). Nach den Maastricht-Kriterien darf die Staatsschuldenquote eines EU-Mitglieds **60 Prozent** nicht übersteigen!
Fakt ist, dass die Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten, Deutschland eingeschlossen, dem Schuldenquotenkriterium des Maastrichts-Vertrags nicht genügen. **Ihre Schuldenquote ist regelmäßig höher als 60 Prozent des BIPs.**
In der Eurozone betrug die durchschnittliche Quote 68,9 Prozent in den Jahren 2000 bis 2009. Im Zeitabschnitt von 2000 bis 2014 stieg die durchschnittliche Staatsschuldenquote in der Eurozone sogar, bedingt durch den Einbruch 2009 und staatliche „Rettungsmaßnahmen", auf 90,6 Prozent an. Bis 2019 dümpelte sie zwischen 85 und 90 Prozent. Deutschlands Staatsschuldenquote lag zwischen 2002 und 2018 regelmäßig aber moderat über 60 Prozent. [9]
Im Jahr 2020 sind die deutschen Staatsschulden um **275 Mrd. Euro auf 2,332 Bio. Euro** gewachsen. Die Schuldenquote erhöhte sich 2020 um 10,3 Prozentpunkte auf **70 Prozent**. Dies ist der stärkste Anstieg der Schuldenquote innerhalb eines Jahres seit 1990. *„2019 hatte Deutschland mit 59,7 Prozent erstmals seit*

7 https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/corona-konjunktur-einbruch-100.html

8 https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2021/04/20210427-Altmaier-Rechnen-mit-Wirtschaftswachstum-von-3,5%25-2021-und-3,6%25-2022.html

9 https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Staatsverschuldung&oldid=210588785

2002 wieder den Referenzwert des Maastricht-Vertrags von 60 Prozent unterschritten. Zum Vergleich: Während der Wirtschafts- und Finanzkrise war die Schuldenquote in den Jahren 2009 und 2010 zusammen um 16,8 Prozentpunkte gestiegen und hatte – auch wegen der Übernahme umfangreicher Risikoaktiva des Bankensektors [10] *– ihren bisherigen Höchststand von 82,5 Prozent erreicht. Gut die Hälfte des Schuldenanstiegs im vergangenen Jahr* (Anm. 2019) *ging auf die Defizite von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen von insgesamt 140 Milliarden Euro zurück. Mit der anderen Hälfte baute der Staat Finanzvermögen auf, vor allem Liquiditätsreserven und Hilfskredite*." [11] Das Maastricht-Kriterium zur Staatsschuldenquote, die Deutschland bereits zwischen 2002-2018 nicht erfüllte, wurde in der Corona-Krise ganz zu Makulatur.

Stellen wir uns nun die Frage, wie es in **Deutschland aktuell mit der „Schuldenbremse"**, die 2009 im Grundgesetz verankert wurde, aussieht. Im Artikel 109, Absatz 3 wird festgeschrieben, dass *„Die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen"* sind und die *„Einnahmen aus Krediten* (Neuverschuldung) *dürfen 0,35 Prozent vom Hundert im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt nicht überschreiten*" (0,35Prozent vom nominalen BIP). Allerdings ist eine *„Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen"* vorgesehen.[12]

Da der Staatshaushalt Deutschlands, bedingt durch gute Konjunkturdaten zwischen den Jahren 2012 – 2019 kein Defizit, sondern einen Überschuss verzeichnete, war eine Neuverschuldung (Kreditaufnahme) nicht notwendig. Die **Einnahmen des Staates** in diesen sieben Jahren waren **durchgehend immer höher** als **seine Ausgaben**. D.h. in diesen sieben Jahren wirkte „die Schuldenbremse".

„Das Haushaltssaldo in Deutschland lag im Zeitraum von 1998 bis 2019 zwischen minus 112,29 Mrd Euro (= Defizit) und plus 61,65 Mrd Euro (= Überschuss). Im Jahr 2019 erreichte die zuständige Finanzverwaltung ein Saldo von 52,47 Mrd Euro. In Relation zur Einwohnerzahl entspricht dies in Deutschland einem Gesamtüberschuss von 631 Euro pro Person. Zum Vergleich: die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung innerhalb der Europäischen Union lag im gleichen Jahr bei 296 Euro." [13]

Haushaltsdefizit und -überschuss Deutschlands zwischen den Jahren 1998-2019 [14]

Jahr	Deutschland gesamt	Deutschland pro Kopf	EU pro Kopf
1998	-42,43 Mrd €	-517 €	-315 €
1999	-29,30 Mrd €	-357 €	-168 €
2000	23,28 Mrd €	283 €	107 €
2001	-64,65 Mrd €	-785 €	-293 €
2002	-82,01 Mrd €	-994 €	-525 €
2003	-89,15 Mrd €	-1.080 €	-653 €
2004	-84,94 Mrd €	-1.029 €	-650 €
2005	-78,62 Mrd €	-953 €	-580 €
2006	-41,20 Mrd €	-500 €	-397 €
2007	4,71 Mrd €	57 €	-230 €
2008	-2,96 Mrd €	-36 €	-647 €
2009	-77,05 Mrd €	-941 €	-1.614 €
2010	-112,29 Mrd €	-1.373 €	-1.875 €
2011	-23,74 Mrd €	-296 €	-1.370 €
2012	0,26 Mrd €	3 €	-1.315 €
2013	1,12 Mrd €	14 €	-1.019 €
2014	16,97 Mrd €	210 €	-923 €
2015	29,07 Mrd €	356 €	-785 €
2016	36,37 Mrd €	442 €	-560 €
2017	44,40 Mrd €	537 €	-360 €
2018	61,65 Mrd €	744 €	-244 €
2019	52,47 Mrd €	631 €	-296 €

Minus=Defizit

In das Corona-Jahr 2020 ging der deutsche imperialistische Staat mit einem **finanziellen Polster** von **52,47 Mrd. Euro**, allerdings mit den sichtbaren **Anzeichen** einer **schwächelnden Konjunktur** und **eines beginnenden Krisenzyklus**.

Die COVID-19-Pandemie hat diese beginnende Negativentwicklung enorm beschleunigt. Wie dieser Staat das Ende des Corona-Jahres gestaltet hat, entnehmen wir der Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 24. Februar 2021:

„Die Corona-Krise hat im Jahr 2020 nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) zu einem Finanzierungsdefizit des Staates in Höhe von 139,6 Milliarden Euro geführt. Das war das erste Defizit

10 Das war die Übernahme der Schulden der Banken durch den Staat! Die „Vergesellschaftung" der Schulden der Finanzkapitalisten! Rettung der Banken durch die Steuern der Werktätigen! Unsere Anmerkung

11 https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/deutsche-schuldenquote-2020-auf-70-0-prozent-gestiegen-828770

12 https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_109.html Grundgesetz Schuldenbremse

13 https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_109.html Grundgesetz Schuldenbremse

14 https://www.laenderdaten.info/Europa/Deutschland/schulden.php

seit 2011 und das zweithöchste Defizit seit der deutschen Vereinigung, nur übertroffen vom Rekorddefizit des Jahres 1995, in dem die Treuhandschulden in den Staatshaushalt übernommen wurden.
Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen errechnet sich für 2020 eine Defizitquote von 4,2 %. Der Referenzwert des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts von 3 % wurde damit deutlich verfehlt. Seine Anwendung wurde jedoch für die Jahre 2020 und 2021 ausgesetzt." [15] Das heißt nichts weniger, als dass im Pandemie-Jahr 2020 nach den Maastricht-Kriterien auch die **„Schwarze Null"** (Keine Negativbilanz im Staatsbudget) und die **Schuldenbremse** in die Tonne wanderten.
Vorsorglich wurden **beide Regulierungsinstrumente** auch für das Jahr 2021 mit einem Regierungs- und Parlamentsbeschluss **ausgesetzt**. Jetzt wird auch heiß darüber diskutiert, ob es nicht „vernünftiger" sei, das Grundgesetz wieder zu ändern, und die Schuldenbremse einfach zu streichen. Was nicht passt, wird passend gemacht!

Ist an allem Corona schuld?

In der erwähnten Pressemitteilung wird die Tatsache des negativen Trends der wirtschaftlichen Entwicklung schon im Corona-Vorjahr 2019 verschwiegen, und alles unter dem Schlagwort „Corona-Krise" auf die Pandemie geschoben. Parallel dazu werden die Informationen gegeben, die **Einnahmen** des Staates seien gegenüber zum Vorjahr um **drei Prozent** gesunken. Von 1.610,6 Mrd. Euro in 2019, auf 1.563,0 Mrd. Euro in 2020. Während staatliche **Ausgaben** um **9,3 gestiegen** sind, von 1.558,1 Milliarden Euro in 2019, auf 1.702,6 Milliarden Euro 2020.
Zur Einnahmenseite wird folgende Angabe gemacht: *„Auf der Einnahmen-Seite blieben insbesondere die Steuereinnahmen mit einem Rückgang von 6,5 % deutlich unter dem Vorjahresniveau. Während die Lohnsteuereinnahmen mit -2,3 % moderat sanken, gingen die Einnahmen aus Unternehmenssteuern massiv um 13,5 % zurück."*
Zwischen dem Rückgang der Einnahmen von Lohnsteuern und dem Rückgang von Unternehmenssteuern klafft eine **Differenz von 11,2 Prozent**. Das ist exemplarisch für das kapitalistische System:
Der **Staat** hat von den **Ausbeutern und Werktätigen** auch in der Corona-Krise **fast gleich viel kassiert** wie vor der Krise. Aber die Unternehmer:innen haben **viel weniger Steuern** bezahlt als vor der Krise! Wir sehen wieder wessen Staat dieser Staat ist.
Hinsichtlich der „Ausgabenseite" werden in der Mitteilung folgende Fakten angeführt: *„Zum Defizit von Bund und Ländern trugen vor allem die Ausgaben für die staatlichen Sofort- und Überbrückungshilfen sowie die Beschaffung und Bereitstellung von Schutzausrüstung bei. Die gezahlten monetären Sozialleistungen erhöhten sich deutlich um 8,7 % auf 593,1 Milliarden Euro. Hier haben sich neben den deutlichen Steigerungen bei Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld auch höhere Renten- und Kindergeldzahlungen ausgewirkt."*
Die Pandemie und Sozialleistungen für Arbeiter:innen, Erwerbslose und Eltern sind **„Defizittreiber"**! Kein Wort von den **immensen Transfers** an die Monopole, Großkonzerne, an die Kapitalisten! Kein Wort davon, dass z.B. das **„Kurzarbeitergeld"**, die Übernahme eines großen Batzens der Lohnkosten der Kapitalisten durch den Staat ist, dessen Haupteinnahmequelle die Steuern sind.
Diese wiederum generieren sich vor allem aus der Ausbeutung der Arbeitskraft der werktätigen Bevölkerung. Das wird einfach verschwiegen!
Und der Staat und die Kapitalisten versuchen alles, um zu verdecken und zu verschleiern **welche „Hilfen" an kapitalistische Betriebe großzügig verteilt** werden. Meistens in Form von **langfristigen zinslosen „Krediten"** – wie an die Pharma-Konzerne – die im Falle der Nicht-Zurückzahlung meistens durch neue ersetzt werden.
Was das Statistische Bundesamt verschweigt sind die „Corona-Hilfen" an die kapitalistischen Betriebe, darunter auch Großkonzerne. Hier eine nicht vollständige Liste der Firmen, die vom Staat über 100 Mio. Euro Hilfe wegen Corona erhalten haben: [16]

Name	Staatshilfe in Millionen Euro
Lufthansa	9 000
Deutsche Bahn	7 500
TUI	4 300
Adidas	2 400
Ceconomy	1 700
Sixt	1 000
ThyssenKrupp	1 000
Kion	1 000
Puma	625
Condor	550
AIDA	500
FTI	485

15 https://www.destatis.de/DE/Service/Datenschutz/_inhalt.html;jsessionid=5DE6FF1341234526DCC0950274AE72E5.live711

16 https://fragdenstaat.de/aktionen/coronahilfen/

Name	Staatshilfe in Millionen Euro
Galeria Kaufhof	460
Nordex	350
K+S	350
Leoni	297
Schlote Holding GmbH	255
MV Werften	193
Grammer	188
Tom Tailor	100

Neun Milliarden Euro pumpt dieser Staat in die **Lufthansa**. Aber er habe nicht **eine Milliarde**, um bundesweit **alle Schulen in Deutschland mit Lüftungsgeräten** auszustatten!
Das ist das wahre Gesicht des von den Herrschenden so viel gepriesenen deutschen „Sozial"staats!

Die „Corona-Hilfen" haben noch einmal vor Augen geführt wessen Staat dieser Staat ist!

Verlierer und Gewinner der „Pandemie-Krise"

Die „Corona-Krise" hat die ökonomische Krise nicht ausgelöst. Sie hat lediglich die sich ankündigende ökonomische Krise verschärft. Sie hat, wie alle ökonomischen Krisen im Kapitalismus, vor allem die Arbeiter:innen, die werktätige Bevölkerung, und innerhalb der Kapitalistenklasse die unterste Schicht der Kleinbourgeoisie mit voller Wucht getroffen.
Die **Erwerbslosigkeit** stieg an und wird noch weiter ansteigen. Das **Einkommen** der Arbeiter:innenfamilien sank und wird auch weiterhin sinken. Die **Inflation** nahm und nimmt zu. Für die **Kinder der Arbeiter:innenfamilien**, die nicht „den Luxus" einer

Profiteure, Krisengewinnler und die Lösung

„Trotz und wegen der Corona-Krise ist in Deutschland im ersten Halbjahr die Zahl der Millionäre (in Dollar) um 58.000 gestiegen und beträgt jetzt 2,1 Millionen, stellt Credit Suisse in der Studie fest. (…) Auch die deutschen Milliardärsvermögen stiegen im Corona-Jahr 2020 besonders stark an. Nach UBS/PwC nannten die 119 deutschen Milliardäre (das Managermagazin kommt auf eine höhere Zahl) Mitte 2020 insgesamt 594,9 Milliarden Dollar ihr eigen; im Durchschnitt also 5 Milliarden Dollar pro Kopf.
Im Vorjahr betrugen die Milliardärsvermögen 500,9 Mrd. Dollar – ein Zuwachs von 19 Prozent. ‚Den größten Zuwachs erzielten die deutschen Dollar-Milliardäre nach Ausbruch der Pandemie in den Bereichen Technologie (plus 46 %), Gesundheitswesen (plus 12 %) und Finanzwesen (plus 11 %)', schreibt die Zeit. Noch größer ist der Zuwachs bei den Top 10 der deutschen Multi-Milliardäre. Sie brachten es zusammen im Februar 2021 auf 246,7 Milliarden Dollar, was einen Zuwachs von 67,5 Mrd. Dollar (+ 38 %) gegenüber Februar 2019 bedeutet:
Hasso Plattner, Dietmar Hopp, Stefan Quandt (Delton: biologische Heilmittel) und Klaus Kühne gehören zur Kategorie der von Corona profitierenden Technologie-, Medizin- und Logistik-Konzerne.
Hermann Thiele, mit Abstand größter Einzelaktionär bei der Lufthansa, müsste eigentlich ein Corona-Loser sein, nachdem der Luftfahrtkonzern in der Pandemie abstürzte. Die staatliche 9-Milliarden-Stütze verhinderte, dass das vielzitierte ‚Unternehmer-Risiko' bei einem Großkonzern mit privatem Großaktionär zum Tragen kam. So brachte es Thiele noch zu einer ansehnlichen Reichtumsvermehrung von 4.300 Millionen. Den viertgrößten Zugewinn binnen zweier Jahre erzielte Schraubendreher Reinhold Würth mit plus 9,2 Milliarden Dollar. In einem SZ-Interview erklärte Reinhold Würth einmal: ‚Ich schäme mich nicht für meinen Reichtum. Ich habe ihn mir selber erarbeitet'. Er allein?, möchte man mit Bert Brechts ‚lesendem Arbeiter' fragen. Hatte er nicht wenigstens eine Sekretärin bei sich?
Quandt-Erben: ‚Keiner will tauschen': Bei dem Geschwisterpaar Susanne Klatten und Stefan Quandt ist es eindeutig: Ihnen wurde der Reichtum gewissermaßen in die Wiege gelegt. Ziemlich genau die Hälfte der BMW-Belegschaft mehrt ihn Jahr für Jahr weiter. Denn sie besitzen fast die Hälfte aller BMW-Aktien und kassieren daraus jedes Jahr ansehnliche Dividenden; im Corona-Jahr 2020 wurden Mitte Mai, ein Monat nach Aufhebung des Lockdowns, 769 Millionen Euro an die beiden überwiesen. Gewinne und Dividenden aus anderen Investments kommen noch dazu.
Ein Jahr davor offenbarte Stefan Quandt: ‚Für uns beide ist es sicherlich nicht das Geld, das uns antreibt. Es ist vor allem die Verantwortung, dass man in Deutschland Arbeitsplätze sichert'. Und im gleichen Gespräch verwies seine Schwester Susanne Klatten darauf, dass zu ihrem Leben trotz des Reichtums Arbeit gehöre. Einige Menschen glaubten ‚das Geld fliegt einem irgendwie zu'. Und sie klagt über ihr Los: ‚Man ist ständig sichtbar und gefährdet, muss sich schützen. Hinzu kommt der Neid, ein gerade in Deutschland verbreiteter Wesenszug. Deshalb fühle ich mich missverstanden, wenn es so lapidar heißt: Die streichen ihre Dividenden ein. Der Rest, der sich damit verbindet, wird ausgeblendet. Mein Bruder hat das mal in einem Interview treffend zugespitzt und gefragt: Wer würde denn mit uns tauschen wollen.'" [1]

1 Artikel von Fred Schmid, www.isw-muenchen.de/2021/04/entwicklung-von-reichtum-und-entwicklung-unterpandemie-bedingungen/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_campaign=isw+Newsletter+2020-01

technischen Ausrüstung für das Homeschooling hatten, bedeutete das Corona-Jahr praktisch ein verlorenes Schuljahr. Verlierer:innen waren – wie immer – die Ausgebeuteten in dieser kapitalistischen Gesellschaft. Aber, wie in jeder Krise im Kapitalismus, stehen auf der anderen Seite, der Seite der Herrschenden, die Gewinner der Krise.
Das ist insgesamt die Kapitalistenklasse. Natürlich mit Unterschieden was den Umfang der Gewinne betrifft. Die größten „Verdiener" – sprich Abzocker – in dieser konkreten Krise sind vor allem die Großbourgeoisie, die Monopolkonzerne im Technologiebereich, im Gesundheitswesen und allen voran die Pharmaindustrie- und Finanzkapitalisten an der Börse.
Ach die armen Kapitalisten, die unter der Sozialverantwortung so leiden! Es ist schwer diese Unverschämtheit an Zynismus zu überbieten.
Es gibt aber eine Lösung dieses Problems. Die Kapitalisten sollten von ihrer ach so schweren „Sozial"verantwortung befreit werden. **Das geht ganz einfach durch die Enteignung der Enteigner.** Das geht durch die Rückführung ihres Eigentums, das auf Ausbeutung der Arbeitskraft der Arbeiter:innen beruht, in Gemeineigentum. Das geht durch die Zerschlagung des kapitalistischen Systems durch die proletarische Revolution!

Innere Verfasstheit des deutschen Imperialismus

Bei den politischen Entwicklungen der letzten Jahre in Deutschland ist eine voranschreitende innere Faschisierung zu beobachten.
Die **innere Faschisierung** verläuft auf drei Ebenen.

Die erste ist die staatlich-institutionelle Ebene:

Auf dieser Ebene werden beispielsweise Polizeigesetze verschärft, Aktionen des zivilen Ungehorsams – so in den letzten Jahren im Hambacher und Dannenröder Forst – kriminalisiert, antikapitalistischer Widerstand, wie Anti-G-20 Hamburg 2017, von vornherein durch weitreichende Demoverbote und dergleichen Mehr unmöglich gemacht.
Die trotz aller Verbote auf den Straßen durchgesetzten Aktionen werden mit **massivster Polizeigewalt** unterdrückt. Die Justiz übernimmt dann die gnadenlose Bestrafung der teilnehmenden Aktivist:innen. Die **Bundeswehr** wird immer öfter im Inneren eingesetzt und bekommt Polizeibefugnisse, die Militarisierung der Gesellschaft wird im Namen der „Krisenbewältigung" vorangetrieben. Die Exekutive wird immer mehr verstärkt.
Per Regierungsbeschlüssen wird am Parlament vorbeiregiert. In der Covid-19-Pandemie haben wir sogar das **Durchregieren mittels eines „Corona-Kabinetts"** erlebt, bestehend aus wenigen Minister:innen. [17]
Die Corona-Krise hat der herrschenden Bourgeoisie die Möglichkeit verschafft zu testen, wie sie in „Ausnahmesituationen" regieren und wie weit sie z.B. bei der **Beschränkung bzw. Aufhebung bürgerlicher Freiheiten** gehen kann. Das ist für einen **Kriegsfall**, auf den Deutschland – wie die ganze imperialistische Welt – zusteuert und sich vorbereitet von eminenter Wichtigkeit für die Handlungsfähigkeit der Herrschenden.
Wir haben gesehen, dass praktisch in allen Institutionen des Staates, in der Polizei, Armee, Justiz, Schulwesen/Universitäten sich **offen faschistisch und rassistisch** äußernde und handelnde Amtsträger:innen/ Staatsbeamt:innen agieren.
Ein prominentes Beispiel dafür ist **Hans-Georg Maaßen**. 2012 wurde er von der Bundesregierung zum Präsidenten des „Bundesamtes für Verfassungsschutz" berufen. Gegen seine Ernennung wurde von verschiedenen Seiten Einwände erhoben. Vor allem wegen Maaßens ablehnender Haltung gegen die Gewährung der Wiedereinreise des von den USA widerrechtlich in Guantanamo festgesetzten Bremers Murat Kurnaz, deutscher Staatsangehöriger, nach Deutschland.
In seine Amtszeit fallen **verschiedene Skandale**, die immer wieder aufs Neue offenbarten, dass Verfassungsschutzagenten praktisch faschistische Organisationen tatkräftig mit aufbauten. Seine letzte „Affäre" 2018, als er die **offene Hetzjagd von Faschisten** auf **Migrant:innen in Chemnitz** kleinredete, kostete ihn sein Amt. Mit voller Pension und Abfindung wurde er in den „einstweiligen Ruhestand" geschickt. 2021 kandidierte Maaßen erfolglos auf der CDU-Liste in Sachsen für ein Bundestagsmandat! [18] Er arbeitete auf ein CDU-AfD Bündnis hin.
Im **Polizeiapparat** mussten mehrere „Staatsdiener" vom Dienst suspendiert werden, weil sie sich zu offensichtlich faschistisch geoutet haben.
Ein Beispiel dazu: *„Kurz vor dem Pro*zess (Gemeint ist der Prozess gegen die faschistische „Gruppe Freital". Sieben Männer und eine Frau dieser Gruppe wurden vom OLG Dresden zu hohen Haftstrafen verurteilt. Anm. TA) *war bekannt geworden, dass ein sächsischer Polizist vom Dienst suspendiert worden war. Der Beamte aus Leipzig hatte sich regelmäßig mit Mitgliedern der Neonazi-Szene ausgetauscht und interne Informationen, wie geheime Einsatzpläne, weitergegeben. Wäh-*

17 wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/corona-kabinett-122633
18 de.wikipedia.org/w/index.php?title=Hans-Georg_Maaßen&oldid=21229951

rend der Prozess lief, wurde zudem bekannt, dass die sächsische Polizei auf die Sitze ihrer neuen Panzerwagen ‚Survivor R'-Runen hatte sticken lassen.
Diese erinnern in ihrer Ästhetik stark an den Nationalsozialismus. Nach heftiger Kritik entschloss sich das Landeskriminalamt, die Runen entfernen zu lassen." [19]

Durch die weltweite **BLM-Bewegung** wurde der Fokus nicht nur in den USA sondern auch in der **BRD** auf die nicht endende Polizeigewalt und über **180 Morde seit 1990 in Polizeigewahrsam**[20] gelenkt.

Für die **Bundeswehr-Armee** ist der Fall des Oberleutnants Franco A. exemplarisch, wie weit sich Faschisten in der Armee breitgemacht haben. Hätte er sich nicht dilettantisch angestellt, würden wir wahrscheinlich von einem islamistischen Attentat eines syrischen Flüchtlings gegen demokratische Politiker:innen in Österreich oder Deutschland sprechen.

Das Bundeskriminalamt hat nach der Verhaftung von Franco A. im Wiener Flughafen Schwechat ermittelt, dass Franco A. *„– trotz festgestellter antisemitischer, rassistischer und rechtsextremer Ansichten in seiner Masterarbeit von 2013 in die Bundeswehr aufgenommen und befördert worden war, – sich 2015 als Kriegsflüchtling aus Syrien ausgegeben und erfolgreich Asyl beantragt, mit anderen Bundeswehrsoldaten in einer geschlossenen Chatgruppe rechtsextreme Ansichten geteilt und Angriffe auf Politiker besprochen, – Munition aus Bundeswehrbeständen gestohlen und versteckt, – sich weitere Waffen zu beschaffen versucht und damit trainiert, – Feindeslisten und Notizen zu mutmaßlichen Anschlagszielen erstellt, – die Amadeu Antonio Stiftung, eins der gelisteten Objekte, in Berlin ausgespäht hatte."* [21]

Das **Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr** in **Calw** sticht mit seiner nazi-offenen Ideologie besonders hervor.

Wie verheerend die **Klassenjustiz** hinsichtlich faschistischer Terrororganisationen handelt, erwies sich eindrücklich im **fünf Jahre andauernden „NSU-Prozess"**. Das ganz Deutschland überspannende NSU-Netzwerk, in dem auch Teile des Verfassungsschutzes fest verankert waren, wurde einfach als nicht existent betrachtet und ignoriert.

Die NSU-Organisation mit ihren weit verzweigten Mitgliedern und Unterstützerkreisen, wurde zu einer aus drei Menschen bestehenden Gruppe, deren zwei Mitglieder Selbstmord begangen hätten. Die ermittelten, wenigen „Mittäter" wurden zu „Helfershelfern" deklariert. Nichts wurde aufgeklärt, sehr vieles wurde verdeckt und **jede Mittäterschaft und Mitschuld des Staates unter den Teppich gekehrt!**

Der angebliche Kampf des bürgerlichen deutschen Staates gegen „die rechtsextremistische Gefahr und Hass- Kriminalität" ist eine Heuchelei. [22] Das ist vielmehr eine Reaktion des Staates auf die sich entwickelnde antirassistische Bewegung.

Der Staat musste sich angesichts der erstarkenden AntiRa-Bewegung, bei offenen Nazi-Morden, wie in Hanau, als Kämpfer gegen rechtextremistische Gefahr verkaufen. Dabei wurden und werden die Taten der Nazis als Einzelfälle abgetan, Netzwerke nicht aufgedeckt und nicht wirklich verfolgt. Der Staat duldet die faschistische Entwicklung nicht nur, ja in vielen Fällen fördert er sie aktiv. Denn für die Bourgeoise ist der **Faschismus eine Machtoption**, auf die sie zugreifen wird, wenn es nötig wird.

Deswegen sagen wir: Die Faschisierung geht vom Staat aus. Deswegen sagen wir: „Staat und Nazis – Hand in Hand!"

Die zweite ist die zivil-politische Ebene:

Hier hat sich die **AfD** seit 2015 als die **legale Partei der faschistischen Bewegung** in Deutschland etabliert. Sie tritt in der Parteienlandschaft nach und nach immer offener auf, als völkisch-deutschnational, migrantenfeindlich und rassistisch. Sie konkurriert nun als eine ernstzunehmende Kraft mit anderen bürgerlichen Parteien ziemlich erfolgreich um die Wählergunst.

„Bei allen Landtagswahlen seit Mitte 2014 gelangte sie über die Fünfprozenthürde, bei der Bundestagswahl 2017 übertraf sie das bis dahin beste Ergebnis einer Rechtsaußenpartei aus dem Jahre 1969 (NPD: 4,3 Prozent) auf Anhieb um fast das Dreifache. In Ostdeutschland (einschließlich des früheren Ost-Berlins) erreicht die AfD im Schnitt doppelt so hohe Stimmanteile wie im Westen.
In absoluten Zahlen entfielen bei der Bundestagswahl 2017 dennoch fast zwei Drittel ihrer Stimmen auf die alten Bundesländer – das ist fast derselbe Wert wie bei der Linken. In vier der fünf ostdeutschen Länder wurde die AfD mit Werten zwischen 18,6 und 22,7 Prozent zweitstärkste Kraft, in Sachsen landete sie mit 27,0 Prozent sogar knapp vor der CDU auf Platz eins. (…) Im Westen erreichte die AfD ihre höchsten Landesergebnisse bei der Bundestagswahl in Bayern (12,4 Prozent), Baden-Württemberg (12,2 Prozent) und Hessen (11,9 Prozent), am schlechtesten schnitt sie in Hamburg und Schleswig-Holstein ab (7,8 bzw. 8,2 Prozent)." [23]

19 www.dw.com/de/sicherheitsorgane-mit-verbindungen-zum-rechtsextremismus/a-46790126)
20 lists.idash.org/cgi-bin/mailman/listinfo/caravane-info
21 de.wikipedia.org/w/index.php?title=Terrorermittlungen_gegen_Bundeswehrsoldaten_ab_2017&oldid=212262807
22 https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw11-de-rechtsextremismus-685582
23 www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-

Nach den **Bundestagswahlen im September 2017** stellte die AfD mit 88 Mandaten die **drittstärkste Fraktion** im Bundestag. Hinzu kamen noch fünf „fraktionslose" ehemalige AfD'ler:innen! Seit der Gründung der BRD ist das die erfolgreichste faschistische Partei in Deutschland.

Die faschistischen Kräfte, die früher teilweise von anderen bürgerlichen Parteien absorbiert wurden, oder nicht wählen gingen, finden nun – so sieht es aus – in der parlamentarischen Arena in der AfD ihre eigene politische Heimat. Obwohl diese Partei, wie andere bürgerliche Parteien auch fest zum System gehört, gibt sie sich erfolgreich als eine **„Anti-Establishment Partei"** aus, um auch die nicht faschistischen, unzufriedenen Massen zu gewinnen.

Auch ein Teil dieser Unzufriedenen geben ihre Protest-Stimmen der AfD. Aber das ist eine Minderheit der AfD-Wähler:innen. Das Gros der AfD Wähler:innen sind völkisch deutschnationale, migrantenfeindliche, rassistische Menschen.

Die AfD ist die Sammlungs-Partei der faschistischen Bewegung in Deutschland. Als solche wird sie auch in Zukunft, selbst wenn sie weitere Spaltungen erleben sollte, in der politischen Landschaft Deutschlands eine Rolle spielen. Bei den Bundestagswahlen am 26. September 2021 hat die AfD zwar 2,3 Prozent gegenüber 2017 verloren, zog aber mit 10,3 Prozent und 83 Sitzen ins Parlament ein.

Als stärkste Oppositionspartei im Bundestag nutzte die AfD diese Position weidlich aus, um faschistische Propaganda vom Parlamentspult aus hinauszuposaunen. Da sie sich für die anderen bürgerliche Parteien zu einem ernsthaften Konkurrenten entwickelt hat, wird sie nun von ihnen auch sehr „moderat bekämpft". Und zwar im Namen des Kampfes gegen den Rechtsextremismus und Faschismus. Der aggressivste Flügel der AfD, die Höcke-Truppe, wird vom Verfassungsschutz offiziell „beobachtet", wegen des Verdachts der Verfassungsfeindlichkeit! Aktuell verschärft sich die massive Verbindung der AfD mit Netzwerken der diversen Nazi-Terrororganisationen und ihre Einbindung in die Parteistrategie.

Im Parlament wurden von den bürgerlichen Parteien Reden **gegen den „Rechtsextremismus der AfD", ja sogar „ihren Faschismus"** geschmettert. Aber dieser angeblich antifaschistische Kampf reduziert den Kampf gegen den Faschismus gegen eine faschistische Partei, auf eine „Strömung", „einen Flügel" dieser Partei, die immer offener faschistisch auftritt.

Das alles ist ein großer Bluff und nichts als Heuchelei

von den rechten bürgerlichen Parteien, die selbst mit faschistischem Gedankengut teils durchsetzt sind.

Leider sind es nicht nur bürgerliche Parteien, die den „Kampf gegen Faschismus" auf den Kampf gegen die AfD reduzieren.

Viele linke, teilweise auch revolutionäre linke Kräfte machen den Fehler den Kampf gegen den Faschismus als Kampf gegen die AfD zu führen. Der Kapitalismus, der den Faschismus in seinem Schosse trägt, wird bei diesem angeblich antifaschistischen Kampf geflissentlich übergangen. *„Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen"* schrieb Max Horkheimer am Vorabend des zweiten Weltkriegs. [24]

Wer angibt, gegen den Faschismus zu sein, gegen ihn zu kämpfen, ohne den Kapitalismus zu bekämpfen, heuchelt! Unter den gegebenen Kräfteverhältnissen landet diese Art des antifaschistischen Kampfes beim

deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft

24 Max Horkheimer, „Die Juden In Europa", Gesammelte Werke, Bd. 4., S. 308 Frankfurt am Main 1988

Lob und der Verteidigung des bürgerlich ach so „demokratischen" Staates gegen den Angriff des Faschismus! Diese Parteien und Kräfte sehen nicht, dass heute in Deutschland die Bourgeoisie den Faschismus als Herrschaftsform noch nicht braucht um ihre Herrschaft auszuüben. Die Machtübernahme durch eine faschistische Partei steht aktuell nicht auf der politischen Agenda.
Heute geht vielmehr vom **bürgerlichen Staat selbst die Faschisierung** aus. Eine AfD-Herrschaft steht nicht bevor. In einer solchen Situation ist es doppelt falsch den Kampf gegen den Faschismus in Deutschland **nur** als Kampf gegen die AfD zu führen.
Wir müssen im Rahmen des antifaschistischen Kampfes, der die Grundlage des Faschismus, den Kapitalismus zur Hauptzielscheibe macht, auch die offen faschistisch auftretende System-Partei AfD angreifen. Nicht mehr, nicht weniger. Für uns sind Systemparteien keine Bündnispartner im Kampf gegen Faschismus.

Die dritte ist die gesellschaftlich-kulturelle Ebene:

Diese Ebene ist die Basis auf der die Faschisierung voranschreitet, die Massenbasis des Faschismus breiter wird und immer offener auftritt. Auf dieser Basis wächst und gedeiht die AfD. Und diese Basis wird nicht nur durch die offenen Nazis, Faschisten und die AfD geschaffen, sondern durch die herrschenden bürgerlichen Ideologen, Propagandisten, Medien, Politiker:innen, Kulturschaffenden etc. beflügelt.
Es beginnt bei dem **antikommunistischen-bürgerlichen Geschichtsrevisionismus**. Die Geschichte des zweiten Weltkriegs, des Nazis-Faschismus wurde und wird weiter neu geschrieben.

Hauptthesen des Geschichtsrevisionismus sind:
Relativierung der Verbrechen des Nazi-Regimes gegen die Menschheit
* Den Holocaust gab es nicht, das ist eine Erfindung der „Siegermächte"; oder aber „Die Zahlen sind stark übertrieben", etc.
* Die Kriegsverbrechen der alliierten Mächte waren genauso schlimm, wenn nicht noch schlimmer.
Die Kaperung und Relativierung des Begriffs Holocaust durch die Faschisten: Die Bombardierung Dresdens und anderer deutscher Städte wird zum „Bombenholocaust".
* Die **Infragestellung der Singularität der Shoah**, des Holocausts. Wenn überhaupt davon gesprochen wird, dann als ein Genozid unter vielen Genoziden, die in der Geschichte aller Nationen vorkommen.
* Die **Gleichsetzung Nazi-Deutschlands** mit der sozialistischen Sowjetunion durch die „Totalitarismus versus Liberale Demokratie"-„Theorie".
* Faschismus, Nationalsozialismus und Bolschewismus sind in einem *„engen Entsprechungsverhältnis, in dem der Bolschewismus anstoßgebendes Vorbild und Schreckbild Hitlers"* ist. (Erich Nolte) Hitler, die Nazis haben aus den Erfahrungen der „Gulags" in der SU gelernt. Deutsche KZs sind nichts anderes als solche Arbeitslager gewesen.
* Deutschland (Hitler) ist der Sowjetunion (Stalin) zuvorgekommen, die Europa in einem Vernichtungskrieg versklaven wollte.
* Eine besondere Variante des Geschichtsrevisionismus lehnt die **Mittäterschaft und Mitschuld des deutschen Volkes** an den Nazi-Verbrechen rundweg ab. Nur Hitler und seine Nazi-Schergen der SS, einige Größen des Nazi- Regimes waren an allem schuld.
* Eine andere geschichtsrevisionistische These verweist gerne darauf, dass die Nazi-Herrschaft letztendlich nur zwölf Jahre andauerte. Diese „dunklen Jahre" der Geschichte will man am besten vergessen machen, aber auf jeden Fall nicht „überbewerten". Der ehemalige, langjährige CDU-Abgeordnete und spätere prominente AfD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Alexander Gauland, verkündet lauthals, dass *„Hitler und Nazis nur ein Vogelschiss in unserer über 1000-jährigen Geschichte"* sind. [25]
Diese Relativierung, die von allen anderen Bundestagsparteien mit heuchlerischer Empörung verurteilt wurde, ist im Grunde genommen ein fester Bestandteil der herrschenden Ideologie und Politik der deutschen Bourgeoisie.
Auch die so genannte **„Gedenkkultur",** mit deren Weltmeisterschaft sich Deutschland schmückt, dient dafür diesen „Vogelschiss" in der sonst angeblich so ruhmreichen Geschichte endlich in der Vergangenheit „ruhen" und vergessen zu lassen.
Alle Geschichtsrevisionisten treffen sich bei der Einschätzung, dass **Deutschland und Deutsche** unter dem Krieg genauso gelitten haben, **genauso „Opfer"** gewesen sind **wie alle anderen Völker** auch.
Viele dieser Thesen, angefangen von der „Totalitarismus versus Liberale Demokratie" Theorie bis hin zum „Hitler-Stalin"-Vergleich etc. haben ihren Platz in den Schulbüchern gefunden.
Die geschichtsrevisionistischen Thesen wurden nicht allein von Faschisten entwickelt, sondern teilweise auch von Historiker:innen, Philosoph:innen und Soziolog:innen, die als liberal und links gelten. Sie werden von der **faschistischen Bewegung als Handlungsanleitung** in die gesellschaftliche Realität umgesetzt. Jedes Jahr „gedenken" z.B. tausende Nazis in **Dresden**

25 https://afdbundestag.de/wortlaut-der-umstrittenen-passage-der-rede-von-alexander-gauland/

der Opfer des „Bombenholocausts“ und in **Remagen** den fantasierten „Millionen ermordeten deutschen Kriegsgefangenen in den Alliierten-Rheinwiesenlagern“.
Zugleich veranstaltet aber auch der „demokratische“ **deutsche Staat** Gedenkveranstaltungen, die den Opfern **„der Gewaltherrschaft und des Kriegs“** gedenken. Damit sind die Opfer beider „Gewaltherrschaften“ (Hitler/Stalin) und die Opfer der Bombardements deutscher Städte gemeint.

Mit so einem Geschichtsbild ist es nicht verwunderlich, wenn die faschistische Bewegung stärker wird.
Zu dem revisionistischen Geschichtsbild gesellt sich **massive Verbreitung des völkischen, rassistischen, eurozentristischen, islam- und judenfeindlichen Nationalismus**.
Alle Bremsen sind seit der „Wiedervereinigung“, der „friedlichen“ Annektion der ehemaligen revisionistisch-staatskapitalistischen DDR durch den westdeutschen imperialistischen Staat, BRD, gelöst.
Seitdem kann sich „der Deutsche“ endlich wieder als ein normales Volk in der kapitalistischen „Völkergemeinschaft“ fühlen und feiern! „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein“ ist nicht mehr nur ein Spruch der Nazis. Sondern auch der Normalo-deutsche Mann (Frauen sind weit in der Unterzahl) hat kein Problem mehr damit, zu verkünden „Stolz ein Deutscher zu sein“. „Deutschland, Deutschland“ grölend, mit der deutschen Fahne in der Hand, mit Autospiegelkondomen in Schwarz-Rot-Gold herumkurvend die Fußballspiele der „deutschen Nationalmannschaft“ abfeiern, das ist sein größtes Highlight.
Warum? Die Begründung ist schnell zur Hand: Wenn andere das machen, warum „wir“ denn nicht? So feiert der deutsch-chauvinistische Nationalismus, im Fan-Trikot der „Nationalmannschaft“ und „nur zum Fun“ fröhliche Urstände. Eine neue Qualität! „Es wächst zusammen was zusammengehört“. Nationalismus und Kapitalismus gehören zusammen!
In dieser soziokulturellen Atmosphäre von „wir“ (Wir sind das deutsche-Volk) werden **die „Anderen“ als Bedrohung von „uns“ gesehen und zum Feindbild erklärt**. Die anderen sind viele. Zuerst „die Migrant:innen“, die „Ausländer“, wie alle nicht „Biodeutsche“, von völkisch deutsch nationalen Faschisten, aber nicht nur von ihnen, genannt werden. Selbst wenn Menschen seit Generationen in Deutschland leben und arbeiten. Auch ihr deutscher Pass rettet sie nicht davor, als „Ausländer:innen“ stigmatisiert zu werden.
Nicht die offenen Faschisten sondern deutscher „Qualitätsjournalismus“ von Spiegel, Zeit, ARD, ZDF, die mit ihren Kampagnen von „Das Boot ist voll“ Anfang der 1990er Jahre [26] den ideologischen Boden für die Angriffe auf Migrant:innen vorbereiteten. Von **„Das Boot ist voll“** zum Aufruf „**Asylantenflut stoppen**“ und **den mörderischen Angriffen der Faschisten** auf Migrant:innen bis zum Mord war nur ein kleiner Schritt.

26 „‚Das Boot ist voll‘ – Schreckensvision des vereinten Deutschland*“, Cord Pagenstecher, https://edoc.hu-berlin.de/bitstream/handle/18452/ 3750/123.pdf?sequence =1

„Seit der ‚Wiedervereinigung'1990 werden Opfer rechtsextremer Gewalt in Deutschland erfasst. Die Behörden zählten seitdem 94 Todesopfer.
Journalisten, aber auch die Amadeu Antonio Stiftung gehen von einer weitaus höheren Zahl aus: Es soll mindestens 198 Todesopfer rechter Gewalt seit dem Wendejahr 1990 geben." [27]

Nach dem Angriff der islamofaschistischen Organisation El Kaida auf die USA und dem von Bush jr. erklärten „Kreuzzug" gegen den „Terror" wurde auch in Deutschland die **Islamfeindlichkeit** zur Staatspolitik. Natürlich nicht offen sondern unter dem Label „Kampf gegen den islamistischen Terror" versteckt.

Die Faschisten brauchen dieses Versteckspiel nicht. Für sie ist der Islam das „Fremde", das weder „zu Deutschland, noch überhaupt zum „Abendland gehört". Nicht umsonst nannten sie in der sogenannten Flüchtlingskrise 2015, als annähernd 1 Million Flüchtende, vor allem aus Syrien, Asyl in Deutschland nachsuchten, ihre **rassistische Massenbewegung** gegen die Geflüchteten „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes", PEGIDA.

Der in Deutschland aufgrund des unrühmlichen geschichtlichen Hintergrunds offiziell zur Staatspolitik erklärte „Kampf gegen den Antisemitismus" sowie die uneingeschränkte „Israelfreundlichkeit" als Staatsräson, zerschellten an der latenten, immer virulenteren kulturellen und politischen Judenfeindschaft im Großteil der Bevölkerung.

Die faschistische Bewegung kann sich neben der **Islamfeindschaft** auch auf die latente **Judenfeindschaft** stützen und schürt sie fortwährend mit immer neuen Provokationen an. In der Statistik mehren sich von Jahr zu Jahr offene antisemitische Angriffe auf jüdische Menschen und Institutionen.

Im Blick auf die Vergangenheit betreibt die AfD massive Propaganda für den Hitlerschen Nazi-Faschismus, die Relativierung und das Abstreiten der Kriegsschuld des deutschen Imperialismus, die Leugnung des Völkermordes an den europäischen Juden und Jüd:innen, an Roma und Sinti, die Rechtfertigung der Barbarei der Nazi-Armee gegen die „Slawenvölker", das Bejubeln der Niederschlagung der deutschen Arbeiter:innenbewegung und der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Für das Hier und Heute ist ihr Programm tiefster „Rassenwahn" und blutrünstige Hetze gegen Migrant:innen und geflüchtete Menschen, patriarchaler deutscher „Mutter- und Familienkult" und Kampfmodus gegen den „Genderwahn" sowie deutscher Großmachtchauvinismus und völkischer Nationalismus „Deutschland zuerst". Die ganze alte deutsche, antisemitische, rassistisch-faschistische Soße gepaart mit Welthegemonie-Gelüsten des deutschen Imperialismus wird modern aufgehübscht und unters Volk gebracht! Das ist das Wesen der AfD. Das ganze Paket der faschistischen Ideologie und Politik ist bei ihr zu finden und zu hören.

Das **Anwachsen der faschistischen Bewegung** mit ihrer legalen Hauptpartei, AfD, hat zwischen 2015-2021 vor allem **den Rassismus als Haupthebel** benutzt. Er manifestiert sich in verschiedenen Formen: Migrantenfeindlichkeit, Islam- und Judenfeindlichkeit, POC (People of Color)-Feindlichkeit.

Der **Faschismus** in Deutschland entwickelt sich auf **soziokultureller Ebene vor allem über den Rassismus**. Die AfD hatte in dem Zeitraum 2015-2016 ihre vorläufige Hochzeit. Sie war in der Lage Zehntausende mit offen rassistischen Parolen auf die Straße zu bringen. Es war der aggressive Rassismus und dumpfdeutsche Nationalismus, der die AfD groß machte und der sie nach wie vor trägt.

Der **antifaschistische Kampf** in Deutschland muss gerade aus diesem Grund **vorrangig** als Kampf gegen **jegliche Art des Rassismus** geführt werden. Dabei müssen wir nicht vergessen, dass der Rassismus ein Kind des Kapitalismus ist. Wer den Rassismus wirklich bekämpfen will, muss gegen das kapitalistische System bekämpfen.

Corona-Krisenmanagement der Herrschenden

Darin zeigte die deutsche Bourgeoisie noch einmal ihren feindlichen Charakter gegen Arbeiter:innen und Werktätige. In Deutschland war wie in der ganzen in Welt die Corona-Pandemie eine Zäsur. Ein Lackmustest für das herrschende System. Seit dem Ausbruch der Pandemie vom ersten Fall am **27. Januar 2020** bis zum **4. Oktober 2021** [28] hatten sich in Deutschland insgesamt 4.255.388 Menschen nachweislich mit Covid-19 infiziert. In dem Land, in dem die Herrschenden ihr Gesundheitssystem über den grünen Klee loben sind **93.793 Menschen** an CoviD19 gestorben. Von den Covid-Erkrankten gelten 2,578 Millionen **4.018.050** als genesend. Welche Langzeitfolgen diese Krankheit haben wird ist bislang immer noch nicht ausreichend erforscht und bekannt.

In diesem, einem der reichsten Länder der Welt, in dem Land, in dem eines der begehrtesten Vakzine in dieser Pandemie entwickelt wurde, waren bis zum **22. Oktober 2021** erst 54.978.603 Personen (66,1 Pro-

27 https://www.dw.com/de/chronologie-rechte-gewalt-in-deutschland/a-49251032

28 www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Fallzahlen.html

zent der Gesamtbevölkerung) vollständig geimpft. Insgesamt hatten 57.428.018 Personen (69,1 Prozent) mindestens eine Impfdosis erhalten. Mehr als 30 Prozent der Bevölkerung waren noch nicht geimpft. [29]

Die Politik der Herrschenden in dieser Pandemie hat klar gezeigt, dass sie auf eine Pandemie überhaupt nicht vorbereitet waren. Und das, obwohl die **WHO schon 2010** im Zuge der **A/H1N1 (Schweinegrippe-Pandemie)** alle Staaten aufgerufen hatte, sich für kommende Pandemien zu rüsten und vorzusorgen. Obwohl angeblich alle Staaten, auch Deutschland, diesem Aufruf Folge leisteten, obwohl in Deutschland die Pandemieplanung sogar bis in das Jahr 2001 zurückreichte, als am Robert-Koch-Institut eine Expertengruppe „Influenza-Pandemieplanung" ihre Arbeit aufnahm. [30]

Kein zentraler Pandemie-Plan war erstellt und keinerlei Vorratsbeschaffungen für benötigte Medikamente, Schutzausrüstungen und Hygienemittel (Desinfektion) sind getätigt worden. Das führte von vorneherein zu einer **plan- und kopflosen, tagesaktuell orientierten, widersprüchlichen, sprunghaften Politik** auf allen Regierungsebenen.

Von der Bundesregierung über die Länder bis hin zur kleinsten Kreisstadt. Zuerst wurde die Pandemie in ihrer Tragweite nicht ernst genommen. Als der **erste Patient am 27. Januar** im Tropeninstitut in München als ein mit dem COVID-19-Virus Infizierter befundet wurde und die behandelnde Ärztin Alarm schlug, wurde diese Warnung ganz einfach ignoriert. [31]

Wenn dieser erste Alarm nicht ignoriert, sondern als Ausbruch der Pandemie erkannt und dementsprechend gehandelt worden wäre, dann hätte sich die weitere Entwicklung der Corona-Pandemie anders gestaltet. Wären umgehend alle Hygieneregeln im öffentlichen Raum, im Berufsleben und allen Institutionen auf die Tagesordnung gesetzt worden, wäre das Maske-Tragen in öffentlichen und geschlossenen Räumen für verbindlich erklärt worden, dann würden tausende Tote heute noch leben!

Aber der **Staat**, der sich so gerne als omnipräsent und vorbildlich durchorganisiert verkauft, erwies sich von Anfang an als **marode, unfähig und unverantwortlich** für das so oft gepriesene „Wohl seiner Bürger:innen" in irgendeiner Form zu sorgen. Kein Plan, keine Vorbereitung, kein Material etc.

Nur dem Druck einiger Virolog:innen, die sich über Social Media zu Wort meldeten und über die Gefährlichkeit der neuartigen Viruskrankheit aufklärten, ist es zu verdanken, dass die Politik langsam in Bewegung kam. Und dann begann sofort auch das Gerangel und die Konkurrenz um Zuständigkeiten stand auf der Tagesordnung. Jedes Bundesland hat seine eigene Politik in die Tat umgesetzt, als ob der Virus sich an deutsche Landesgrenzen hält!

Als dann das **Massensterben in den Alters- und Pflegeheimen** begann, die Zahl der Intensivbetten in manchen Bundesländern nicht ausreichten, hat die Politik ansatzweise den Ernst der Stunde erfasst. Aber da war es schon zu spät. Bis heute ist die Corona-Politik der Herrschenden eine sich ständig widersprechende, hektische, chaotische Politik.

Hierbei gibt es nur zwei Konstanten: 1. Egal wie, die Produktion muss weiterlaufen! 2. Die Pandemie wird als Handhabe benutzt um das Regieren in einem Ausnahmezustand, wie z.B. in einem eventuellen Kriegsfall zu üben. Für einige Politiker:innen wird die Pandemie nebenbei zu einer lukrativen Geldeinnahmequelle.

Als von der Regierung beschlossen wurde, die Produktion zwei Tage ruhen zu lassen haben wir daran exemplarisch studieren können, wer in diesem Land die Politik bestimmt: In der Bund-Länder-Runde kurz vor Ostern 2021 wurde ein „Oster-Lockdown" beschlossen. Dementsprechend sollten der Gründonnerstag und der Karsamstag wie Sonn- und Feiertage behandelt werden. Das öffentliche, private und wirtschaftliche Leben sollte von Gründonnerstag bis Ostermontag weitestgehend ruhen.

Als diese Maßnahme verkündet wurde, brach eine Entrüstung aller Kapitalistenverbände – angeführt von BDI und VDA los. Sie beschworen **irreparable Schäden** und **astronomische Kosten für die deutsche Wirtschaft**, falls diese Maßnahmen umgesetzt würden. Sie „warnten"! die Regierung und forderten sie ultimativ auf diesen Beschluss zu „überdenken" und rückgängig zu machen! [32]

Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) hat sofort die Rechnung präsentiert: **4 bis 4,5 Milliarden Euro Umsatzverlust pro Tag!** Und? Die Politik ruderte zurück. Kanzlerin Angela Merkel höchstselbst entschied den Bund-Länder-Entscheid zur so genannten „verlängerten Osterruhe" zu stoppen.

„Der Beschluss sei ‚ein Fehler' gewesen und werde zurückgenommen, sagte sie nach abermaligen Beratungen mit den Ministerpräsidenten auf einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz in Berlin. Merkel übernahm die persönliche und alleinige Verantwortung. ‚Dieser Fehler ist

29 rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Daten/Impfquotenmonitoring.html

30 www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783845230474-21.pdf?download_full_pdf=1

31 Die Ärztin, auf die keiner hörte, https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/rothe-coronavirus-101.html

32 www.automobilwoche.de/article/20210324/AGENTURMELDUNGEN/303239924/corona-bekaempfung-autoindustrie-warnt-vor-den-folgen-der-oster-ruhetage

einzig und allein mein Fehler. Denn am Ende trage ich für alles die letzte Verantwortung. Qua Amt ist das so.'
Die Kanzlerin sagte, sie wisse, dass dieser Vorgang zusätzliche Verunsicherung in der Bevölkerung auslöse. ‚Das bedauere ich zutiefst und dafür bitte ich die Bürgerinnen und Bürger um Verzeihung.' Die Idee eines Ostershutdowns sei ‚mit bester Absicht entstanden', ergänzte sie. Dennoch sei sie ein Fehler gewesen. ‚Sie hatte ihre guten Gründe, war in der Kürze der Zeit aber nicht gut genug umsetzbar. Wenn sie überhaupt irgendwann so umsetzbar ist, dass Aufwand und Nutzen in einem angemessenen Verhältnis stehen.' " [33]

Der **Großteil der Menschenverluste** ist klar auf die **profitorientierte Politik der Herrschenden** zurückzuführen. Von ihnen kann keine Politik erwartet werden, die den Schutz der Gesundheit der werktätigen Bevölkerung zum Ausgangspunkt nimmt. Viel weniger Menschen wären erkrankt und viel weniger Menschen gestorben.

Aber wenn wir die Altersstruktur der Corona-Toten berücksichtigen, erkennen wir um was für ein System es sich handelt. Entgegen aller Werbesprüche, steht **der Mensch nicht in dessen Mittelpunkt**.

Profit und Kapitalvermehrung sind die Triebkräfte des Systems. Deswegen sind die Menschenverluste durch die Pandemie für das Kapital nicht wirkliche Verluste, sondern eher ein Gewinn, z.B. durch die Entlastung der Rentenkassen und durch die Entlastung bei den Pflegekosten. Denn die Statistik des RKI zeigt folgendes:

„Ältere Bundesbürger sind von der Corona-Pandemie besonders stark betroffen. Wie die Statista-Grafik auf Basis von Zahlen des Robert Koch-Instituts (RKI) zeigt, sind rund 89 Prozent der Personen, die im Zusammenhang mit dem Corona-Virus verstorben sind, zum Zeitpunkt des Todes älter als 69 Jahre gewesen. Den höchsten Anteil an allen Todesfällen seit Beginn der Pandemie gibt es mit 46,4 Prozent in der Altersgruppe von 80 bis 89 Jahren. Der Anteil der Todesfälle in der Altersspanne von 0 bis 49 Jahren beträgt lediglich 0,8 Prozent." [34]

Das war der Stand am 25. März 2021, daran hat sich auch bis Ende September nichts Wesentliches geändert. Die Todeszahlen bei der Menschengruppe der 30-60 Jährigen stiegen an, so dass das Durchschnittsalter ein wenig absank.

Aber das Durchschnittsalter aller an dem Virus Verstorbenen lag in Deutschland durchschnittlich bei weit über 67 Jahren, Menschen im Rentenalter. **Menschen, die nicht mehr produktiv im Sinne des Kapitalismus sind.** Auf die kann das System getrost und gerne verzichten.

Letztendlich läuft die Corona-Pandemiebekämpfungspolitik genau darauf hinaus! Denn der **Ausgangspunkt der kapitalistischen Politik** in einer Pandemie ist **nicht Schutz der Gesundheit der werktätigen Menschen sondern Schutz der Profite** für das Kapital!

Wichtig ist, dass die Produktion unter allen Umständen weiterläuft. Deswegen wurde in Deutschland nie landesweit ein harter Lockdown durchgeführt, in dem auch die Produktion stillsteht.

Alle Lockdowns waren nur dazu da, die direkten, sozialen Kontakte der Menschen zu minimieren, ihre persönlichen Freiheitsrechte zu beschränken. Zu üben für den Ernstfall! In dieser Hinsicht war die Pandemie für die Herrschenden auch ein willkommenes Instrument. Und sie haben es weidlich ausgenutzt.

Wir haben während der Pandemie in unserer Agitation und Propaganda, in unseren Fabrikzeitungen die **Arbeiter:innen und Werktätigen aufgerufen ihre Gesundheit selbst zu schützen.** Masken zu tragen,

33 www.faz.net/aktuell/politik/inland/lockdown-an-ostern-angela-merkel-bittet-buerger-um-verzeihung-17260784.html

34 de.statista.com/infografik/23756/gesamtzahl-der-todesfaelle-im-zusammenhang-mit-dem-coronavirus-in-deutschland-nach-alter/

räumlichen Abstand zu halten und auf Hygiene zu achten.

Nicht weil die Herrschenden „Corona-Regeln" aufgestellt haben, sondern weil das für die Gesundheit der Menschen in der Pandemie notwendig war und ist.

Wir haben die Arbeiter:innen in den Betrieben aufgerufen, dafür zu kämpfen, dass die **Produktion in nicht lebenswichtigen Bereichen bei vollem Lohnausgleich für die Arbeiter:innen gestoppt** wird. Wir verurteilen die herrschende Corona-Politik nicht wegen ihrer Hygieneregeln! Sondern wegen ihrer gesamten Arbeiter:innen und Werktätigen feindlichen Herangehensweise.

Während der Pandemie hat die **faschistische Bewegung** in Deutschland ein neues Betätigungsthema und -feld gefunden um ihren Einfluss zu erweitern: **Der Kampf „Gegen die Corona-Diktatur" und „Für Freiheit".**

Dabei hat sie sich sehr geschickt die Unzufriedenheit vieler Menschen über die völlig unglaubwürdige, inkonsequente Politik der Regierung zunutze gemacht.

Die Corona-Leugner-Aktionen, bei denen Abertausende unter demonstrativem Bruch der Hygieneregel das Establishment herausgefordert und vorgeführt haben, sind fest unter Führung und in den Händen der Faschisten.

Das sind, unabhängig von den Intentionen eines Teils der Teilnehmer:innen, objektiv faschistische Heerschauaktionen.

Dabei geht es in Worten um die Verteidigung der Freiheitsrechte.

Tatsächlich aber geht es den Faschisten in diesen Aktionen darum, alle Verschwörungs-Schwurbler, Esoteriker:innen, Anthroposoph:innen, Hedonist:innen, die nur an sich selbst denken, die sich in der Coronaleugnungs-Religion zusammengefunden haben, **um den harten Kern der faschistischen Bewegung zu sammeln**, und sie für die Ziele der Bewegung zu organisieren.

Bei diesen Aktionen haben Revolutionär:innen nichts zu suchen, außer um sie, wenn möglich, auseinander zu jagen.

Und Kämpfe der Arbeiter:innen, Werktätigen und aller Unterdrückten und Benachteiligten

Kämpfe der ausgebeuteten und unterdrückten Klasse, der Arbeiter:innen und Werktätigen waren auch im Zeitraum 2016-2021 zu verzeichnen. Zwischen den Jahren 2015-2020 sieht die Streikstatistik folgendermaßen aus:

Die **meisten durch Streik ausgefallenen Arbeitstage** mit annähernd 2 Mio. Werktätigen waren **im Jahre 2015.** Zwischen **2016 und 2017** nahmen die Arbeitskämpfe merklich ab.

2018 war hinsichtlich der Streiks wieder eine Zunahme zu verzeichnen. Aber verglichen mit 2015 sind die Zahlen der ausgefallenen Arbeitstage, bei etwa gleicher Zahl der Streikenden **um 1,2 Mio., etwa um die Hälfte geringer.** Das zeigt, die Streiks in 2018 sind kürzer als 2015. **2019 und 2020 gehen die Zahlen der Streiks verglichen mit 2018 um mehr als die Hälfte zurück**.

2020 sind **342.000 Arbeitstage** durch Streik ausgefallen. An den Arbeitskämpfen beteiligten sich insgesamt 277.000 Streikende.

Damit ist das Arbeitskampfvolumen etwa auf dem Niveau des Vorjahres geblieben.

Zurückgegangen ist indes die Anzahl der Arbeitskonflikte:

Waren es in 2020 lediglich 157, waren es noch im Vorjahr 227. *„Dieser Rückgang dürfte wesentlich der Corona-Pandemie geschuldet sein. ‚Unter den Bedingungen eines umfassenden gesellschaftlichen Lockdowns wurden im Frühjahr viele Tarifverhandlungen zunächst ausgesetzt', so das WSI. Ab dem Frühsommer haben die Streikaktivitäten dann aber wieder zugenommen.*

Zu den umfangreichsten Arbeitskampfmaßnahmen gehörten im Herbst 2020 die Warnstreiks im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen sowie im öffentlichen Nahverkehr, an denen sich vor allem diejenigen Berufsgruppen beteiligten, denen seit Beginn der Pandemie zuvor ihre ‚Systemrelevanz' bescheinigt worden war." [35]

35 Mathias Brandt, https://de.statista.com/infografik/2016/streikende-in-deutschland/

Insgesamt können wir für diesen Zeitraum feststellen: Die Kämpfe der Arbeiter:innenklasse waren, was Teilnehmerzahl, Intensität und Militanz betrifft, in der Regel schwach.
Die häufigsten Auseinandersetzungen waren gewerkschaftlich organisierte Defensivkämpfe, wie zum Beispiel gegen Werksschließungen, die zumeist mit einer Abfederung durch einen „Sozialplan" beendet wurden. Häufig blieben die Kämpfe im Rahmen gewerkschaftlicher wirtschaftlicher Forderungen, die von den Gewerkschaften mit **Kompromissabschlüssen** „erfolgreich" beendet wurden.
Ohne eine **feste Verankerung der Kommunist:innen in den Betrieben** wird sich an der schwachen Klassenkampfsituation in Deutschland auch in nächster Zeit nichts Grundlegendes verändern.
Auch wenn die Klassenkampfsituation sich verschärft, und der Kampf der Arbeiter:innenklasse zu einer stärkeren Kampffront werden sollte – momentan sieht es nicht danach aus – werden diese Kämpfe **ohne eine kommunistische Führung** weiter Reformkämpfe im Rahmen des Systems bleiben.
Wir müssen auch in den ruhigen Zeiten des Klassenkampfes, wie heute, weiter an der Hauptaufgabe im Klassenkampf, an dem **Aufbau einer starken kommunistischen Partei, die sich in Betrieben verankert,** arbeiten.
Die **wichtigsten Massenkämpfe** in Deutschland **–** wie auch weltweit **–** zwischen 2015-2021 waren vor allem **antirassistische, antifaschistische, antiimperialistische Kämpfe:** Black Lives Matter, Hanau Gedenk-Demonstrationen, Seenot-Bewegung von Geflüchteten und Unterstützer:innen, w'll come united. **Umweltkämpfe:** FFF-Bewegung, Ende Gelände, Hambacher und Dannenröder Forst und **feministisch geführte Massenkämpfe:** gegen sexistische Gewalt/Angriffe, für Gleichberechtigung und Befreiung der Frauen (MeToo Bewegung).
Allen diesen Bewegungen ist eigen, dass auch diese Kämpfe, wie mächtig sie auch sind, in ihrer Gesamtheit als Kämpfe **im Rahmen** des kapitalistischen Systems verbleiben.
Aber sie zwingen die Herrschenden zu bestimmten Zugeständnissen und Handlungen, manchmal zu Reformen. So sah sich die deutsche Bourgeoisie nach den Morden in Hanau auf einmal gezwungen in Worten sich gegen den Rassismus zu positionieren, um eine Radikalisierung dieser Bewegung zu verhindern.
Dieselbe Bourgeoisie, die vorher über Jahre hinweg während der **NSU-Morde, die Betroffenen und Angehörigen als „Täter:innen" an den Pranger gestellt hatte.**
Die Zeit wird zeigen, ob dieses heuchlerische Manöver den von der Bourgeoisie erhofften Effekt zeigen wird.
Bisher ist es so, dass **viele Protagonist:innen und Aktivist:innen** der antirassistischen-antifaschistischen Bewegung dieses Manöver klar durchschauen und **eine Zusammenarbeit** mit **dem Staat** ablehnen.

Die wichtigste militante Massenaktion, die das imperialistische System als Zielscheibe hatte, waren die Anti-G-20 Proteste in Hamburg. Wie bei jeder militanten, revolutionären Aktion wurden sie von den Polizeikräften brutal angegriffen.
Hunderte Aktivist:innen wurden festgenommen. Einige wurden jahrelang in U-Haft gehalten. Bis heute laufen Verfahren. Wir haben direkt in der Anti-G20-Aktion in Hamburg eine kleine Probe der geballten Macht des Staatsapparates gegen revolutionäre Aktionen erlebt.
In dem Zeitraum zwischen 2015-2020 hat sich in Deutschland, wie in vielen Ländern, die sogenannte **„Identitätspolitik"** ausgebreitet. Dazu haben wir uns im ersten Teil des Berichts bereits geäußert.
Wir kämpfen gegen **jede Art der Unterdrückung**, begrüßen und unterstützen jeden Kampf für Gleichberechtigung und Befreiung. Wir sind aber **gegen** die Atomisierung der Kämpfe.
Was die Welt und die Menschheit brauchen, ist die **Einheit aller Kämpfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung jeder Art** gegen den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus, den Imperialismus.
In Deutschland konkret, ist der **Hauptfeind der deutsche Imperialismus.** Er schickt sich an, in Zukunft auch militärisch kräftiger im Kampf um die Neuaufteilung der Welt mitzumischen! Der Imperialismus hat die Welt bis an den Rand des Ruins gebracht! Und wenn er nicht gestoppt wird durch die Revolutionen unter Führung des Proletariats ist das Ende abzusehen. Untergang in der Barbarei.
Lasst uns alle Kämpfe vereinen, anstatt „jeder/jede für sich" zu kämpfen.
Lasst uns gemeinsam am großen Werk arbeiten: Den Imperialismus zerschlagen, in ununterbrochener Revolution eine neue, sozialistische, kommunistische Welt aufbauen!
Für dieses große Werk ist die Kommunistische Partei das wichtigste Instrument. Wir arbeiten an ihrem Aufbau.
Alle die eine bessere Welt wollen, die dafür bereit sind zu kämpfen, rufen wir auf mitzuarbeiten und mitzukämpfen!
Hasta la victoria siempre!
Für den Kommunismus – für den Sozialismus!

**„Es kommt dazu trotz alledem,
die Furcht wird sich in Widerstand verwandeln, trotz alledem!“**

Bolschewistische Initiative Deutschland
Unser 5. Kongress hat stattgefunden!

„Sozialismus oder Untergang in der Barbarei“

Dieser Aufruf von Rosa Luxemburg im Angesicht der Gräueltaten des ersten Weltkriegs ist heute aktueller als je zuvor

November 2021 – Wir erleben die **Barbarei des Imperialismus** jeden Tag in allen Lebensbereichen und in all ihren hässlichen Facetten: Die Rivalität der Imperialisten im Kampf um die Weltherrschaft nimmt an Intensität zu. Diese Realität von hunderten Millionen Menschen verschärft sich Tag für Tag: Tod, Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen und Vertreibung durch Stellvertreterkriege überall in der Welt. Die Vorbereitung auf einen dritten Weltkrieg, der zweifellos viel destruktiver wird als die vorhergehenden, wird von allen imperialistischen und reaktionären Mächten vorangetrieben.

Im Inneren wird, auch als Vorbereitung auf einen neuen großen Krieg, in allen Ländern, auch in denen die sich am demokratischsten gebärden, die Faschisierung vorangetrieben. Ideologisch wird mit Chauvinismus und Rassismus in vielen seinen Erscheinungsformen aufgerüstet.

Die herrschende Bourgeoisie ist so unverschämt, dass sie die von ihr selbst zu verantwortende Gesundheitskrise durch die Corona-Pandemie auch für das Vorantreiben der inneren Faschisierung weidlich ausnutzt. Ihre menschenfeindliche Fratze wurde in der Pandemie für viele werktätige Menschen viel sichtbarer.

Die imperialistischen und reaktionären bourgeoisen Herrschaften sind nicht nur Feinde der großen ausgebeuteten und **unterdrückten Menschheit**, sondern auch **aller lebendigen Natur**. Sie haben durch ihre kapitalistische Produktionsweise, und die durch sie bedingte Lebensweise der Menschen das Gleichgewicht der Natur zum Kippen gebracht.

Die Klimaveränderung, deren Ergebnisse wir heute auf allen Kontinenten, in allen Ozeanen, in der Atmosphäre in allen Ländern in Form verschiedener „Natur-

katastrophen“ erleben ist das Werk des Kapitalismus. Wenn dieser Entwicklung nicht Einhalt geboten wird, führt der Kapitalismus die Welt schnurstracks in den Untergang der Barbarei!

So ist der gegenwärtige Zustand der Welt. Er schreit nach Veränderung. Nach „System Change“. Allerdings ist mit Reformen im kapitalistischen System, die Grundlage allen Übels auf der Welt, nicht zu überwinden.

Das Übel ist das kapitalistische System selbst. **Der Kapitalismus muss durch Revolutionen unter Führung der Arbeiter:innenklasse mit dem Ziel Sozialismus und Kommunismus zerschlagen werden.** Dazu müsste die Arbeiter:innenklasse die überall in der Welt durch ihre Arbeitskraft in der Industrie und Landwirtschaft alle lebensnotwendigen Güter und Mehrwert schafft, und auch den ganzen Dienstleistungssektor aufrechterhält, sich **von einer Klasse an sich**, **zu einer Klasse für sich entwickeln**. Davon sind wir heute meilenweit entfernt.

Um diese meilenweit entfernte Ziel zu erreichen brauchen wie überall in der Welt auch in Deutschland **starke kommunistische Parteien**, die mit der Arbeiter:innenklasse fest verbunden sind. In den vordersten Reihen des Klassenkampfes teilnehmend, ist es unsere Aufgabe als Kommunist:innen das **sozialistisch-kommunistische Bewusstsein** in diese Kämpfe hineinzutragen, die **klassenkämpferischsten Elemente der Arbeiter:innenklasse** in unseren Reihen zu organisieren. Und davon sind wir heute auch meilenweit entfernt.

Wir leben in einer Situation, in der Sozialismus und Kommunismus im Großteil der Arbeiter:innen und Werktätigen keine Begeisterung auslöst. Umgekehrt, es herrschen viele Vorurteile gegen den Sozialismus und Kommunismus, die von der Bourgeoisie non-Stopp produziert werden.

Insbesondere die revisionistische Entwicklung in der ehemaligen sozialistischen Sowjetunion und den ehemals zeitweilig volksdemokratischen Staaten, nutzt sie als Munition für ihre antikommunistische Hetze. Diese wird durch eine schier unendliche Medienmacht in die Köpfe der Werktätigen hineingehämmert.

Es ist keine pessimistische Einschätzung, wenn wir festhalten: Die kommunistische Weltbewegung und die kommunistische Bewegung in Deutschland als Teil dieser Bewegung durchleben eine ihrer schwächsten Perioden überhaupt. Und das angesichts der größten Herausforderungen vor denen wir stehen. Diese aktu-

Gemeinsame Erklärungen:

Bolschewistische Partei (Nordkurdistan/Türkei) – BP (KK/T)
Initiative für den Aufbau einer Revolutionär-Kommunistischen Partei Österreich – IA ★RKP
Trotz alledem! (Deutschland) – TA

elle Situation ist ein **dringender Aufruf** unsere Kräfte zu bündeln und noch entschiedener unsere Aufgabe anzupacken, den Aufbau der Kommunistischen Partei.
Der **5. Kongress Bolschewistischen Initiative Deutschland** ist der Kongress der Kommunist:innen in Deutschland, die in einer solchen Situation ***Trotz alledem!*** sagen!
Der 5. Kongress stellt fest, ja wir sind schwach angesichts der immensen Aufgaben vor denen wir stehen. Ja, die Arbeiter:innenklasse ist heute für den Sozialismus und Kommunismus schwer zu gewinnen. Aber ***Trotz alledem!*** ist Sozialismus und Kommunismus die einzige Alternative zum Untergang in die Barbarei. Unsere drängende Aufgabe ist die Arbeiter:innen und Werktätigen mit diesem Bewusstsein zu wappnen.
Diese Aufgabe packen wir nun seit 25 Jahren an. Und werden sie in Zukunft beharrlich weiter anpacken. ***Trotz alledem!*** Trotz aller Widrigkeiten. Dazu ruft unser fünfter Kongresses alle Genoss:innen und alle revolutionären Menschen auf, die sich eine Zukunft ohne Kapitalismus vorstellen können. Und dieser Aufruf ist auch ein Vermächtnis des 5. Kongresses in Gedenken an unseren wunderbaren Arbeitergenossen Yusuf, den wir durch eine heimtückische Krankheit vor dem Kongress verloren haben.
Der 5. Kongress hat in einer beeindruckend genossenschaftlichen, nach vorne gerichteten Arbeitsatmosphäre die gesamte Tätigkeit der Organisation zwischen 2016 und 2021 ausgewertet und eingeschätzt.
Die **politisch-theoretische Hauptarbeit** dieser Periode war die **Einschätzung der DDR**.
Die zu beantwortenden Fragestellungen waren: War die DDR irgendwann ein sozialistischer Staat? War die SED eine sozialistisch kommunistische Organisation? War die Auflösung der KPD in der SED richtig? In der ganzen Organisation wurden die wichtigsten Dokumente der SMAD / KPD / SED und der DDR studiert, geschult und umfassend diskutiert. Die in der Diskussion der Dokumente entwickelten Artikel wurden in der TA und teilweise auch intern veröffentlicht.
Der 5. Kongress hat mit der Verabschiedung des Dokuments **„Thesen DDR – Anspruch und Wirklichkeit“** diese Arbeit erstmal zu einem Ergebnis gebracht.
Der 5. Kongress hat auch über den „Politischen Bericht“, der von der Zentralen Leitung drei Monate vor dem Kongress in der Organisation und der nächsten Umgebung zur Diskussion gestellt wurde, lebhaft diskutiert. Diesen Politischen Bericht, in dem die ökonomischen und politischen Entwicklungen in den letzten fünf Jahren dargelegt und zur Diskussion gestellt wurden, hat der Kongress mit einigen Veränderungen und Aktualisierungen verabschiedet.
Den **größten Teil der Arbeit** des Kongresses machte die **Diskussion über den organisatorischen Bericht** aus. In diesem Teil wurde unter dem Motto **Ausrichtung der Arbeit** über folgende Themen debattiert und Beschlüsse gefasst:
Richtiges Verhältnis von Theorie und Praxis, Kaderfragen, Gewinnung neuer Mitglieder, Betriebsarbeit, Organisationsaufbau, Politische Widersprüche, Internationale Beziehungen und praktische Arbeit im Klassenkampf. Ein neues Statut wurde verabschiedet.
Die Entwicklung und alle Probleme der Organisation wurden freimütig genossenschaftlich, solidarisch, kritisch und selbstkritisch diskutiert. Es wurden Lehren aus der Arbeit der letzten fünf Jahre gezogen, und ein Arbeitsplan für die zukünftige Arbeit als Empfehlung für die neue Leitung beschlossen.
An unserem Kongress nahmen neben den stimmberechtigten Mitgliedern (Delegierten) auch einige eingeladene (nicht stimmberechtigte) Genoss:innen teil, die sich aktiv gleichberechtigt an der Diskussion beteiligt und sie ausgesprochen bereichert haben.
Die Bolschewistische Partei Nordkurdistan/Türkei, BP (NK/T) und die Initiative für den Aufbau einer Revolutionär-Kommunistischen Partei Österreich, IA.RKP waren eingeladen und beteiligten sich engagiert mit Gastdelegiert:innen an dem Kongress.
Die Grußbotschaft von BP/NK-T wurden von ihrem/er Delegierten vorgetragen. Der Delegierte der IA.RKP hat sich zu Beginn des Kongresses für die Einladung bedankt und internationalistische, herzlichste revolutionäre Grüße und Erfolgswünsche der Genoss:innen aus Österreich an den Kongress übermittelt.
Der Kongress war eine neuerliche Kampfansage der Kommunist:innen in Deutschland an den imperialistischen deutschen Staat, an den Weltimperialismus! Er war geprägt vom lebendigen Geist des Internationalismus, des kommunistisch-kollektiven Lebens in der Tat! Genoss:innen!
Mit frischem Mut und Kampfgeist geht der Kampf weiter. ***Trotz alledem!***
Wir rufen auch alle Kommunist:innen außerhalb unserer Organisation auf:
Kämpft für die internationale Einheit aller Kommunist:innen!
Lest, studiert und diskutiert die Dokumente unserer Organisation, setzt euch mit uns auseinander!
Schließt euch unserer organisierten kommunistischen Arbeit an!

Kämpft mit uns zusammen:
Bis die Erde vom Kapitalismus befreit und rot wird! Rot Front!

GRUSSBOTSCHAFT

Bolschewistische Partei (Nordkurdistan/Türkei)

An den 5. Kongress der Bolschewistischen Initiative Deutschland

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
hiermit möchte ich euch die herzlichsten revolutionären Grüße des ZK der **Bolschewistischen Partei Nord Kurdistan/Türkei** übermitteln.
Die Genossinnen und Genossen aus Nord Kurdistan/Türkei sind hoch erfreut darüber, dass es in Deutschland eine bolschewistische Initiative gibt, die sich der schwierigen Aufgabe der Gründung und des **Aufbaus einer bolschewistischen Partei** in Deutschland gestellt hat, und trotz aller widrigen Umstände sich dieser Aufgabe jeden Tag weiter stellt. Dass es euch gibt, ist für uns ein Ansporn, ist eine Quelle der Hoffnung für eine zukünftige bolschewistische Internationale. Wir bedanken uns bei euch auch für eure internationalistische selbstlose Unterstützung unserer Partei.

Genossinnen und Genossen,
TROTZ ALLEDEM! Das war der Kampfesruf der KommunistInnen in Deutschland in den schwierigen Zeiten des ersten Weltkriegs, die den Kampf für eine sozialistische Revolution auf ihre Fahne geschrieben haben.
TROTZ ALLEDEM! Das war der Kampfesruf der KommunistInnen im Kampf gegen die Nazifaschistische Diktatur.
TROTZ ALLEDEM! War der Kampfesruf der KommunistInnen, die nach dem zweiten Weltkrieg auf den Trümmern des Nazi-Deutschlands für ein neues, demokratisches, friedliebendes Deutschland gekämpft haben.
Die rote Fahne **„TROTZ ALLEDEM!"** habt ihr vor 25 Jahren, in einer Zeit, als die kommunistische Bewegung sich in einer der schwächsten Perioden ihrer Geschichte befand mutig aufgehoben.
In einem der reichsten imperialistischen Länder der Welt; in einem Land mit einer mit einer mächtigen Schicht der Arbeiteraristokratie und -Bürokratie, in einem Land mit einer beispiellosen Nazivergangenheit; in einem Land, in dem der Kommunismus auch durch die revisionistische Praxis der DDR im Namen des Sozialismus völlig desavouiert ist; in einem solchen Land im Namen des Marxismus-Leninismus mit dem Anspruch eine bolschewistische Partei aufzubauen hervorzutreten, das braucht Mut. Es braucht aber vor allem ein starkes kommunistisches Bewusstsein.
Genossinnen und Genossen!
Es braucht auch Mut dazu, diese gigantische Aufgabe mit sehr wenigen Kräften anzugehen. Viele GenossInnen eurer Organisation sind MigrantInnen insbesondere aus Nordkurdistan und der Türkei, die in Deutschland früher in und um die Auslandsorganisation unserer Partei politisch gekämpft haben.
Diese TA Genossinnen und Genossen sind für die biodeutschen Normalbürger nach wie vor „Schwarzköpfe", und sie haben teilweise noch Sprachprobleme. Das erschwert natürlich die Arbeit, die Gewinnung neuer Menschen für die Parteiarbeit.
Aber diese Genossinnen und Genossen sind KommunistInnen, die in Deutschland leben und da ihren Lebensmittelpunkt haben. Also kämpfen sie als BolschewistInnen in diesem Land für den Kommunismus, gemeinsam mit allen GenossInnen der Bolschewistischen Initiative.
Die bolschewistische Initiative tut das Richtige. Sie ist keine „deutsche" Organisation. Sie ist – wie übrigens jede originäre kommunistische Organisation – keine an Nationalitäten gebundene Organisation der InternationalistInnen. Sie ist keine deutsche Organisation, sondern eine proletarische Organisation der Revolution in Deutschland. Deutschland ist ein Einwanderungsland, auch wenn die deutschen Rassisten das nicht akzeptieren.
Leider ist auch unter den revolutionären, linken Kreisen die Akzeptanz der Menschen mit migrantischem Hintergrund nicht weit gediehen. So wurde und wird die Bolschewistische Initiative z.B. von einer Partei, die

sich marxistisch-leninistisch nennt, nicht als eigenständige Organisation, sondern als eine Auslandsorganisation unserer Partei betitelt. Die Aufnahme von BI in ICOR wurde neben anderen fadenscheinigen Argumenten, auch mit diesem „Argument" verhindert. Aber: Bei uns gibt es ein Sprichwort: Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter.

Die Karawane der BI zieht weiter. Trotz allen Widrigkeiten. **TROTZ ALLEDEM!**

Genossinnen und Genossen!

Wir wissen, wir Bolschewiki sind heutzutage wenige. Zu wenige, für die Aufgaben, die zu lösen wir uns in einzelnen Ländern und international vorgenommen haben.

Bei der Aufgabe neue Menschen zu gewinnen scheitern wir öfters. Dazu verlieren wir wertvolle, verdienstvolle GenossInnen durch Tod, wie zuletzt den Genossen Yusuf. Es entwickeln sich bei manchen GenossInnen Fragen nach dem Sinn der revolutionär-kommunistischen Arbeit heutzutage.

Die Zeiten sind nicht solche, wo sich der Wunsch nach Veränderung, eine revolutionäre Bahn sucht.

Der Wunsch und Ruf nach „Systemchange" bewegt sich real im Rahmen eines „Regierungschange" im kapitalistischen System. Das kann auch nicht anders sein. Denn es fehlt die starke kommunistische Partei, die in die spontane Bewegung der Massen das sozialistische Bewusstsein hineinträgt. Wirklicher Systemchange fordert in Deutschland den Kapitalismus zu zerschlagen durch eine sozialistische Revolution; **die Errichtung der Diktatur des Proletariats**, den **Aufbau des Sozialismus** und die Weiterführung der Revolution auf dem **Weg des Kommunismus.**

Und das geschieht nicht spontan, der Sozialismus, kommt nicht spontan. Es kann nur durch die ArbeiterInnenklasse und die Werktätigen unter Führung einer starken kommunistischen Partei erkämpft werden.

Davon sind wir heute meilenweit fern. Das ist die objektive Grundlage der Gedanken nach einer „sinnvolleren, wirksameren politischen Arbeit". Manche verlieren den Mut und die Lust nach revolutionärer Tätigkeit, weil es ja scheinbar nichts bringt und ziehen sich in ihr kleinbürgerliches Privatleben zurück.

Manche finden die kleinteilige reformistische Arbeit, deren Ergebnisse sie auch miterleben können als sinnvoller. So werden aus ehemaligen KommunistInnen z.B. „linke GewerkschafterInnen"!

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Wir erleben was den unmittelbaren Erfolg der revolutionär-kommunistischen Arbeit betrifft, eine ziemlich lange Durststrecke. Aber es macht die KommunistInnen gerade in solchen Situationen aus, ob sie **TROTZ ALLEDEM** das richtige weiter tun.

Und das Richtige, das wissen wir ist: Die Befreiung fordert Revolution; alles andere ist Illusion! Und, ohne Kommunistische Partei, keine sozialistische Revolution!

Die Welt hat den Sozialismus nie zuvor so gebraucht wie heute! Die objektiven Bedingungen sind noch nie so reif gewesen für Sozialismus wie heute! Genauso so aber stand die Welt noch nie so nahe am Rande des Untergangs in der Barbarei wie heute!

Um das zu verhindern, dazu ist die kommunistische Arbeit, die einzig sinnvolle Arbeit, trotz aller Unkenrufe! **TROTZALLEDEM!**

Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!

Das ist die Alternative!

Es gibt viel zu viel zu tun! Packen wir, die Bolschewiki überall in der Welt es gemeinsam an!

In diesem Sinne:

Wir wünschen euch einen erfolgreichen 5. Kongress!
Venceremos!
Hoch der Proletarische Internationalismus!

Themen aus der Artikelserie
„Deutsche Demokratische Republik – Anspruch und Wirklichkeit Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?“

***Trotz alledem!* Nr. 81, Mai 2019 – Teil 1**
Theorie der Diktatur des Proletariats und der Volksdemokratie
Fragestellung und unser Ausgangspunkt
Ist die Volksdemokratie eine Form der Diktatur des Proletariats?
Ende des Zweiten Weltkriegs und Entstehung der Volksdemokratien
Dimitroff und die Volksdemokratie
Charakter der Volksdemokratie

***Trotz alledem!* Nr. 82, September 2019 – Teil 2**
Kriegsende, Potsdamer Abkommen, SED-Gründung
Allgemeine Lage Deutschland nach der Kapitulation...
Bildung der SMAD und Aufruf der KPD
Potsdamer Konferenz – Beschlüsse über Deutschland
Selbstverwaltungsorgane in der SBZ
Bodenreform
Der Weg zur Vereinigung von KPD und SPD

***Trotz alledem!* Nr. 83, Januar 2020 – Teil 3**
Gründung der SED – Aufbaupolitik Sowjetische Besatzungszone
Vor welchen Aufgaben stand die KPD
nach dem Ende des zweiten Weltkrieges?
Unter welchen Voraussetzungen wäre die Vereinigung richtig? Grundsätze und Ziele der SED
Aufbaupolitik der Sowjetischen Militäradministration

***Trotz alledem!* Nr. 84, Mai 2020 – Teil 4**
Von der Einheit Deutschlands zur Spaltung
Politik der Sowjetunion gegenüber Deutschland
Kurze Geschichte der Spaltung Deutschlands
Gründung der DDR
Politik der Sowjetunion nach der Spaltung Deutschlands
SED – DDR – Oktober 1949 bis Juni 1952
Nationale Frage

***Trotz alledem!* Nr. 85, September 2020 – Teil 5**
SED – Entwicklung zur Partei neuen Typus?
Was ist die Partei neuen Typus im Marxismus-Leninismus?
Neuausrichtung der SED?
I. Parteikonferenz
III. Parteitag der SED

***Trotz alledem!* Nr. 86, Januar 2021 – Teil 6**
II. Parteikonferenz 1952 –
III. Parteikonferenz 1956
Aufgaben und Ziele
Weg vom Kurs „Beschleunigter Aufbau des Sozialismus“
Neuer Kurs
IV. Parteitag der SED - Ziel Wiedervereinigung
XX. Parteitag der KPdSU ... die Politik der SED

***Trotz alledem!* Nr. 87, Mai 2021 – Teil 7**
Ökonomie SBZ und DDR 1945 – 1949
Ausgangslage 1945 – volkswirtschaftliche Möglichkeiten SBZ
SMAD – Grundstein für antifaschistisch-demokratische Volkswirtschaft
Widerspruch – kapitalistische und volkseigene Wirtschaft
Bodenreform auf dem Lande
1949 Gründung DDR – wirtschaftliche Selbstverwaltung

Thesen
DDR – Anspruch und Wirklichkeit

I. SITUATION IN DER „OST"ZONE – 9. MAI 1945

Ost-Deutschland ist der von der sozialistischen Sowjetunion (SU) befreite Teil Deutschlands. Ein militärisch besiegtes, besetztes, sozio-ökonomisch gesehen monopolkapitalistisch entwickeltes Industrie-Agrarland. Der Osten Deutschlands war der ökonomisch rückständigere, industriell schwächer entwickelte und agrarisch geprägte Teil der ehemaligen imperialistischen Großmacht Deutschland. In der Großindustrie war, wie auch im westlichen Teil Deutschlands, fast alles in der Hand der Monopolkapitalisten, die entweder selber glühende Anhänger der NSDAP gewesen waren oder aber bereitwillig mit den Nazis kooperiert hatten.

Im Agrarsektor war Ostdeutschland Junkerland. Große agrarische Betriebe, Güter und Boden gehörten den Junkern – Großgrundbesitzern und Agrarindustriellen – den Nachkommen des Feudaladels, die kapitalistisch produzierten. Ökonomisch war die gesamte Wirtschaft in der Folge des „verlorenen" Kriegs des deutschen Nazi-Reiches zusammengebrochen.

Der 9. Mai 1945 war die Stunde Null des neu aufzubauenden Deutschlands.

II. NEUANFANG DURCH DIE SMAD

Die **Sowjetisch Besetzte Zone** (SBZ) wurde nach der Kapitulation Deutschlands bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) von der Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) regiert. Die von dieser Administration zugelassenen und geförderten deutschen staatlichen Institutionen, der Aufbau neuer demokratischer Verwaltungen und die Bildung von Selbstverwaltungen, verfügten zwar über eine gewisse Autonomie, aber die SMAD war die höchste Entscheidungsinstanz.

Unter der **Verwaltung der SMAD** wurden in der Ökonomie folgende Schritte unternommen:

In der Industrie: Die **faschistischen Monopolkapitalisten** wurden entschädigungslos enteignet. Ihre Betriebe wurden in verschiedenen Formen vergesellschaftet. (Volkseigene Betriebe; Betriebe, die von der SMAD übernommen und in Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) umgewandelt wurden, um die Produktion für die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung ab zu decken. Sowie die Kosten der Besatzung und der Reparationen zu generieren.) Nur von sehr wenigen Großkapitalist:innen, die nicht offen mit den Nazis kooperierten wurde das Eigentum vorerst nicht angetastet.

In der Landwirtschaft wurde eine **Bodenreform** umgesetzt. Die faschistischen Junker wurden enteignet. Ihr Land wurde zum größten Teil an die Bauern/BäuerInnen verteilt und ging dadurch in ihren **Privatbesitz** über. Damit wurde die Grundlage für die Entwicklung einer breiten Klein/Mittel-Bourgeoisie auf dem Lande geschaffen. Auch von einigen wenigen Groß-Agrarbetriebe deren Besitzer:innen nicht mit den Nazis offen kooperiert hatten, wurden zunächst nicht angetastet.

Im Handel- und Dienstleistungssektor wurden die **Großbanken** enteignet, und das **Außenhandels-Monopol** per Dekret der SMAD verordnet und durchgesetzt. Ansonsten wurde in diesem Wirtschaftsbereich alles beim Alten belassen. Handel und Dienstleistungen waren zum größten Teil fest in der Hand mittlerer und kleiner kapitalistischer Betriebe.

Die **Politik der SMAD** in der Ökonomie konzentrierte sich auf **die Entnazifizierung und Demokratisierung der Wirtschaft**. Von Sozialismus, sozialistischem Aufbau, Kurs auf Sozialismus etc. war bewusst nicht die Rede. Dazu fehlte in diesem Land, dessen Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit bis zum Ende des Kriegs auf der Seite der Nazi-Herrschaft stand, jegliche Grundlage. Unter der SMAD-Administration wurden die Beschlüsse der **Potsdamer Konferenz** konsequent in die Tat umgesetzt. Alle Errungenschaften im

demokratischen und antifaschistischen Aufbau gehen in dem Zeitraum bis zur Gründung der DDR auf das Konto der SMAD. Die **Entnazifizierung** im Ostteil Deutschlands war viel tiefgehender, umfassender und gründlicher als im Westteil. Allerdings wurde sie in der SBZ **zu früh** als beendet erklärt.
De facto wurden zu dieser Zeit im Osten Deutschlands die **ökonomischen** Grundlagen einer **volksdemokratischen Wirtschaft** geschaffen. Volksdemokratisch, weil die alleinige Macht der Bourgeoisie zwar geschlagen, aber die alleinige Machtausübung des Proletariats noch nicht möglich war. Die Rolle der SED und der deutschen Selbstverwaltungsorgane bei den Reformen war die Dekrete der SMAD der Bevölkerung zugänglich zu machen, zu erklären, die Massen für die Umsetzung zu mobilisieren, und im gesellschaftlichen Leben umzusetzen.

III. VEREINIGUNG VON KPD UND SPD SED – Sozialistische Einheitspartei Deutschland – Eine Kommunistische Partei?

Die Politik der **sozialistischen Sowjetunion**, die auch das Potsdamer Abkommen maßgeblich bestimmte, war darauf ausgerichtet alle politischen antifaschistischen, demokratischen, linken und kommunistischen Kräfte in Deutschland zu ermutigen sich zu vereinen und eine starke **revolutionäre, politische Partei**, die die Interessen der Arbeiter:innenklasse und der Werktätigen vertritt zu bilden. Von Anfang an haben die **SMAD und die KPdSU (B)** [1] insbesondere einen Zusammenschluss von **KPD und SPD in einer einheitlichen Arbeiter:innenpartei** befürwortet.
In der SBZ konstituierte sich April **1946** durch die **Vereinigung von KPD und SPD** eine neue demokratische einheitliche ArbeiterInnen-Partei, die **Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, SED** mit dem Fernziel des Sozialismus, allerdings ohne die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Dazu haben sich die beiden Parteien als eigenständige Organisationen aufgelöst, neue Parteistrukturen aufgebaut und Leitungsgremien vorerst paritätisch besetzt.
Programmatisch und **politisch** ist die SED bei ihrer Gründung eine **linke Volkspartei** oder klarer gesagt eine **antifaschistisch-demokratische Frontpartei** von Kommunist:innen, mit sehr vielen nationalistischen Fehlern und von linken Sozialdemokrat:innen in der SBZ. Viele Kommunist:innen in der Partei haben versucht diese Organisation zu einer **wirklich kommunistischen Partei neuen Typus** zu entwickeln, was allerdings nicht gelang. Die SED war **zu keiner Zeit** ihrer Existenz eine kommunistische Partei und hat sich nach und nach zu einer offen revisionistischen Partei entwickelt.
Der Zusammenschluss wurde mit der Niederlage der Arbeiter:innenbewegung bei der Machtübernahme des Nazi-Faschismus begründet:
„Die Arbeiter:innenbewegung war tief gespalten, deswegen hatte der Faschismus gesiegt. Deutschland wurde in Krieg und zum Verderben geführt. Also muss die Einheit der Arbeiter:innenbewegung geschaffen werden, damit das nicht noch einmal passiert!"
So lautete zusammengefasst die Hauptbegründung für die **Einheit in einer Arbeiter:innenpartei**.
Diese Begründung, die dafür herhielt, die sehr schwachen Organisationsstrukturen der KPD aufzulösen übersieht zwei wesentliche Punkte:
1. Die Fragen **warum die deutsche Arbeiter:-innenbewegung**, von wem und wie gespalten und so gegenüber den Angriffen der Nazi-Faschisten geschwächt wurde, werden geflissentlich übergangen. Denn wenn über diese Fragen diskutiert und sie beantwortet worden wären, hätte eine Einheit von SPD und KPD in einer Arbeiter:innen-Partei nicht zustande kommen können.
Fakt ist, dass überall in der Welt, so auch in Deutschland, die rechten sozialdemokratischen Parteiführungen verantwortlich dafür waren, alle Versuche der

Parteienlandschaft in SBZ /DDR

KPD und SPD: Zusammenschluss 1946 zur **SED**
Christlich Demokratische Union Deutschlands **(CDU)**
Liberal Demokratische Partei (**LDPD**)
National Demokratische Partei Deutschlands (**NDPD**)
Demokratische Bauernpartei Deutschlands (**DBD)**
Seit 1948 sind die obengenannten Parteien und die Massenorganisationen Freier Deutscher Gewerkschaftsbund **(FDGB)**, der Demokratische Frauenbund Deutschlands (**DFBD**) und die Freie Deutsche Jugend (**FDJ**) bei den Wahlen unter dem Namen „**Der Demokratische Block der Parteien und Massenorganisationen**" mit einer einheitlichen Block-Liste angetreten. [1] Die „Block- Parteien" bekennen sich zum Sozialismus, zum sozialistischen Aufbau und erkennen die Führung der SED an! Allerdings einen Sozialismus ohne Diktatur des Proletariats! In einem antifaschistisch-demokratischen, friedliebenden Staat, in dem die bürgerlichen Parteien an der Macht mitbeteiligt sind!

1 siehe dazu DDR Handbuch, S. 93-161, Staatsverlag der DDR, 1962

1 Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)

Schaffung einer antifaschistischen Front zu torpedieren.

2. Die **Einheit** der Arbeiter:innenbewegung kann nicht dadurch geschaffen werden, dass verschiedene Arbeiter:innenparteien mit unterschiedlichen Programmen, sich auf der Basis eines gemeinsamen **Minimalprogrammes** vereinheitlichen. Der einzig gangbare Weg für die verschiedenen Arbeiter:innenparteien, mit unterschiedlichen Programmen liegt im Zusammenschluss für eine Aktionseinheit, bzw. eine antifaschistisch-demokratische Front, in der jede Partei weiterhin als unabhängige Organisation weiter existiert und agiert.

Die Einheit der Kommunistischen Partei und der sozialdemokratischen Partei, in einer gemeinsamen Partei in Ostdeutschland, hat letztendlich die **Trennungslinien** zwischen dem **Kommunismus** und der **Sozialdemokratie** verwässert.

Wenn wir nun nach siebzig Jahren zurückblicken, mit dem Wissen um die weitere Entwicklung, können wir feststellen, dass die **Auflösung der KPD** in der SED **falsch** war, dass eine **Aktionseinheit mit der SPD**, wie sie mit den anderen „Blockparteien" existierte, für die Gewinnung des Proletariats für den Kommunismus und die Errichtung der Diktatur des Proletariats **richtig** gewesen wäre.

Unter den gegebenen Bedingungen der sowjetischen Besatzung war die **Machtbeteiligung der KPD** auf jeden Fall gesichert. Insofern wäre eine solche Taktik durchaus möglich gewesen.

Die KPD ist nicht stärker geworden durch die Auflösung in der SED. Die Stärkung der SED ist nicht automatisch Stärkung der KPD! Aber auch, wenn die KPD sich nicht in der SED aufgelöst hätte, wäre das keine Gewähr vor der späteren revisionistischen Entwicklung und Entartung gewesen. Die **KPD** selbst hatte 1946 vor der Gründung der SED **schwere politische Fehler** vor allem hinsichtlich der nationalen Frage.

IV. GRÜNDUNG DER DDR

Mit der Gründung der DDR hat die **SMAD** die **Regierungsgeschäfte der SED-Regierung** übergeben.

Da die Großbourgeoisie und das Junkertum zum größten Teil entmachtet und enteignet, ihr ehemaliges Eigentum in volkseigene Betriebe sowie mittlere und kleine kapitalistische Betriebe umgewandelt worden war; und da die Arbeiter:innen mit, ja sogar führend, an der politischen Macht beteiligt waren, existierten zu Zeit der Gründung der DDR 1949 **wichtige Vorbedingungen** für die Entwicklung einer **volksdemokratischen Ökonomie** und mittelfristig für einen **Übergang** zum Aufbau einer **sozialistischen Ökonomie**.

Unerlässliche Voraussetzung für diesen Übergang ist die Diktatur des Proletariats**.**

Unter der SED-Herrschaft wurde bis **Juni 1952** in der **Ökonomie Kurs auf Verstärkung der volksdemokratischen Grundlagen** genommen. Vom Sozialismus und vom sozialistischen Aufbau etc. war überhaupt noch keine Rede. Diese Politik entsprach der tatsächlichen Lage und war richtig.

Zu dieser Zeit wurde die **Landreform** in Richtung **vorsichtiger Kollektivierung** erst in niedrigster Form der Zusammenarbeit weitergeführt.

Die Ökonomie kurz vor der Verkündung eines Kurswechsels im Juni 1952 war dem Wesen nach nicht anders als zur Zeit der Gründung der DDR. Im Juni 1952 wird in der **II. Parteikonferenz der SED** auf einmal ein neuer Kurs, der **„Beginn des Aufbaus des Sozialismus in der DDR"** aus dem Hut gezaubert und verkündet.

V. NEUER KURS ZUM AUFBAU DES SOZIALISMUS IN DER DDR

Zur Zeit der Einführung dieses neuen Kurses waren weder die ökonomischen Grundlagen geschaffen, noch im Bewusstsein der Arbeiter:innenklasse und der Werktätigen wesentliche Veränderungen, im Vergleich zu den vorhergehenden drei Jahren SED-Politik, erreicht worden.

1952 existierte in der DDR eine **Mischökonomie.**

In der Industrie:

* „**Volkseigene Betriebe**" waren entweder **Staats- oder Landesbetriebe**. Diese wurden fälschlicherweise „der sozialistische Sektor" genannt. Denn zu dieser Zeit existierte in der DDR auf der **politischen Ebene keine Diktatur des Proletariats**, sondern eine **volksdemokratische Herrschaft**. Die politische Macht hat die Arbeiter:innenklasse **mit Teilen der Bourgeoisie** geteilt. Und diese Herrschaft wurde zum größten Teil nicht durch den Klassenkampf des deutschen Proletariats errungen, sondern ihm von der Roten Armee der Sowjetunion und durch die SMAD-Herrschaft in den Schoss gelegt. Unter diesen Bedingungen das Staats- und Landeseigentum sozialistisch zu nennen ist falsch. Denn das war in der Tat nicht der sozialistische, sondern der volksdemokratische Sektor in der Industrie der DDR. [2, 3]

2 Angaben hierzu siehe TA 87, S. 39 rechte Spalte, letzter Absatz

3 Hedwig Richter, „Die DDR", UTB Profile, Schöningh, 2009, Angaben: „10.000 Unternehmen, fast 40% der Industrie Produktion bis 18948 ohne Entschädigung in Staatsbesitz überführt.", S. 15;

* **Privatkapitalistisch-Staatliche Kooperationsbetriebe.** Diese werden auch dem Sozialistischen Sektor zugeschlagen. In Wirklichkeit sind diese Betriebe klassische staatskapitalistische Betriebe.
* **Privatkapitalistische Betriebe:** Das sind reine kapitalistische Betriebe, von denen es in der DDR sehr viele gab.

In der Landwirtschaft:
Im Gegensatz zu der Industrie existierten in der DDR in der Landwirtschaft 1952 fast keine „volkseigenen" Staatsbetriebe. Eine Kollektivierung wurde gerade erst begonnen. **Kollektive Betriebe** (LPG – Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften) entstanden, sie waren meistens nicht mehr als eine Zusammenarbeitsform von Privatbetrieben. Diese wurden zum „sozialistischen Sektor" in der Landwirtschaft deklariert. Was eindeutig falsch ist. Herbst 1945, 35% des Bodens wurde ohne Entschädigung enteignet. Das hat mit Kollektivierung nichts zu tun, weil das Enteignete verteilt wurde. [4]
Den Großteil der Landwirtschaftlichen Betriebe machen **Mittlere und Kleine Bauernwirtschaften** aus. Das sind rein privatkapitalistische Betriebe im Agrarsektor.

Im Handel und Handwerk:
Die staatliche **Handelsorganisation**, (HO) die einen Teil des Einzelhandels tätigt. Der **Außenhandel** ist vollständig **monopolisiert** in Staatshand. Ein Teil der Privatbanken sind enteignet und verstaatlicht.
Ansonsten existieren tausende **Private Handelsbetriebe,** die einen Großteil des Einzelhandels in der DDR durchführen.
Das **Handwerk** ist fest **in privater Hand.** Es gibt eine beginnende Bewegung zur Bildung der Kooperativen in Form einfacher Zusammenarbeit.
Was das **Bewusstsein des Proletariats und der werktätigen Bevölkerung** betrifft, wurden sie in den Jahren vor Juni 1952 nicht im Geiste der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats erzogen und mobilisiert.
Die Notwendigkeit von der **Volksdemokratie zur Diktatur des Proletariats** überzugehen wurde von der SED nicht propagiert. Im Mittelpunkt der Erziehung der Massen stand nicht Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, sondern Kampf für die Einheit der patriotischen Deutschen gegen die Verräter der Nation in Bonn! Die „nationale Frage" stand vor der Klassenfrage.

Es wurde so im **Juni 1952** der Übergang zum Beginn des **Sozialistischen Aufbaus** deklariert, ohne dass nicht einmal in der Partei - geschweige mit dem Volk - darüber breit diskutiert wurde. Die Begründung der Konferenz lautete: *„Die politischen und die ökonomischen Bedingungen sowie das Bewusstsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind soweit entwickelt, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der DDR geworden ist."* Diese Einschätzung stimmt mit der Realität der DDR Juni 1952 nicht überein. Es ist eine **komplette Fehleinschätzung**, wenn nicht, ein sich bewusst in die Tasche-Lügen.

VI. VERSUCH DER UMSETZUNG UND ERNEUTER KURSWECHSEL 1953

Ab der II. Parteikonferenz hat die SED versucht den beschlossenen Kurs in die Tat umzusetzen. Sie hat versucht den Sozialismus durch Dekrete aufzubauen.

Jörg Rössler, „Geschichte der DDR", S. 20 PapyRossa, 2012, Angaben: „1948 entfielen 39% der Bruttoproduktion auf volkseigene Betriebe, der gleiche Anteil auf private Mittelstandsunternehmen und 22% auf SAG-Betriebe."
4 Hedwig Richter, „Die DDR", S. 15

Ein **Fünf Jahresplan**, der erste der DDR, wurde erstellt. Es wurden hohe Produktionsziele festgesetzt. Die Produktion zu steigern bedeutete für die SED den Sozialismus aufzubauen.
Ein Großteil der Arbeiter:innen war nicht bereit diesen Weg, der von ihnen mehr Arbeit ohne bessere Arbeitsbedingungen, Lohnerhöhung etc. forderte, mitzugehen. Die Unzufriedenheit wuchs und entlud sich am **16. – 17. Juni**, auch durch Provokationen und Wühltätigkeit der imperialistischen Mächte mitvorbereitet, als ein **realer Arbeiter:innenaufstand**.
1953 kam die **neue Kursänderung**. De facto wurde der privatkapitalistischen Wirtschaft mehr Raum und Möglichkeiten gegeben sich weiter zu entwickeln.

VII. GRÜNDUNG DER DDR ALS TEILSTAAT

Reaktion auf die Gründung des Teilstaates BRD in den westlichen besetzten Zonen:
Die Gründung der DDR als deutscher „volksdemokratischer oder gar sozialistischer" **Teilstaat** im Gebiet der SBZ war weder von der damals sozialistischen Besatzermacht Sowjetunion noch von den deutschen Kommunist:innen gewollt und oder gar geplant.
Der Plan der Sowjetunion und der deutschen Kommunist:innen war die Umsetzung der Beschlüsse **der Potsdamer Konferenz**. Ihre Perspektive war ein **„geeintes, deindustrialisiertes,** (vor allem keine Kriegsindustrie) eher **agrarisches, friedliebendes, demokratisches Deutschland"** unter der Kontrolle der Siegermächte, das dann später in die Unabhängigkeit entlassen wird.
Die ersten Handlungen der SMAD-Macht sind praktisch auf die Umsetzung dieses Plans in der SBZ ausgerichtet. Die Enteignungen zu dieser Zeit haben nichts mit einem Plan des Aufbaus des Sozialismus in der SBZ zu tun, sondern das sind Maßnahmen zur Zerschlagung der ökonomischen Grundlagen der Nazi-Herrschaft.
Sehr schnell nach dem Ende des II. Weltkriegs zerbrach das Bündnis der Sowjetunion mit den drei westlichen alliierten imperialistischen Mächten USA, England, Frankreich. Die Westmächte schlugen den Kurs des **„Kalten Kriegs"** gegen die sozialistische Sowjetunion ein. Trotzdem hat die SU bis zum Tode Stalins an dem Ziel eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands festgehalten.
Die **drei Besatzermächte** des westlichen Deutschlands, vor allem die USA, haben sich sehr früh von den Beschlüssen des Potsdamer Konferenz verabschiedet. Sie bauten Westdeutschland als eine **imperialistische Militärbasis** zum Angriff auf die SU aus. Dies ging ohne das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus nicht. Das wurde in Kauf genommen. Der **Hauptfeind war der Kommunismus**, die **sozialistische Sowjetunion**, der **Antikommunismus** die treibende Ideologie.
Die sogenannte Währungsreform und die nachfolgende Gründung der BRD zeigten klar, dass die westlichen Besatzermächte an der Vereinheitlichung Deutschlands auf einer demokratischen Grundlage nicht interessiert waren.
Die Gründung der DDR als ein Teilstaat auf dem Gebiet der SBZ war eine Reaktion auf diese Entwicklung. Die Gründung der DDR bedeutete nicht Verzicht auf die Politik der Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage. **Das Ziel der DDR bei der Staatsgründung war die Auflösung der beiden Teilstaaten in einem einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschland**.
Die DDR hielt an dem Ziel des einheitlichen deutschen demokratischen Staates fest. Bis April 1952, als die Westalliierten den von der SU vorgelegten Plan zur Einheit Deutschlands strikt ablehnten. Daraufhin haben die SU und die DDR-Kurs auf die **Stärkung des östlichen Teilstaates** genommen.
Das war auch der Hintergrund des Beschlusses der II. Konferenz der SED im Juni 1952 zum Aufbau des Sozialismus in der DDR überzugehen. Dieser Teilstaat war aber im Juni 1952 **vor allem ideologisch-politisch** noch immer **nicht reif** für den Übergang zum Sozialismus.

VIII. ENDE DER DDR – EINVERLEIBUNG DURCH DEN WESTDEUTSCHEN IMPERALISMUS

Die DDR war bei ihrer Gründung, vor allem dank der noch sozialistischen Sowjetunion, die bei ihrer Gründung Pate stand, das **bessere, antifaschistische, demokratische und antiimperialistische Deutschland**. Sie wurde **als volksdemokratischer Staat** gegründet und hatte das **Potenzial** sich zu einem sozialistischen Deutschland zu entwickeln.
Die Voraussetzungen dafür waren
a) die Entwicklung der SED zu einer marxistisch-leninistischen, proletarischen Partei
b) der Ausschluss der Teile der deutschen Bourgeoisie von der Macht des volksdemokratischen Staats DDR, die noch daran beteiligt waren, und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.
Das hätte die völlige Enteignung der gesamten Bourgeoisie und Großgrundbesitzer bedeutet, sowie die Kollektivierung, Verstaatlichung ihres Besitzes. Um das zu erreichen musste das Proletariat im Geiste des Klas-

senkampfes gegen die Bourgeoisie erzogen werden. All das wurde nicht gemacht.

Gleichzeitig war **bis 1956** die Programmatik der SED und der DDR-Regierung darauf ausgerichtet, die „deutsche Nation" zu vereinen. Als eine **zentrale, klassenübergreifende Aufgabe** wurde die Vereinigung nationalistisch unterfüttert propagiert.

Parallel zu der Stärkung der revisionistischen Kräfte nach dem Tode Stalins in der KPdSU, die mit ihrer vollständigen Machtübernahme auf dem 20. Parteitag 1956 ihren Höhepunkt erreichte, wurde auch die SED zu einer erzrevisionistischen Partei. Die Möglichkeit ihrer Entwicklung zu einer marxistisch-leninistischen Partei war 1956 völlig aus der Welt.

Die DDR wurde spätestens seit 1956 nach und nach zu einer ökonomisch staatskapitalistischen Macht, politisch zu einem sozialfaschistischen Staat.

Thesen verabschiedet auf dem 5. Kongress der BI

Ohne Diktatur des Proletariats kein Sozialismus!

Kern der Marxistischen Theorie vom Klassenkampf und der Erkämpfung des Kommunismus ist die Frage der **Diktatur des Proletariats**. Die Volksdemokratie ist **keine „Form"** der Diktatur des Proletariats. In der Volksdemokratie sind Proletariat und Bourgeoisie an der politischen Macht mitbeteiligt

Die Staatsform der „modernen" kapitalistischen Gesellschaft ist der Nationalstaat. Der bürgerliche Staat ist die Diktatur der Bourgeoisie. Diese behauptet sie sei demokratisch und würde alle Schichten und Klassen an der Macht beteiligen. Das ist Lüge. *„Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat."* (Karl Marx, „Manifest der Kommunistischen Partei", MEW 4, S. 463)

„Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt." (ebenda, S. 47) *„Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl. Das Proletariat, die unterste Schichte der jetzigen Gesellschaft, kann sich nicht erheben, nicht auflichten, ohne daß der ganze Überbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird.*

Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach dem Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden." (ebenda, S. 472-473)

„Die kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen; kein Wunder, daß in ihrem Entwicklungsgange am radikalsten mit den überlieferten Ideen gebrochen wird. Doch lassen wir die Einwürfe der Bourgeoisie gegen den Kommunismus. Wir sahen schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist. Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren. Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermittelst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind." (ebenda, S. 481)

Um vom Sozialismus, ja von sozialistischen Maßnahmen etc. reden zu können ist die ungeteilte Macht des Proletariats, die Diktatur des Proletariats die Voraussetzung. Nur unter einer **sozialistischen politischen Macht**, können sozialistische Maßnahmen getroffen werden, kann mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen werden, etc. Es gibt die sehr verbreitete Meinung unter den Linken, dass alle Formen des Eigentums, außer des privaten Eigentums an Produktionsmitteln, wie Kollektiveigentum einer Gruppe, oder Staatseigentum per se sozialistisch sind. Diese Meinung ist falsch und revisionistisch.

Staatseigentum oder Kollektiveigentum (Gruppeneigentum) in einem Staat, in dem, die Bourgeoisie an der Macht ist, oder an der Macht mitbeteiligt ist, ist nicht sozialistisch. Was die Formen des Gemeineigentums zu Formen des sozialistischen Eigentums macht ist, der proletarische Staat, das Vorhandensein der Diktatur des Proletariats.

FABRIK-ZEITUNG KLASSE GEGEN KLASSE
GEGEN AUSBEUTUNG FÜR SOZIALISMUS!
Ausgabe Nr. 24 zum 1. Mai 2020

Aktuelle Frage am 1. Mai
Untergang in der Barbarei?...

Spannaßnahmen in der EU haben Millionen Menschen in Armut und soziales Elend gestürzt und die Sozial- und Gesundheitssysteme auf dem Kontinent zerstört.

Währenddessen hat sich an der Spitze der Gesellschaft eine kleine Gruppe obszön bereichert. In Deutschland haben die 1.000 reichsten Einzelpersonen und 16 wohlhabendsten Großfamilien fast 1,2 Billionen Euro, ungefähr die 79-fache des gesamten Gesundheitshaushalts.

Horrorzustände in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen – menschenunwürdige Zustände. Allen gehauchten Entsetzensschreien zum Trotz: Zwei-Klassen-Medizin und Zwei-Klassen-Pflege waren auch vor Corona Realität.

Corona mit all den letzten Recht Sozialisten-Massen die endgültig heuriter und bringt die brutale Realität der „Gesundheitssentsorgung" ans Tageslicht, in der EU und auch hier im drittreichen Land der Greise.

Unterbesatzte und viel zu wenige Sanitätstenser, Pflegerinnen, Ärztinnen versuchen rund um die Uhr und mit mangelhaften Schutzausrüstung, Corona zu bekämpfen. Nicht zu vergessen all die anderen medizinischen Notwendigkeiten, die mit Einzug des Virus nicht einfach weggefallen sind.

Und dann ... kommt Herr erwärmender Applaus von den Balkonen ... Hmmm! Das reicht nicht!!!

Schluss damit, fordert ein junger Pfleger auf twitter: *„Wir Pflegekräfte brauchen keine Klatschherz. Wir wollen, dass unser Herz Schalkreise und vernee Wurst! Wir brauchen 4000 Euro mehr, mehr Personal, Gefahrenzulagen und ein emprovisatives Gesundheitssystem! Was meint Herr Heil (oder sein neuer Arbeitsminister)?"*

Kampf für Gesundheit ist Klassenkampf

Das Bürgertum, die herrschende Klasse kann sich auch mit Corona medizinische Behandlung in Einzelzimmern auf Privatstationen in Krankenhäusern wie auch in Privatkliniken mit persönlicher Pflegekraft leisten. Wir müssen damit rechnen, dass die Pandemie uns mit aller Härte und allen Konsequenzen immer stärker trifft.

Alexander Uhlmann, Ex-Deutschlandchef von Goldman Sachs, im Interview mit dem Handelsblatt am 24.03.2020:

Es ist richtig, dass zehn Prozent der – wirklich bedeutenden – Bevölkerung gerettet, 90 Prozent samt der gesamten Volkswirtschaft aber extrem behindert werden – dies mit der enter Unsicherheit dauerhaften Konsequenz, dass die Basis für einen allgemeinen Wohlstand massiv und nachhaltig zerstört?

Der drohende Tod zahlloser Älterer und chronisch Kranker ist für die Kapitalisten eben noch lange kein Argument, das Betrieb auf Pause zu stellen.

Schon jetzt werden Menschen wegen mangelnder medizinischer Versorgung dem Tod überlassen. Die Europäische Zentralbank, Wirtschaftsführer und industriebarone sind schon mittendrin in der Abwägung bei der Menschen-Auswehl nach kapitalwichtigen Verwertungslogik. Das erleben wir bereits in Italien, in Frankreich, in den USA und auch hierzulande.

Wer darf leben, wer muss sterben?

Das wird in diesem System tödlicher nicht in unserem Interesse entschieden!

www.trotzalledem.bplaced.net
instzalledem1@gmx.de
V.i.S.d.P.: K. Dörre, Kölner Str. 27, 50226 Frechen

FABRIK-ZEITUNG KLASSE GEGEN KLASSE
GEGEN AUSBEUTUNG FÜR SOZIALISMUS!
Ausgabe Nr. 27 – September 2021

BUNDESTAGSWAHLEN

HABEN WIR EINE WAHL?

Kolleginnen! Alle vier Jahre wieder stehen wir als „Wahlvolk" im Fokus der Wahlkampagnen zahlreicher Parteien. Wir werden mit TV-Spots, Werbeplakaten, Wahlprogrammen, Social-Media-Kampagnen regelrechtbombardiert. Wir fragen uns: Gibt es 2021 wirklich was zu wählen?

HERRSCHENDE ZUSTÄNDE

Bankrott in der Klimakrise...

Bilder von Feuerwänden, die überall auf der Welt wegen Waldgebiete verwüsten. Bilder verbrannter Dürre und zugleich Bilder extremer Dürre. Die irrsinnigen Bilder der Zerstörung ganzer Dörfer, Gemeinden, Städte durch Hochwasser fluten. Sich jedes Jahr steigernde Extremwetter-Lagen rund um den Globus: Tornados, die alles hinwegfegen was sie auf ihrem Weg treffen. Schmelzende Polkappen! All dies zeigt brutal, dass die Klimaveränderung eine Tatsache ist. Eine Tatsache die nicht mehr geleugnet oder kleingeredet werden kann.

Diese Klimaveränderung geht auf die Extreme schnelle Entwicklerwärmung seit Beginn der Industrialisierung vor allem in den letzten hundert Jahren zurück. Sie ist der kapitalistischen Produktionsweise geschuldet. Kapitalismus feiert maximale Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und der natürlichen Ressourcen.

Bei der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen ist ein Punkt erreicht worden, an dem die Grundlagen des Lebens auf der Erde unwiderruflich vernichtet werden, wenn nicht eine tiefgehende, radikale Änderung der Politik stattfindet. Das Gleichgewichte in der Natur ist zerrüttet durch das Kapitalistische Wirtschaften und durch die kapitalistische Lebensweise, durch den Kapitalismus.

Der aktuelle Wahlkampfüberblick sagt klar aus, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu halten, verspricht zur Zeit der Industrialisierung, ist nicht mehr möglich. Und mit einem „weiter so" werden wir binnen der kommenden Jahrzehnte eine Welt haben, die keine grundlagen von Millarden von Menschen verspricht. Das durch den Kapitalismus bedingte fortschreitende Artensterben in der Natur wird nie gekannte Ausmaße erreichen. Das ist die Realität der kapitalistischen Welt.

Zu den apokalyptischen Bildern der vom Kapitalismus produzierten „Naturkatastrophen" gesellen sich Bilder von Politikerinnen die sich dann in „Katastrophengebieten" zeigen. Sich krokodilstränenreich „betroffen" zur Schau stellen. Schnelle Hilfe versprechen. Auf einmal sind sie alle „Grüne" und für die Umwelt. Aber natürlich im Rahmen des Kapitalismus! Was für ein Hohn!

Die Alternative in der Umweltfrage, die eine Überlebensfrage der Menschheit geworden ist, heißt: Entweder Kapitalismus oder Rettung der Umwelt! Wenn der Kapitalismus nicht zerschlagen wird, werden die Lebensgrundlagen zerstört!

PROFITE PFLEGEN KEINE MENSCHEN!

Bankrott in der Gesundheitskrise...

Überall auf der Welt wütet seit März 2020 die Corona-Pandemie. Der Kollaps im Gesundheitssystem in allen Ländern war zu Beginn der Pandemie der Normalität! Die Antwort der Herrschenden und der Regierungen in allen Ländern auf die Pandemie war mehr in Staatsjagd! Aber der Rest bleibt seit 2014 Gleich und 10.000 Jobs weg. Sau Gangs wird dicht gemacht! Na, dann können sie uns ja nicht auch noch schließen! Schau fallen wir nicht!

Es geht anders! **Solidarität gegen Kaukrumst**

Darauf müssen wir aufbauen! Keine Fabrik muss geschlossen werden, wenn wir mal weg von der Rugtat! Legal darüber. Für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich kämpfen. Profite schrumpfen dann! Ein Anfang! Insgesamt ein Anfang!

Betriebsräte/Betriebsrätinnen raus aus der Arbeitspitzel! Als echter Co-Manager kümmert sich der **Gesamtbetriebsratsvorsitzende** von Europa-Ford Martin Hennig um die Zukunft der Ford-Profite. Er bekommt dafür 200.000 Euro im Jahr. Ford will Fabrik schließen, dann Ford eine schließen erhöhte Stundenzahl *„Es wurden viel zu viele Berichte geschrieben oder Meetings abgehalten, die gar nicht nötig sind."*

Dem **Betriebsratsboss Kalscheitag** nennt Hennig *„Redeeigen"*, *„Wir müssen uns anders aufstellen für die aktuelle Situation."* Mit dem Argument, dass Personalkosten nur 12 Prozent bei der Herstellung eines Autos ausmachen, wirbt er für **Lohnverzicht bei den Zulieferern.** *„Es geht nur mit Mitarbeitenden. Entweder wir schaffen die Wende und werden profitabel, oder wir werden schließen."* Ach ja, richtig! Die Belegschaft wurde also unternehmen, um die Firma zu verteidigen.

Mit solchen Ankündigungen wurden nicht mal bei Ford in Köln in der Vergangenheit Arbeitsplatzvernichtung, und Lohnraub schleichend gerechtfertigt.

Ford Köln – Jetzt erst recht! Aufstehen – Solidarisieren! Gegen Massenentlassungen KÄMPFEN und STREIKEN!

www.trotzalledem.bplaced.net
instzalledem1@gmx.de
V.i.S.d.P.: K. Dörre, Kölner Str. 27, 50226 Frechen

FABRIK-ZEITUNG KLASSE GEGEN KLASSE
GEGEN AUSBEUTUNG FÜR SOZIALISMUS!
Ausgabe Nr. 18 März 2019

Krisenbewältigung im Interesse der Autobosse: Bei Ford Europa sollen mehr als 20.000 Arbeitsplätze vernichtet werden, damit die Profite stabil bleiben. 1.000 Entlassungen in Köln, Saarlouis, Aachen!

Wir Arbeiterinnen setzen mit Chuis auf Nullzinsmentanto-Politik mürbe gemacht. Wir führen von Zwangsversteigerungen. Betroffen sind Gerstebrewerk, Yk-Halle, Motorenwerk, Die Yk-Halle ist kaufwolf, Lethar-Gießerei, Kunststoffwerk und Gießerei in Köln, Saarlouis, Aachen!

Wir müssen uns wehren! Keine Fabrik muss geschlossen werden, wenn wir mal weg von der Rugtat! Legal darüber. Für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich kämpfen. Profite schrumpfen dann! Ein Anfang! Insgesamt ein Anfang!

Betriebsratsboss Kalscheitag nennt Hennig *„Redeeigen"*, *„Wir müssen uns anders aufstellen für die aktuelle Situation."* Mit dem Argument, dass Personalkosten nur 12 Prozent bei der Herstellung eines Autos ausmachen, wirbt er für **Lohnverzicht bei den Zulieferern.** *„Es geht nur mit Mitarbeitenden. Entweder wir schaffen die Wende und werden profitabel, oder wir werden schließen."* Ach ja, richtig! Die Belegschaft wurde also unternehmen, um die Firma zu verteidigen.

Mit solchen Ankündigungen wurden nicht mal bei Ford in Köln in der Vergangenheit Arbeitsplatzvernichtung, und Lohnraub schleichend gerechtfertigt.

Ford Köln – Jetzt erst recht! Aufstehen – Solidarisieren! Gegen Massenentlassungen KÄMPFEN und STREIKEN!

FABRIK-ZEITUNG KLASSE GEGEN KLAS
GEGEN AUSBEUTUNG FÜR SOZIALISM
Ausgabe Nr. 14 Januar

Zur laufenden Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie

Tarifstreit wird Klassenkampf ...
... wenn wir unsere Sache
in die eigenen Hände nehmen

Seit 15/16. November läuft die Tarifrunde für 3,9 Millionen Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie. Die Lohnforderung der IG Metall von stolzen 4 % mit 1. Januar 2018 bei einer Laufzeit von 12 Monaten grenzt angesichts sprudelnder Gewinne in der größten deutschen Industriebranche an Unverschämtheit – Die gibt's auch explizit. Umso mehr in den Belegschaften. Aber Umnut allein reicht nicht!

Wandeln wir Unnut in Wut und Widerstand! Wenn wir in Zukunft nicht unsere über Jahrzehnte erkämpften Errungenschaften nach und nach profitgierigen Kapitalisten in den Rachen werfen wollen, müssen wir endlich zusammen kämpfen!

Aktiver mehr Geld fordert die IG Metall die Möglichkeit, befristet die Arbeitszeit auf 28 Stunden pro Woche reduzieren zu können. Allerdings nur individuell und nur für Schichtarbeiterinnen, gesundheitlich Belastete, Kolleginnen mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen soll der Lohnausgleich teilweise ausgeglichen werden.

Für uns Arbeiterinnen ist diese zweite zentrale Forderung der IG Metall zur flexiblen Arbeitszeitverkürzung absolutes Neuland. Unsere IG Metall bereitet nämlich so die soziale Absenkung bevorstehender Arbeitsplatzvernichtung vor. Industrie 4.0 inklusive Digitalisierung der Arbeit und neuen Mobilitätskonzepten wird die Automobilindustrie komplett durchkrempeln müssen. Mit brutalen Auswirkungen auf unsere Arbeitsbedingungen.

Zum Beispiel besucht die Produktion von Elektromotoren bedeutend weniger Arbeitszeiten. Allein beim größten deutschen Hersteller, VW, so spiegel Online,

FABRIK-ZEITUNG KLASSE GEGEN KLASSE
GEGEN AUSBEUTUNG FÜR SOZIALISMUS!
FRAUENKAMPF IST KLASSENKAMPF
Ausgabe Nr. 17 zum 8. März 2019

Arbeiterinnen und werktätige Frauen
8. März – unser Internationaler Kampftag

Seit 1911 mobilisiert werktätige Frauen am 8. März weltweit die Straßen. Auf Initiative von Clara Zetkin und der 2. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz wurde dieser **Protestag** erkämpft.

Dieses Datum erinnert an die aufständischen Frauen der russischen Revolution. Am 8. März streikten 1917 in Sankt Petersburg Textilarbeiterinnen, Arbeiter- und Soldatenfrauen sowie Bäuerinnen. Den war der Startschuss für die Februarrevolution.

Unsere Parolen auf allen Kontinenten: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit", „Kunst der Männerherrschaft" und „Schluss mit jeder sozialistischen Barbarei gegen Schaft".

Frauenkampf ist Klassenkampf! Clara Zetkin stellte 1914 im Januar unsere Ziele deutlich auf:

„Wir müssen Sorge tragen, daß der Feuerstrog nicht nur eine glänzende Demonstration für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, sondern darüber hinaus der Auftakt einer Rebellion gegen den Kapitalismus und die wiederschaftlichen Arbeitsverhältnisse auf den politischen Machtkampf der besitzenden und ihrer willfährigen Dienerschaft, der Regierung ist."

Das ist auch heute aktuell. Innerhalb des herrschenden imperialistischen Systems sind weltweit weitestgehende Frauen am meisten ausgebeutet und unterdrückt. Eines der darnels wichtigsten Ziele – das Wahlrecht für Frauen – wurde in Deutschland durch die Novemberrevolution durchgesetzt.

Trotzdem sind wir noch lange nicht am Ziel. Viele zum Teil über 100 Jahre alte demokratische Forderungen sind noch immer offen.

Zum Beispiel das Recht auf legale Abtreibung, das Recht auf kostenfreie Universitätsbesuch. Jede dritte Frau muss schlimmste Gewalterfahrungen machen, noch bevor sie dreißig Jahre alt ist.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Aber nicht für Frauen: Im ach so demokratischen Deutschland ist die „Lücke" zu „männlichen" Einkommen wie Schmidt immer noch bei 22 Prozent.

Von Regierungen, egal welcher Richtung, von kapitalistischen Herren und Damen, haben wir nichts zu erwarten! Tatsächliche Gleichberechtigung können wir nur selbst erreicht Schluss mit Nullen versteilen und guten Wünschen, die es nächsten Tag sowieso wieder dem Alltags-Sexismus weichen.

Wir wollen Gleichberechtigung erst und für alle Frauen. Aber das nicht uns nicht!

Die Ursache von Frauenunterdrückung und Ausbeutung liegt in einem kapitalistischen Verhältnis der Frauen in den Besitz- und in dem Produktionsverhältnissen. Die lassen sich nicht reformieren.

Und deswegen haben wir mit der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Frauenbewegung nichts gemeinsam. Klar streiten wir mit ihnen gemeinsam für Verbesserungen, gegen Benachteiligung von Frauen.

Dabei bleiben wir aber nicht stehen, wir gehen weiter! Wir wollen den Kapitalismus abschaffen! Wenn wir heute auf die Straße gehen, dann gehen wir dafür, für unsere Rechte auf die Straße.

Grundsätzlich nutzen sich unsere Anliegen!

Wir kämpfen für den Sozialismus und so für die Befreiung vom System der Geschlechts- und Lohnsklaverei! Wenn der revolutionäre Strom den Protestwiderstand, des sich internationalisiert, solidarisch und gleichberechtigt verbindet, werden wir eine neue Welt gewinnen.

Frauenbefreiung fordert Revolution!
Alles andere ist Illusion!

FABRIK-ZEITUNG KLASSE GEGEN KLASSE
GEGEN AUSBEUTUNG FÜR SOZIALISMUS!
Ausgabe Nr. 19 zum 1. Mai 2019

Wann, wenn nicht jetzt!
Endlich selber kämpfen!

Unsere Zukunft in die eigenen Hände nehmen!
Nicht länger auf DGB-Bonzen & Betriebsratsfürsten vertrauen!

Alle Jahre wieder! Es sorgen die DGB-Gewerkschaften auch 2019 dafür, dass unser Recht weiß gegeißelte Lohnopfer unseres Kampfkraft betäubt wird. Dieses Jahr: Europa – jetzt aber richtig. Auf die Straße für ein solidarisches und gerechtes Europa!

Gerechtigkeit fordert Revolution
Alles andere ist Illusion

HERAUS auf die Straßen!

Bla bla blablablaaa
Jetzt aber RICHTIG
Europa

Zum revolutionären 1. Mai 2019

Organisieren! Streiken! Schulter an Schulter mit für unsere Interessen Betriebs-, Stadtteil – und Kampfkollegen!

Gegen krankmachenden Arbeitsdruck – Für Arbeitszeitverkürzung!

Gegen prekäre Arbeitsverhältnisse & niedrige Frauenlöhne – Für gleichen Lohn für gleiche Arbeit!

Gegen kapitalistisch-imperialistisches Aufpressen unserer Arbeitskraft – Nur mit dem schönen Leben!

Gegen Kriegspolitik, Militarisierung, Bundeswehreinsätze & Krieg – Für Frieden auf allen Kontinenten!

Gegen Verarmung, unsere riesigen Löhne – Produzieren und Leben im Einklang mit der Natur!

Gegen Islamophobie & Antisemitismus, alle Formen des Rassismus – Für Geschwisterlichkeit aller Werktätigen!

Gegen patriarchale Gewalt – Für Frauenbefreiung!

Gegen Abschottung, Abschiebung, Lagerwesen – Für offene Grenzen & Weltbürgerrecht für alle!

Gegen Kapitalismus & Imperialismus – Für eine sozialistische Welt!

Unsere Geschichte ist die Geschichte von Klassenkämpfen
Alles lernen nichts vergessen!

FABRIK-ZEITUNG KLASSE GEGEN KLASSE
GEGEN AUSBEUTUNG FÜR SOZIALISMUS!
Ausgabe Nr. 16 zum Antikriegstag – 1.9.2018

„Wenn die große Mehrheit der werktätigen Massen nicht zur Überzeugung gelangt, dass Krieg eine barbarische, mit unsäglichen, realistisch-sie und unerhörliche Entbehrung sind, dann lässt Krieg unvermeidlich gewaltsam."

Rosa Luxemburg

Antikriegstag 2018 – geht uns was an!
In der Schule, auf der Straße, in der Fabrik
GEGEN imperialistische Kriegspolitik!

Was kostet Krieg?

Ausgaben für Kriegsgerät
Prima Profite für die Kriegsindustrie

Die Hersteller der Welt rüsten auf – Mai 2018 – Höchststand seit Ende des „Kalten Krieges".

Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) stellte mit den Zahlen aus 2018 Bilanz Weltweit wurden insgesamt 1686 Mrd. US-Dollar und damit 0,4 Prozent mehr als 2015 für Kriegsgerät ausgegeben. Den gesichert garantiert nicht für die Erhaltung des Wohlstandes!

Die USA steigerten ihre Ausgaben um 1,7 Prozent auf 611 Mrd. US-Dollar; Russland um 3,9 auf 69,2 Mrd. US-Dollar; China um 5,1 Prozent auf 210 Mrd. US-Dollar. Im August 2018 bewilligt Trump den neuen „Verteidigungs"-Haushalt von 716 Mrd. Dollar – eine weitere immense Steigerung.

Die Bundeswehr will aufrüsten für den Cyberkrieg, mit Drohnen und durch elektronische Kampfführung. Dies ist genauso Bestandteil der Weltkriegsvorbereitungen wie die obige Werbespot drohen uns zu

Große Änderungen stehen bevor. Digitaler Wandel, Mensch-Roboter-Zusammenarbeit, Technik der Zukunft, neue Mobilitätskonzepte ... Veränderung, technologischer Fortschritt – Was wir damit alles anstellen können!

Frau: Fortschritt in den Händen des Kapitals bedeutet Fortschritt oder Arbeitsverbesserung? Verelendung, Verstärkung der Ausbeutung für den Maximalprofit, Arbeitsverdichtung, Hetze und

Das Kriegsbündnis NATO steht für die militärische Aufrechterhaltung des imperialistischen Systems unter „westlicher Führung". Für den ungehinderten Zugang zu Rohstoff- und Energieressourcen der Welt gehören die verstrahlenge Inklusive Erbeinsatz von Atomwaffen und die NATO-Osterweiterung. NATO-Politik richtet sich gegen die Gesellschaftskonkurrenten Russland und China sowie alle übrigen Länder, die im Windschatten der Vorherrschaftspolitik der Großen versuchen, sich eigene Machtanteile zu sichern. In der NATO sollen alle Mitgliedsländer zwei Prozent des BIP (Brutto-Inlands-Produkt) am das Kriegsbündnis abtreten. 2017 zahlte die BRD 1,22 Prozent des BIP an die NATO – ca. 39,8 Mrd. Euro. Die für die nächsten Jahre angestrebten zwei Prozent wären bei gleichem BIP ca. 65,2 Mrd. Euro. Dazu kommt noch der „Mehrwert": 38,5 Mrd. Euro sind für 2019 geplant – 2019 sogar 42,6 Mrd. Euro.

Dieses Geld fehlt dringend für Bildung, Wohnhäusern, Schulen und Kitas, sozialen Wohnungsbau, Pflege, Renten ... – es fehlt uns, dem Werktätigen.

NATO-Kriegsvorbereitung: In Norwegen finden zurzeit mit 30 „Partner"-Kriegsführenden, 75 Schiffen, inspiertem „Manöver" und „Bases" – Sonne stellen Panzer-Raubtiere aus Deutschland. Dieses Manöver ist ein Test für die so genannte „Speerspitze" der NATO – die VJTF (Very High Readiness Joint Task Force), eine besonders schnell einsatzfähige Eingreiftruppe. Die „Speerspitze" wird 2019 von der Bundeswehr kommandiert. Kriegsmanöver mit mehreren Tausend Soldatinnen gab es 2018 mehrfach – so, wie die Kriegsfahrgkeit im Ostseegebiet zu Wasser, zu Lande und in der Luft zu testen. Krieg gegen Russland?

All diese müssen wir entschieden des Kampf ansagen!

BRD Waffenexport, so wird verdient am Massenmord!

Kriegsbündnis NATO auflösen!

www.trotzalledem.bplaced.net
instzalledem1@gmx.de
V.i.S.d.P.: K. Dörre, Kölner Str. 27, 50226 Frechen

FABRIK-ZEITUNG KLASSE GEGEN KLASSE
GEGEN AUSBEUTUNG FÜR SOZIALISMUS!
FRAUENKAMPF IST KLASSENKAMPF
Ausgabe Nr. 23 zum 8. März 2020

Frauenbefreiung fordert Revolution!
Alles andere ist Illusion!

Als Mitgenommen trifft uns zugleich rassistische Ausgrenzung und deutsch-chauvinistische Anbiederung. Gefälschteste Frauen sind völlig rechtlos der Abschiebemaschinerie und Lagerrealität ausgeliefert.

Jahrzehntelang war der 8. März in der BRD vergessen als feministisch kämpferischer Aktionstermin. In den bürgerlich-bürgerlichen DDR wurde er als spießiger „Feiertag" abgelehnt. In Ost und West hatmehr das Patriarchat. Eltern und Privatfamilien müssen wie gründen: Männer, von CSU bis zur LINKEN, von Nirhe mter Gläubigen und Bänker verteilen gen die Gesellschaftskonkurrenten Russland und China sowie ethnische Länder, die im Windschatten der Vorherrschaftspolitik der Großen versuchen, sich eigene Machtanteile zu sichern. In der NATO sollen alle Mitgliedsländer zwei Prozent des BIP (Brutto-Inlands-Produkt) am das Kriegsbündnis abtreten. 2017 zahlte die BRD 1,22 Prozent des BIP an die NATO – ca. 39,8 Mrd. Euro. Die für die nächsten Jahre angestrebten zwei Prozent wären bei gleichem BIP ca. 65,2 Mrd. Euro. Dazu kommt noch der „Mehrwert": 38,5 Mrd. Euro sind für 2019 geplant – 2019 sogar 42,6 Mrd. Euro.

Dieses Geld fehlt dringend für Bildung, Wohnhäusern, Schulen und Kitas, sozialen Wohnungsbau, Pflege, Renten ... – es fehlt uns, dem Werktätigen.

NATO-Kriegsvorbereitung: In Norwegen finden zurzeit mit 30 „Partner"-Kriegsführenden, 75 Schiffen, inspiertem „Manöver" und „Bases" – Sonne stellen Panzer-Raubtiere aus Deutschland. Dieses Manöver ist ein Test für die so genannte „Speerspitze" der NATO – die VJTF (Very High Readiness Joint Task Force), eine besonders schnell einsatzfähige Eingreiftruppe. Die „Speerspitze" wird 2019 von der Bundeswehr kommandiert. Kriegsmanöver mit mehreren Tausend Soldatinnen gab es 2018 mehrfach – so, wie die Kriegsfahrgkeit im Ostseegebiet zu Wasser, zu Lande und in der Luft zu testen. Krieg gegen Russland?

All diese müssen wir entschieden des Kampf ansagen!

BRD Waffenexport, so wird verdient am Massenmord!

Kriegsbündnis NATO auflösen!

www.trotzalledem.bplaced.net
instzalledem1@gmx.de
V.i.S.d.P.: K. Dörre, Kölner Str. 27, 50226 Frechen

FABRIK-ZEITUNG KLASSE GEGEN KLASSE!
GEGEN AUSBEUTUNG FÜR SOZIALISMUS!
Ausgabe Nr. 12 zum 1. Mai 2017

Roter Oktober reloaded

1917 Sozialistische Revolution in Russland! Und ob uns das was angeht!

Am 1. Mai 2017 ist es beinahe 100 Jahre her, dass die Arbeiterklasse in Russland die alte Ordnung auf den Müllhaufen der Geschichte warf – worauf. Das bisher größte und beste Experiment der Menschheit!

Millionen werktätige Menschen krochen buchstäblich aus dem Sumpf des Feudalismus ins Licht der sozialistischen Zukunft.

Kolleginnen und Kollegen, vergesst für einen Moment, was wir über Sozialismus und Kommunismus wissen! Lasst Vorgaben für einen Moment, was uns seit Jahrzehnten eingetrichtert wird!

Fakt ist, die kapitalistischen Ausbeuter fürchteten die sozialistische Revolution am meisten. Sie sorgten dafür, dass wir schlecht von Sozialismus denken.

Die vier Seiten unserer Fabrikzeitung reichen nicht, um die ihre Lügen zu entlarven und den Gegenbeweis anzutreten... Einige Schlaglichter zum Nachdenken! Wir sind doch Teil der Arbeiterklasse, wir sind Millionen mal so stark wie die, die uns unterdrücken, ausbeuten und für dumm verkaufen wollen.

Hier also ein paar Vergleiche zwischen unserer Lage heute hier und dem, was die russischen Arbeiterinnen, Bauernmen und Bauern für sich nach der Oktoberrevolution erreichen konnten.

Fakt ist, dass schon nach kürzester Zeit die Sowjets tatsächliche Demokratie verwirklichten. In der wenigen Jahren gab es Vollbeschäftigung. Jeder werktätige Mensch hatte Recht auf Arbeit und Erholung. War nicht mehr arbeiten konnte, konnte von Alters- oder Arbeitsunfähigkeitsrente im Sozialismus gut leben.

Fakt ist, dass diese Leistungen aus dem gewirtschafteten Reichtum der städtischen Arbeiterschaft gekeistet wurden. Die Arbeiterinnen in der Sowjetunion stagierten für die eigenen Interessen die Produktivität – der Arbeitszeug wurde stark für

Stückkräfte: Der Übertragungsweg zum Greifen nah!

Fakt ist, Gewerkschaften waren in der Sowjetunion Organisationen der Arbeiterinnenklasse, die nikrat (Betriebsrat) zwischen Belegschaften und Soviets, den Arbeiterinnenräten, ihre Aufgaben: Planung, Organisation der Produktion.

Fakt ist, dass jedes Kind Recht auf Bildung hatte. Kinderbetreuung war eine gesellschaftliche Angelegenheit. Selbst nach dem Sieg der Oktoberrevolution wurde damit begonnen Waisen, unsere durch Krieg, Revolution und Bürgerkrieg heimatlosen, verlorene Kinder gehörten zu den ersten, die neue Kommune-Unterkünfte, Ausbildung und Zukunft bekamen.

Fakt ist, die junge Sowjetmacht tat alles, um dem Elend der Prostitution ein Ende zu machen. Frieden war das Ziel, damit die Sozialismus aufgebaut werden konnte. Die verletzten Menschen wollten nicht mehr für Machtinteressen und Gier der Herrschenden – ob Zar oder Großkapital – ihr Leben geben. Der Krieg, den die Rote Armee führte, war ein Krieg gegen Hunger und Rückschritt – für die Zukunft des jungen Sowjetvolks.

Fakt ist, dass Russland als rückständiges Agrarland nahezu ohne Industrie, abhängig von den imperialistischen Mächten, statt mit der sozialistischen Revolution in allen Teilen der Gesellschaft wurde. In der Folge spielten bald auch Analphabetismus und viele Krankheiten kaum mehr eine Rolle. Der Massenhunger wurde bekämpft.

Fakt ist, dass die Völker der Sowjetunion in ihrer kulturellen Vielfalt gleichberechtigte Teile dieses großen sozialistischen Landes waren.

Fakt ist, dass die Verfassung der Sowjetunion demokratisch in allen Teilen der Gesellschaft diskutiert und verabschiedet wurde. Das Funktionäre im Staat und in der Armee wählbar und abwählbar waren.

TROTZ ALLEDEM!

FABRIK-ZEITUNG KLASSE GEGEN KLASSE
GEGEN AUSBEUTUNG FÜR SOZIALISMUS!
Ausgabe Nr. 21 zum 29. Juni 2019

IGM-Kundgebung #FAIRwandel Berlin

#FAIRwandel Transformation

ABER NUR mit REVOLUTION!

Zunächst: **Werbung** für den **Digitalen Wandel:** Nach nur einem Spot geht's los mit den Flugblatt:

Bosen Sie IHRE Produktion zur intelligenten Fabrik Smart Factory und Das macht die deutsche Wirtschaft wettbewerbsfähiger und schafft Zugang zu neuen Märkten! Neue Geschäftsmodelle inklusive!

Sorgen Sie so für bes' ven von Kapit Der Produkti energie- un effizient Neue Assiste zierem Belas' bei der F „demo noch ir wir

WOW! Hey, das ist die Zukunft! Arbeiten bis ins hohe Alter! Dann können wir auch noch länger arbeiten, bis wir endlich in Rente gehen dürfen.

Schluss mit den Faxen – Die Lage ist ernst!

Wir befinden uns in der Epoche der angeblich vierten industriellen Revolution. Schlagworte wie DIGITALER WANDEL, INDUSTRIE 4.0 und **Neue-Arbeit-Manifestationen** wie der obige Werbespot drohen uns zu

Große Änderungen stehen bevor. Digitaler Wandel, Mensch-Roboter-Zusammenarbeit, Technik der Zukunft, neue Mobilitätskonzepte ... Veränderung, technologischer Fortschritt – Was wir damit alles anstellen können!

Frau: Fortschritt in den Händen des Kapitals bedeutet Fortschritt oder Arbeitsverbesserung? Verelendung, Verstärkung der Ausbeutung für den Maximalprofit, Arbeitsverdichtung, Hetze und

FABRIK-ZEITUNG KLASSE GEGEN KLASSE
GEGEN AUSBEUTUNG FÜR SOZIALISMUS!
Ausgabe Nr. 25 zum 1. September

Mit oder ohne Corona – Sie meinen K
wenn sie vom Frie

Angeblich wurde die Bundeswehr in den letzten 20 Jahren kaputt gespart.

Fakt ist: Der Truppe stehen 2020 mit 45,2 Mrd. Euro rund 40 Prozent mehr zur Verfügung als im Jahr 2000 mit 24,3 Mrd. Euro. Allein die zwei vergangenen Jahre zeigen, wie der Staat Kriegsvorbereitungen trifft.

Was wir mit diesem Geld alles anstellen könnten – nur so als Gedankenspiel

Zahlen von „Mission statt Inflation"

Die jährlichen Kosten von Hartz IV, die Existenzminimum sichern, betragen sicher Kostenrechner Nahwasser würde mit + Weihnachtsgeld erreichen.

Budget für soziales Wohnungsbau: sicherlich zwei Mrd. Euro.

zusätzlicher Wohnungsbau: Ein Drittstaat: Ihr weiterer Bunger in der Welt ab

auch Gelder für di Min. Bauy für e zung in Milli Der Staat förkar ver

2018: Massive Aufrüstung

reitet sich auf „wie groß hinaus vor. Die Kriegsmi lich verfolgen. Verteidigun um" nennt, zielt auf „Eins rung", d.h. alle militärischen Kräfte werden auf (Nukleo)krieg

Mehr 2020: Die Rüstungsindustrie brummt wie selten zuvor. Sie profitiert enorm vom Verkauf der Tötungsmaschinen an die Bundeswehr und diese internationalen Waffenhandlungen.

FABRIK-ZEITUNG KLASSE GEGEN KLASSE
GEGEN AUSBEUTUNG FÜR SOZIALISMUS!
Ausgabe Nr. 11 Oktober/November 2016

n Rassismus in der Fabrik!
Rassismus sonst wo!

uns das Kapital: Das Boot sei voll, die Flut zu groß ...
spalten? Ohne uns!

... mit Elmar und Natalie
tend für viele Kolleginnen und Kollegen in unserer Belegschaft

Menschen auf der Flucht – eins, zwei, drei Fakten:

1. Die Hälfte aller geflüchteten Menschen sind Frauen und Kinder.
2. Sexuelle Gewalt wurde nicht von geflüchteten Männern nach Deutschland gebracht. Frauen in der BRD, von allen geflüchtete Frauen, sind ständig sexueller Gewalt ausgesetzt.
3. Geflüchtete Menschen sind „Ressourcenarme", werden bewusst für Gesellschaftsinteressen ausgenutzt oder abgeschoben, sind „Grundlage für die nächste deutsche Wirtschaftswunderzeit", so Zeusche, Chef der Daimler AG.

Mordsgeschäft – Rüstungsindustrie

Die BRD ist der weltweit drittgrößte Waffenexporteur – gleich hinter den USA und Russland! Mit rund 12,9 Milliarden aus genehmigten Rüstungsexporten stiegen 2015 Diesen/EADS, Krauss-Maffei Wegmann, Rheinmetall, Diehl Defence oder Thyssen Krupp ohne Ende ab, nach dem Motto: „Was für einen Sinn macht es, Waffen nicht in Kriegsgebiete zu exportieren?" ist es egal, wo die Mörderwerkzeuge landen. In den Arabischen Emiraten, Saudi Arabien, Katar, Türkei und viele andere – unabhängig ob die aktuell

DIE ZIVILISATION DES IMPERIALISMUS